

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Brief Prämienander... Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. ...

Erhalten 1916.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg. für politische und gewerkschaftliche ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonnabend, den 18. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Vorplatz, Nr. 151 90-151 97.

Einstellung der italienischen Angriffe an der Isonzofront.

Die Sozialisten in der Duma.

Es hat fortgesetzter Attacken von sozialistischer Seite und schließlich einer von der Duma fast einstimmig angenommenen Interpellation bedurft, ehe die russische Regierung sich dazu bequeme, die Rede des Genossen Tschaidse in der Dumasitzung vom 23. Februar und die von ihm verlesene Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion für die Presse freizugeben. ...

Es ist ungenügend bezeichnend für die politische Lage in Russland, daß weder die heftigen Anklagen gegen die Regierung, noch die scharfe Kritik am fortschrittlichen Block in der führenden liberalen Presse auf Zurückweisung stießen. ...

Es wäre verfehlt, wollte man diese Zurückhaltung seitens der liberalen Presse auf Geringschätzung gegenüber der kleinen sozialdemokratischen Fraktion zurückführen. ...

Eine gewisse Berechtigung für diese Hoffnung liefern dem liberalen Bürgertum die im Ausland viel zu wenig beachteten Vorgänge, die sich in den letzten Monaten in der russischen Arbeiterklasse abspielten. ...

Diese Gegenfälle in der russischen Sozialdemokratie haben zum ersten Male in der Sitzung vom 25. Februar in der Duma Ausdruck gefunden. ...

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. März 1916. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Sechs englische Sprengungen südlich von Loos blieben erfolglos.

Zu verschiedenen Abschnitten der Champagne, sowie zwischen Maas und Mosel heftige Artilleriekämpfe.

Im Maasgebiet trieb der Gegner eine frische Division, die als die siebenundzwanzigste seit Beginn der Kämpfe auf diesem verhältnismäßig engen Raum in der Front erschienenen gezählt wurde, wiederholt gegen unsere Stellungen auf der Höhe „Toter Mann“ vor. ...

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. März. (B. Z. S.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

In mehreren Stellen der Strypasfront erfolgreiche Vorpostenkämpfe; westlich von Larnopol drangen hierbei unsere Truppen in die russische Vorstellung ein, machten einen fähig und 67 Mann zu Gefangenen und erbeuteten ein Maschinengewehr und vier Minenwerfer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Italiener haben ihre fruchtlosen Angriffe an der Isonzofront eingestellt. Auch diesmal blieben alle unsere Stellungen fest in unserem Besitze.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

patrioten in der Rede des bereits vor dem Kriege aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgetretenen Abg. Burjanow, dem sich in einer kurzen Rede auch Manikow anschloß.

In der inneren Politik erklärte sich Burjanow vollkommen solidarisch mit den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion. Auch er erklärte sich für „hartnäckigen und unerbittlichen Kampf“ gegen die „läugerische und verräterische Politik“ der russischen Regierung. ...

Es entspricht durchaus diesem Gedankengang, daß Burjanow der Zimmerwalder Konferenz jede Bedeutung absprach und sich heftig gegen die offizielle Stellung der sozialdemokratischen Fraktion wandte, die die Mission der internationalen Sozialdemokratie nicht in der Forderung der Granatenfabrikation, sondern in dem Eintreten für sozialistische Grundsätze erblickte. ...

Diese Wehnlichkeit ist es aber gerade, die die krieglustige liberale Presse Russlands mit neuen Hoffnungen beflügelt. ...

Zwei Programme.

Im Schoße des Moskauer Kriegsindustrienausschusses, dem vor einigen Monaten auch die Vertreter eines Teiles der Moskauer Arbeiter beigetreten sind, haben sich seit einiger Zeit recht stark organisatorische und politische Unstimmigkeiten zwischen den Arbeiter- und den übrigen Ausschußmitgliedern bemerkbar gemacht. ...

Das dargelegte Programm der Vertreter der Arbeiter im Moskauer Kriegsindustrienausschusse, das keineswegs identifiziert werden darf mit dem Aktionsprogramm der organisierten Arbeiter Russlands überhaupt, stieß bei der erwähnten Erörterung im Bureau des Moskauer Ausschusses auf heftigen Widerstand der bürgerlichen Vertreter. ...

Mit diesem Beschluß ist der weite Abstand zwischen den politischen Bestrebungen selbst der gemäßigten Richtung der russischen Arbeiter und denen der liberalen Bourgeoisie ziemlich klar gekennzeichnet. ...

Ein Feldzug der Rechten gegen die Duma.

In den konservativen politischen Kreisen Petersburgs hat neuerdings wieder eine heftige Kampagne gegen die Duma eingesetzt. Dieser Tage fand laut der „Nischa“ in der Wohnung des früheren Justizministers Sischeglowitz, der bekanntlich den Vorstoß gegen die Duma im verflochtenen Herbst leitete und danach auf dem Kongreß der Echnisten präsierte, eine besondere Beratung der Rechten statt, welche Haltung man der Duma gegenüber einnehmen wolle. ...

eine entsprechende Staffage für den in Petersburg geplanten russischen Kongress abgeben sollen. An Geldmitteln wird es hierbei nicht fehlen, da die konservativen Politiker entweder schon solche Mittel erhalten haben oder über bestimmte Zusicherungen verfügen. Ferner suchen die russischen Politiker die Instanzleitungen in ihren Reihen beizugehen, um in möglichst geschlossener Schlang gegen die Duma und die liberalen Parteien vorgehen zu können.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. März. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In Belgien haben unsere Patrouillen festgestellt, daß das Verstärkungsfeuer unserer Artillerie von gestern abend auf die deutschen Stellungen in La Plage (in der Gegend von Neuport) Verbindungsgräben völlig zerstört und zahlreiche Feinde getötet hat. Aus der Gegend nördlich von Verdun wurde keine Infanterieunternehmung gemeldet. Im Laufe der Nacht dauerte auf dem linken Ufer der Maas ziemlich schwaches, auf dem rechten Ufer heftigeres Artilleriefeuer an. In der Gegend Haudremont und Damloup. Die Artillerie beschoß heftig die Gegend westlich Douaumont, wo der Feind Schanzarbeiten ausführte. In der Gegend haben wir mehrere Proviantkammern beschossen. Deshalb vom Walde von Spremont gestattete uns ein Handfeuer auf einen deutschen Schützengraben dem Feind einige Verluste zuzufügen und Gefangene zu machen. In den Morgenstunden von der Thür, machten die Deutschen einen Angriff auf unsere Stellung bei Burnhaupt. Der Angriff wurde durch Sperrfeuer angehalten, der Feind konnte nicht an unsere Gräben gelangen.

Paris, 17. März. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag abend: Nördlich von der Aisne beiderseitige Artillerietätigkeit in der Gegend des Waldes von Vettes, südlich von Villeroy-Bois. In den Argonnen richteten wir ein konzentrirtes Feuer auf deutsche Werke nördlich der Straße von Varennes und auf deutsche in Tätigkeit befindliche Batterien in der Umgebung von Moulon. Westlich der Maas richteten die Deutschen im Laufe des Nachmittags nach einer sehr heftigen Beschließung unserer Front zwischen Vöthincourt und Cumidres einen starken Angriff gegen unsere Stellungen am „Toten Mann“. Die Angriffswellen konnten an keiner Stelle Fuß fassen und mündeten sich auf den Rabenwald zurückziehen, wo unser sofort eingeleitetes Sperrfeuer ihnen beträchtliche Verluste beibrachte. Auf dem rechten Maasufer verdoppelte sich die Artillerietätigkeit östlich und westlich von Douaumont sowie in der Umgebung des Dorfes Vaug. Es fand kein Infanterieangriff statt. Unsere Batterien nahmen mehrfach in dieser Gegend sich bewegende Truppen unter Feuer. In der Gegend ziemlich heftige Beschließung auf beiden Seiten im Abschnitt des Fußes der Cotes Verraines.

Belgischer Bericht: Gegenseitige Artillerietätigkeit in der Gegend westlich von Dignuiden sowie bei Moninghe und dem Jährmannshaus.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 17. März. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag.

Westfront: In der Gegend der Insel Dolin (südöstlich Niga) heftiger Artilleriekampf. Auf der Front von Dinaburg warf der Feind in der Gegend von Ilstut und der Eisenbahn von Poniewiez mit Handgranaten, die besonderen Sprengstoff enthielten.

Kaukasusfront: Bei der Verfolgung der Türken machten wir erneut 9 Offiziere, darunter 2 Generalstabsoffiziere, und mehr als 250 Soldaten zu Gefangenen; außerdem erbeuteten wir eine Regimentsfahne.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 17. März. (B. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: An der Front von Zelahie nach seiner Niederlage am rechten Ufer des Tigris am 8. Februar (?), während er mit seiner Hauptmacht am 9. Februar (?) Vorbereitungen zum Rückzug traf, mit einer Infanterie- und einer Kavalleriebrigade einen überraschenden Angriff hinter unserem rechten Flügel, aber unter dem Druck des Zentrums mußte er auf seine unvollständige Bewegung verzichten und den allgemeinen Rückzug antreten. Am 10. und 11. Februar (?) verfolgten unsere Truppen den Feind kräftig und überstiegen einige Linien, die vom Feinde vorher besetzt worden waren. Am 10. Februar erreichten unsere Vorhuten in der Nacht die Genzithöhe, die sie besetzten. Der Feind, der unfree Vorposten für schwach hielt, griff sie an. Es eilten aber von hinten Verstärkungen heran, machten einen Gegenangriff auf den Feind und schlugen ihn auch diesmal, wobei sie ihm 180 Gefangene, darunter 5 Offiziere, 1 Maschinengewehr und eine große Menge Waffen, Munition und Kriegsmaterial abnahmen.

Von den anderen Fronten nichts zu melden.

Zum Untergang des „Sirius“.

Kristiania, 16. März. (B. Z. V.) Der Minister des Außenhandels erhielt von dem norwegischen Botschafter in London nachstehendes am 15. März abgelesenes Telegramm: Laut Bericht des norwegischen Unterleutnants Lundquist, des Steuermannes der „Sirius“, lag die „Sirius“ auf der Reede vor Anker, als man um 9 Uhr 30 Minuten am Freitagabend hinter dem Schiff eine Explosion hörte, gefolgt von Schreien. Darauf wurde alles still. Etwa um 10 Uhr 20 Minuten hörte man wieder Lärm, wie von einem Motor in der Luft, aber Lundquist sah nichts. Nach Verlauf von drei Minuten fand eine furchtbare Explosion statt, worauf das Schiff mit dem Vordersteven zuerst nach Nordbord hinüberneigend so schnell sank, daß nicht alle die Rettungsboote erreichen konnten, sondern einige ins Wasser springen mußten. Die Aussagen von drei norwegischen und zwei amerikanischen Zeugen bestätigen die Erklärungen Lundquists. Keiner hat ein Torpedo gesehen, aber diejenigen, welche nicht schliefen, hörten alle den eigenartigen Lärm wie ein Summen vor der Explosion. Die in dem Bericht Lundquists zuerst genannte Explosion rührte von dem französischen Schiff „Louissiana“ her. Nach einem französischen Bericht ist die „Sirius“ in 4500 Meter Abstand von dem Leuchtturm südlich Le Havre auf 10 Meter Tiefe, die „Louissiana“ 7400 Meter vom Leuchtturm gefahren. Alle Passagiere der „Sirius“ sind verloren. Das seegerichtliche Zeugenerhör wird hierher gesandt werden. Die norwegische Besatzung mit Ausnahme Lundquists reist heute nach Norwegen ab.

Zum Untergang der „Tubantia“.

Amsterdam, 16. März. (B. Z. V.) Nach einem beim Marinestab in Haag eingelaufenen Bericht wurden 377 Schiffbrüchige von der „Tubantia“ gelandet, während nach den Angaben des holländischen Konsul sich 881 Personen an Bord befanden. Man glaubt, daß die Differenz auf ein Versehen zurückzuführen ist und nimmt an, daß alle Personen gerettet wurden. Nach einem Bericht aus Vlissingen herrschte ein leichter Nebel, der den Ausblick auf vier Meilen Entfernung gestattete. Die aus Vlissingen gemeldet wird, erzählten dort angekommenen Schiffbrüchige, daß bei der Explosion ein Teil der Kom-

mandobrücke weggerissen wurde und Schiffstrümmern von unten auf das Deck geschleudert wurden. Die Ladung und die Post sind verloren.

Nach Erzählungen von Schiffbrüchigen lief der Maschinenraum sogleich mit Wasser voll, und das Vorderdeck neigte sich nach unten. Als die „Tubantia“ getroffen wurde, lagen die Passagiere in ihren Betten. Sie wurden so schnell wie möglich gewacht. In der ersten Klasse entstand einige Panik; aber es gelang der Besatzung, Ordnung zu schaffen. Im ganzen wurden 34 Boote ausgelegt. An der Unfallstelle sah man leere Boote und Schiffstrümmern herumtreiben. Zur Zeit des Unfalls befand sich kein einziges Schiff in der Umgebung. Später kamen die Marinestationsfahrzeuge aus Vlissingen, ein Raddampfer der Zeevaartgesellschaft, die „Kraaijau“ und die „Barla“.

Noch kein Wunsch nach Frieden!

Stockholm, 16. März. (B. Z. V.) Der Minister des Außenhandels von Wallenberg empfing eine Abordnung der Nordischen Konferenz, welche ihm ein an die neutralen Regierungen gerichtetes Schreiben überreichte, worin diese aufgefordert werden, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens zu treffen. Der Minister erwiderte: Wir wünschen den Frieden gleich lebhaft wie Sie, können aber als Vermittler nur für den Fall auftreten, daß dies der ausdrückliche Wunsch der Kriegführenden ist. Wird ein solcher Wunsch ausgesprochen und wird uns klar, daß wir für die Wiederherstellung des Friedens etwas tun können, werden wir nicht verfehlen, alles zu tun, was getan werden kann. Unterdessen müssen wir uns damit begnügen, der Menschheit dadurch zu dienen, daß wir nach Vermögen den Unglücklichen helfen, die durch den Krieg leidend geworden sind.

Türkische Friedensgerüchte.

Frankfurt a. M., 17. März. (Z. N.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Aus Athen war in der jüngsten Zeit verschiedenes Ententeblättern gemeldet worden, die Türkei habe versucht, die Friedensbedingungen ihrer Feinde zu erforschen. Nun wird dem Mailänder „Secolo“ aus London berichtet, man schließe zwar dort die Möglichkeit eines solchen Vorgehens der Türkei nicht aus, tatsächlich sei aber bisher in amtlichen Kreisen nichts davon bekannt geworden.

Harte militärische Verurteilung in der Schweiz.

Aus Zürich wird berichtet:

Der Redakteur des Schweizer Blattes „Bellin Jurassien“, der in einem Artikel dem Schweizer Oberbefehlshaber, General Wille, vorgeworfen hatte, daß er die Truppen bedroht habe, um Reuten zu verhindern, und daß er aus demselben Grunde die Grenzen der Schweiz ohne Kriegsbedarf gelassen habe, wurde vom Militärgericht zu dreizehn Monaten Zuchthaus und zum Verlust der Bürgerrechte für die Dauer von fünf Jahren verurteilt.

Der Wirtschaftskrieg und das englische Parlament.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Die Bestrebungen mancher wirtschaftlichen und politischen Gruppen, unter dem Schlagwort des Kampfs gegen den deutschen Handel die Schutzzölle einzuschmelzen, haben in der vorigen Woche zu einer kräftigen Intervention liberaler Wirtschaftspolitiker im Unterhaus geführt, die Asquith zwang, aus der Zweideutigkeit herauszutreten, worin sich die buntegeklärte Regierung bisher gehalten hatte. Der frühere parlamentarische Sekretär des Handelsministeriums, N. M. Robertson, forderte von der Regierung die Erklärung, daß sie in der bevorstehenden Konferenz der Bundesgenossen über die Tarifffrage vom bestehenden System nicht abweichen werde. Die Stimmungsmache, die zugunsten eines Systemwechsels gemacht wurde, konnte auf einen Bruch des Burgfriedens heraus. Deutschland werde nach dem Kriege angeht seiner unter dem Lebensmittelmangel leidenden Bevölkerung unmöglich Lebensmittelpreise erheben können und es wäre unverständlich von England, in derselben Zeit zu Schutzzöllen seine Zuflucht zu nehmen. — Der Liberale Holt verteidigte denselben Standpunkt. Vor allem wandte er sich dagegen, daß bindende wirtschaftliche Verhandlungen mit den Bundesgenossen von der Regierung hinter dem Rücken des Parlaments geführt würden. Man habe Gründe, den „Freihandelsministern“ in der Regierung zu misstrauen. Asquith sei Freihändler, aber sei er nicht früher auch Anhänger des freiwilligen Heeresdienstes gewesen? (Zwischenruf Asquiths: „Das bin ich noch!“) Es sei unsinnig, einen Krieg mit den Waffen durch einen Zollkrieg fortzusetzen. So komme man nie zum Frieden. England müsse auch weiter seine fiskalische Politik seinem eigenen Interesse gemäß bestimmen. Die Erfahrungen des Krieges seien eine glänzende Rechtfertigung des Freihandels. (Starker Beifall.)

Asquith, der hierauf das Wort ergriff, erklärte, daß ihm daran gelegen sei, in der deutlichsten Form zu sagen, daß für eine Beunruhigung in bezug auf die Pläne der Regierung für die Pariser Konferenz kein Grund vorhanden sei. Die englischen Vertreter in Paris würden nichts tun oder sagen, was die Bewegungsfreiheit der Regierung oder des Parlaments irgendwie einschränken würde. Es sei nicht möglich gewesen, die Einladung der Bundesgenossen, besonders Frankreichs, abzuschlagen, um mit ihnen hauptsächlich in der in der Tat sehr dringenden Frage, wie während des Krieges ein wirtschaftlicher Druck auf den Feind auszuüben und den Freunden Beistand zu verleihen sei, zusammenzuwirken. In bezug auf den Frieden, fuhr Asquith fort, „d. h. darauf, wie wir uns zu den wirtschaftlichen Umständen zu verhalten haben werden — denn diese werden durch einen so gewaltigen Zusammenstoß, der eine ungeheure Vernichtung von fixem Kapital, einen schrecklichen Verlust an Menschenleben und eine unerhörte Erschütterung der Industrie hervorgerufen hat, in vielen Beziehungen beeinflusst sein und Veränderungen, wenn nicht in den Gefühlsbeziehungen, so in den Beziehungen zeigen, die, ohne rein industriell und materiell zu sein, großen Einfluß auf den Weltverkehr üben können — mit Hinblick auf diesen sicher zu erwartenden Zustand ist es gewiß eine kluge, vorsichtige und nicht übereilte Maßregel, daß wir zusammen beraten, Gedanken wechseln, das Terrain abmessen und für die Zukunft soviel wie möglich Vorsorge tragen. Ich werde über die in diesem Bezug eventuell zu nehmenden Maßregeln nur eines sagen — und ich glaube namens aller meiner Kollegen zu sprechen: Was Sie auch tun, sein Sie bedacht, sich durch Leidenschaft oder Kurzsichtigkeit oder durch sehr natürliche Gefühle von — ich will nicht sagen Nachsicht, so doch vom Verlangen, ihren Sieg

zu versichern, nicht zu Schritt zu verlassen zu lassen, die geeignet sind, ihnen selbst viel größeren Schaden zu tun, als sie mit Recht dem Feind bereiten wollen, indem sie ihn hindern wollen, in der Zukunft in die Lage zu kommen, gegen uns dieselben Maßregeln wie in der Vergangenheit zu treffen. — Ich kann jedoch dem Haus im Namen der Regierung versichern, daß man in seinem einzigen Kreis zu fürchten braucht, daß wir vorzeitig das Land zu Maßregeln verpflichten wollen, die die sorgfältigste Ueberlegung fordern und über die wir nicht nur mit unseren Bundesgenossen, sondern auch mit unseren überseeischen Gemeinwesen Rats zu pflegen haben.“

Die Sprache Asquiths, obwohl nach der Art dieses Redners gewunden, scheint doch deutlich und entschieden. Indes wird man nicht übersehen können, wie auch „entschiedene“ Liberale mitunter dahin gebracht werden, mit ihren feierlich verkündeten Grundfäden zu kapitulieren, und weiter auch, daß die Schutzzölner, wenn sie einmal durch die entfesselte nationalistiche Demagogie genug errungen haben, nichts unversucht lassen werden, mit der politischen Alleinherrschaft die Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Pläne zu gewinnen. Jedenfalls werden die Gegner des wirtschaftlichen Kriegs „überall Ende“ überall gut tun, Wache zu halten. Möge insbesondere auch die englische Arbeiterpartei zur Einsicht dieser Notwendigkeit kommen!

Die Rekrutierung der Verheirateten.

Rotterdam, 16. März. (B. Z. V.) Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London:

Lord Derby besuchte sich gestern im Oberhause über einige Blätter, die ihm vorwarfen, sein Versprechen nicht eingehalten zu haben. Er erklärte, er habe alles Mögliche getan. Die protestierenden Verheirateten müßten in drei Arten eingeteilt werden: Ertiens Leute, welche unberührt zugeben, daß sie sich niemals für den Dienst gemeldet haben würden, wenn sie gezwungen hätten, daß sie niemals aufgerufen werden würden. Mit diesen Protesten brauche man sich nicht weiter zu befassen. Diese Leute, sagte Lord Derby, können sich nicht darauf berufen, was ich im Oktober sagte, nämlich, daß die älteren Gruppen erst nach vielen Monaten und vielleicht überhaupt nicht einberufen werden würden. Die zweite Art seien diejenigen, die sagen, daß es das einzig Richtige wäre, alle Verheirateten zum Dienst zu zwingen. Dagegen habe er nichts einzuwenden. Aber das habe mit seinem Versprechen nichts zu tun und sei eine Angelegenheit, die das Kabinett angehe. Die dritte Gruppe seien diejenigen, die sagen, daß sie nicht aufgerufen werden wollen, ehe alle Unverheirateten in die Armee eingereiht sind. Der Redner fuhr fort: Wenn ich glaube, was Lord Selborne den Farmern gesagt hat, daß ich ein Mann ohne Nachbegriff sei und wenn das die Meinung der Regierung wäre, dann würde ich gezwungen sein, zurückzutreten. Lord Derby gab zu, daß es unmöglich sei, alle Unverheirateten in die Armee zu bekommen. Es wäre gefährlich, sie aus den Munitionsfabriken zu holen. Er schlug vor, daß man es den Männern überlassen solle, zu beweisen, daß sie nicht einberufen werden können. In jedem Falle würde die Revision der militärischen Verufe und das Erlegen unversehrter Arbeiter durch Verheiratete Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb sei es nicht möglich, mit der Einberufung der Verheirateten solange zu warten, bis die Maßregel durchgeführt sei.

Lord Ritchener gab eine ähnliche Erklärung ab, appellierte an die Vaterlandsliebe der Verheirateten und sagte, daß die Zahl der Männer, die sich anwerben ließen, enttäuschend wäre und die Lage ernst sei.

„Daily News“ bemerkt, daß Derby der Liste der militärischen Verufe die ganze Schuld für die enttäuschend geringe Zahl von unversehrten Rekruten zuschrieb, doch sei eine zweite Ursache die, daß viele wegen ihrer Befreiung vom Militärdienst an die Gerichte appellierten, und solange keine Entscheidung gefällt sei, frei blieben. „Daily News“ glaubt aus Ritcheners Rede entnehmen zu können, daß die Gnadenfrist, welche den verschiedenen Gruppen verheirateter Derbyrekruten gewährt wurde, nur sehr kurz sein wird.

Das Gericht in Cambridge hat gestern mit der Verhandlung über die Gesuche um Befreiung vom Militärdienst begonnen, die 300 Studenten und ehemalige Studenten der Universität, die Gewissenskrupel haben, eingereicht haben.

Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: Im Unterhause hat Simon gestern bei der Beratung über die Schwierigkeiten mit den verheirateten Männern die Schuld dem Bericht Lord Derbys zugeschoben und der Art, wie die Presse, die für die Dienstpflicht ist, ihn auslegte. Diese Presse habe angenommen, daß eine große Zahl Unversehrter zurückgeblieben sei, was Simon bestreitet. Auf diese Weise seien die Verheirateten ohne Grund zu der Annahme gelangt, daß man sie viel später aufrufen würde. Simon sagte ferner, das englische Heer sei groß genug. Er bezieht sich hierbei auf Erklärungen von Ministern. Gestens habe Valfour nachdrücklich gesagt, daß die Rekrutierung den Bau von Kriegsschiffen beeinträchtigt und die Flotte geschwächt habe. Zweitens bezieht er sich auf Lord Georges Werbung von 80 000 ungelerten Arbeitern für Munitionsfabriken, drittens auf Lord Selborne, der erklärte, wegen der Lebensmittelförderung ernstlich beunruhigt zu sein, und dagegen auftrat, daß den militärischen Gerichten militärische Berater zugeleitet wurden; viertens bezieht sich Simon auf Kuncimans Erklärung, daß die Dienste, welche die englische Handelsflotte den Alliierten erweist, eine verhängnisvolle Unterbrechung erfahren würden, wenn man das Heer nicht auf die ursprünglich festgesetzten Grenzen beschränke.

Minister Long antwortete in scharfen Worten und sagte, daß man Simons Rede in Berlin mit Genehmigung lesen werde.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt, daß die Debatte den Eindruck machte, daß man sich zwar nicht einer Krise, wohl aber einer unerquicklichen Situation gegenüber sehe. Man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß die Agitation der verheirateten Männer von den Konfessionsisten dazu benutzt werden wird, ein Gesetz zu fordern, durch welches die Dienstpflicht allgemein wird.

Streik in der englischen Bekleidungs-Industrie?

In der Bekleidungs-Industrie, deren Hauptzentren London, Leeds, Manchester, Glasgow und Bristol sind, droht, wie der „Daily Telegraph“ vom 10. März meldet, baldiger Ausbruch des Generalstreiks wegen Lohnfreistellungen.

In Leeds allein würden zirka 40 000 Arbeiter binnen einer Woche brotlos werden.

Koalitionspflicht bei den Bergarbeitern.

London, 17. März. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Auf Ersuchen der Regierung hielten die Bergbauarbeiter und der Bergarbeiterverband von Südwales gestern in London eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, daß in Zukunft, um allen weiteren Schwierigkeiten vorzubeugen, alle Bergarbeiter bei einer der anerkannten Trade Unions sein müssen.

Die Teuerung in Frankreich.

Trotz aller Versprechungen und übernommenen Verpflichtungen, schreibt die „Bataille“ vom 9. März, ist gegen die Teuerung der Lebensmittel nichts geschehen. Man redet und macht Umschweife, aber die Preise steigen. Die Lage wird immer gefährlicher, und trotz der scheinbaren Ruhe müsse man sich darüber klar sein, daß die Unzufriedenheit groß sei und bei irgendeiner Gelegenheit zum Ausbruch kommen könne. Die verantwortlichen Stellen scheinen davon keine Ahnung zu haben, sonst würden sie eifriger sein, diese drohende Gefahr zu beschwören. Die Verbitterung greift um sich und wenn sie auch durch die Gewalt zum Schweigen berurteilt wird, so kann schon ein kleines Ereignis zu ihrer Explosion genügen. Wir nähern uns dem Augenblick, wo nur noch die Leute mit großem Einkommen leben können. Davon kann man sich durch einen Blick auf die Lebensmittelpreise überzeugen, aber zu dieser Anstrengung sind die meisten Leute unfähig und reden lieber über die Hungersnot im (feindlichen) Ausland. Das Volk ist der festen Ueberzeugung, daß die hohen Preise gemildert werden können und daß dazu nur guter Wille und Energie erforderlich sind.

Französische Stimmungen.

Die „New Yorker Volkszeitung“ veröffentlicht einen Bericht des früheren Sekretärs des Genossen Jean Longuet, des Genossen Courland, der vor kurzem von Frankreich nach den Vereinigten Staaten überflog. Courland ist Anhänger der internationalistischen Rinderheit der französischen Sozialisten. Seine Ausführungen ergänzen in mancher Hinsicht, was über die Stimmung in der französischen Arbeiterklasse und in der Armee bekannt geworden ist. Sie mögen deshalb in einem Auszug als Material zur Beurteilung der Lage in Frankreich nachstehend Platz finden:

„Während des im Dezember in Paris stattgehabten Parteitages der Vereinigten Sozialisten — sagte Courland — machte sich der dem Frieden günstige Geist bei der Mehrheit der Kongreßteilnehmer offenbar, und nur der Ueberredungs-Funktion der sozialistischen Minister ist es zu danken gewesen, daß der Kongreß davon abließ, sich für eine über das ganze Land erstickende Friedenspropaganda zu erklären.“

Die meisten Sozialisten sind für den Frieden. Sie schweigen nur, weil die Regierung darum ersuchte, um es in Deutschland nicht so erscheinen zu lassen, daß Frankreich kriegsmüde sei. . . .

Interessant sind die Beobachtungen, die Genosse Courland in den verschiedenen Lagern und Gefängnissen machte, in denen er eine Zeitlang als Zivilgefangener festgehalten wurde.

„Die große Mehrheit der Soldaten — führte er aus — würde drei Jahre Gefängnis drei Monaten Schützengraben vorziehen. In den Militärgefängnissen, in denen ich gewesen bin, wurden mir wenigstens 500 Fälle bekannt, in denen ein Mann seinen Vorgesetzten beleidigte, damit er 6 Wochen Ruhe bekam. Mir kamen Fälle zur Kenntnis, in denen Leute selbst defektierten und sich dann stellten, damit sie im Gefängnis eine Außerauße erhielten.“

Sie fänden nicht einen unter zehn Soldaten, die, wenn sie von ihrem Offizier gefragt werden würden, ob sie Frieden oder Krieg wollten, sich nicht ohne weiteres für den Frieden unter der Bedingung erklären würden, daß die feindlichen Ozeere Frankreich verlassen.

Im Gefängnis von Verman traf ich 1700 bis 1500 Soldaten, von denen die meisten prozessiert werden sollten, weil sie von der Front desertrierten, um heim zu fahren. Jeden Tag wurden die Wächter in den Detentionslagern gewechselt. Viele von diesen 40 oder 50 Reuten sah ich Ehrenzeichen tragen. Einige waren Unteroffiziere, und viele von ihnen waren verwundet und hielten sich zur Erholung in den Depots auf. Diese Leute sagten: Wir wollen Frieden, aber wenn Sie einen Franzosen zur Front zurückführen, so geht er. Sie sagen aber: Wir sind sicher, daß die Deutschen nicht nach Paris kommen können. Wir wissen, daß unsere Festungen unzerstörbar sind. Warum sollten wir darum nicht Frieden schließen?

Nicht einer von hundert — fuhr Genosse Courland fort — verlangt nach Ruhe. Selbst die elässische Frage tritt in den Hintergrund. Ich sage dies ohne Zögern, denn ich habe mit diesen Soldaten in allen Lagern, in denen ich gewesen, gesprochen. Sie waren freundlich zu mir und sprachen sich mir gegenüber freimütig aus. . . .

Hätte der Parteitag der französischen Sozialisten die Friedenspropaganda aufgenommen, so sähen Sie bei der Hälfte des französischen Volkes eine Sinnesänderung. . . .

Dies das Wesentlichste aus dem Bericht des Genossen Courland. Mag manches in ihm auch subjektiv gefärbt sein, so stimmt er doch im großen und ganzen mit dem überein, was uns aus den Berichten des „Labour Leader“, des „Avanti“, der „Rasche Esomo“ und aus verschiedenen Publikationen der französischen Rinderheit bekannt ist.

Der neue französische Kriegsminister.

Divisionsgeneral Roques ist zum Kriegsminister an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Generals Gallieni ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Elementarunterrichtswesen.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag in einer einzigen Sitzung das Kapitel „Elementarunterrichtswesen“, dessen Beratung in normalen Zeiten stets mehrere Tage in Anspruch zu nehmen pflegte. Mit zur Debatte standen Anträge auf Aufhebung der Verordnungen betr. die Verfügung der Gemeinden über ihre Schulgebäude und betr. die Bestätigung der Schularzte sowie ein Antrag betr. die Einstellung einer Summe von 50 000 M. in den Etat zur Förderung der Ausbildung geeigneter Kräfte für die Fortfürsorge für ausschulose Schulkinder.

Im Gegensatz zu dem konservativen Redner, der sich gegen die Verweltlichung der Volksschulen wandte und den Jugendkompagnien das Wort rebete, forderte Genosse Adolf Hoffmann in einer groß angelegten Rede, die die Mängel unseres heutigen Volksschulwesens nach den verschiedensten Richtungen hin darlegte, die Entfernung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Volksschulen. In den Vordergrund rückte er die Heranbildung eines geistig und körperlich gesunden Geschlechts. Von diesem Gesichtspunkte aus übte er scharfe Kritik an dem Mißbrauch, der jetzt im Kriege noch mehr als im Frieden mit der Volksschule häufig getrieben wird, und entwickelte schließlich in kurzen Zügen das sozialdemokratische Schulprogramm. Daß er deshalb von verschiedenen bürgerlichen Vertretern mehr oder minder heftig angegriffen wurde, darüber wird sich unser Genosse um so leichter hinwegsetzen können, als diese Angriffe jeder sachlichen Grundlage entbehrten. Wenn unter anderem der Zentrumsabgeordnete Dr. Deß sich erlaubte, der sozialdemokrati-

schen Fraktion vorzuschreiben, wenn sie die Reden zum Auftustat übertragen darf, so müssen wir uns eine solche Einmischung in die internen Angelegenheiten der Partei höchst, aber entschieden verbitten. Auch die von ihm ausgesprochene Drohung, das Haus werde es sich überlegen müssen, ob sie solche Redner zu Worte kommen läßt, wird die Fraktion nicht hindern, das zu tun, was sie für notwendig hält.

Nach weiteren Reden des Nationalliberalen Dr. von Campe, des Kultusministers — der besonders vor dem Juchra zum Lehrerinnenberuf warnte —, des Fortschrittlers Otto und des Freikonservativen Ramdohr wurde über die zahlreichen Anträge zum Kultusetat abgestimmt. Die grundsätzlichen Anträge der Sozialdemokraten zugunsten der Einheitschule und der Trennung von Staat und Kirche, sowie der Besteuerung des Kirchenvermögens wurden gegen die Sozialdemokraten abgelehnt, die bürgerlichen Resolutionen zum größten Teil angenommen. Sonnabend: Rest des Etats.

Die Regierung für Ausdehnung des Kolonialbesitzes.

In einer Denkschrift von fünfundzwanzig in Südwestafrika tätigen Gesellschaften und Einzelkräften an das Reichskolonialamt, in der für die Wiedererlangung von Südwestafrika eingetreten wird, wird unter anderem ausgeführt, Deutsch-Südwestafrika sei die einzige deutsche Siedlungskolonie, die für eine größere weiße Bevölkerung die Möglichkeit einer dauernden Niederlassung biete. Ueber den Besitz von Deutsch-Südwestafrika werde in Europa entschieden werden. Die England sich seinerseits mit der Südafrikanischen Union auseinandersetzen werde, könnte ihm überlassen bleiben.

Auf diese Eingabe hat Staatssekretär Dr. Solf (nach M. L. B.) die nachstehende Antwort erteilt:

Mit großem Interesse habe ich von der mit zahlreichen Unterschriften versehenen Anlage zu Ihrer Eingabe vom 4. d. Mts. Kenntnis genommen. Ich kann ihr gegenüber nur darauf hinweisen, daß ich bereits wiederholt Gelegenheit genommen habe zu betonen, wie ich meinerseits alles daran setze, daß mit der für uns siegreichen Beendigung des Weltkrieges, an der auch ich keinen Augenblick gezweifelt habe, Deutschland wieder in vollen Besitz aller seiner bisherigen Kolonien gelangt. Den Wert Deutsch-Südwestafrikas als Siedlungsland wie auch als Gebiet guter bergbaulicher Ausfichten weiß ich, wie die Unterzeichner der Eingabe, wohl einzuschätzen. Wenn außerdem von anderer Seite eine Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes und die Schaffung günstiger Handelsmöglichkeiten angeregt worden sind, so kann ich auch diese Anregung nur begrüßen, zumal sie in keinerlei Widerspruch mit dem Programm der ungeschmälerten Wiederherstellung des alten deutschen Kolonialbesitzes steht.

Eine halbamtliche bayerische Rundgebung.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt in ihrer heutigen Nummer unter der Ueberschrift „Einigkeit und Vertrauen“:

„Seit einiger Zeit ist öffentlich in einigen Zeitungen, im geheimen von Mund zu Mund, eine Agitation betrieben worden, deren schädliche Wirkungen wir nicht ohne ernste Sorge verfolgt haben. Es ist, als kämen viele von den unerfreulichen Erscheinungen und Gemohnheiten des politischen Lebens, mit denen wir im Frieden zu tun hatten, allmählich auch jetzt wieder auf. Die lange Dauer des Krieges macht das erklärlich. Alle ihrer Verantwortung bewußten Kreise werden aber darüber einig sein, daß dem Umsichgreifen einer solchen Entwicklung mit allen Mitteln Widerstand geleistet werden muß. Unser Volk beharrt zur Erfüllung der schweren Aufgabe, vor die es die Geschichte gestellt hat, der ungeborenen Einigkeit in allen seinen Teilen. Es bedarf der tatkräftigen Entschlossenheit wie der inneren Freudigkeit. Diese aber werden nur zu leicht geschädigt und in Frage gestellt, wenn durch das Herumtragen von Gerüchten und Andeutungen das felsenfeste Vertrauen in die Leitung der Reichsgeschäfte untergraben wird, auf das die verantwortlichen Führer unseres Volkes einen vollen und uneingeschränkten Anspruch haben.“

Auch nach dem Süden unseres Vaterlandes sind solche Gerüchte gelangt, und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß es nicht an Versuchen gefehlt hat, die Reichsfreudigkeit unserer Bevölkerung dadurch zu beeinträchtigen, daß Besorgnisse ins Land getragen worden sind, als ob wegen Mangel an Festigkeit und Entschlossenheit der Reichsleitung vorhandene Kriegsmittel nicht oder nicht genügend angewandt würden. Solche Versuche weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Die Bundesregierungen, insbesondere auch die bayerische Regierung stehen in genauer Kenntnis der zu leistenden militärischen und politischen Aufgaben und der in jeder Beziehung erfreulichen Lage mit vollem Vertrauen zur politischen und militärischen Führung des Krieges. Die Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten hat den beteiligten Bundesregierungen erneut die Möglichkeit gegeben, die Reichsleitung dieses Vertrauen zu vergewissern. Wer die Zuversicht unseres Volkes zu erschüttern unternimmt, der verläßt sich am Vaterlande. Das zu beherzigen, ist jedes deutschen Mannes Pflicht!“

Ueber die Beschäftigung von Kriegsgefangenen

werden in der dem Reichstage übermittelten neuen amtlichen Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen des Bundesrats aus Anlaß des Krieges folgende Angaben gemacht: „Die Notwendigkeit, unsere Wirtschaftsbetriebe während des Krieges soweit irgend möglich aufrechtzuerhalten, besonders die Volksernährung sicherzustellen, zwang dazu, auf die immer größer werdende Zahl unserer Kriegsgefangenen mehr und mehr zurückzugreifen. So wurden sie insbesondere zur Arbeit in den Bergwerken sowie in der Industrie und in hervorragendem Maße zu den Arbeiten in der Landwirtschaft herangezogen.“

Gegenwärtig werden beschäftigt:

| | |
|-----------------------------------|---------|
| bei gemeinnützigen Arbeiten . . . | 86 000 |
| in der Landwirtschaft | 339 000 |
| in der Industrie | 244 000 |
| im ganzen | 669 000 |

Diese Zahlen betreffen nur das Heimatgebiet, soweit es unter preussischer Verwaltung steht. In den Etappengebieten ist außerdem noch nahezu eine Viertelmillion Kriegsgefangener mit Arbeiten für Unterhalt, Landbestellung usw. beschäftigt. Der Rest besteht aus Arbeitsuntauglichen oder ist besonders für den ausgedehnten Wirtschaftsbedarf und Verwaltungsdienst in den Kriegsgefangenenlagern (in Preußen allein 71) nutzbringend tätig.“

Kriegsbekleidungsamt.

Das Reichsamt des Innern wird eine neue Einrichtung schaffen, nämlich ein Reichsbekleidungsamt. Der Zweck dieses neuen Amtes ist, die vorhandenen Bekleidungsstoffe unter staatlicher Kontrolle an die Bevölkerung zu verteilen. An die Spitze dieses Amtes ist der bisherige Dresdener Oberbürgermeister, Geheimrat Dr. Reuffer, berufen worden.

Verordnung über Rohfette.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 16. März eine Verordnung über Rohfette erlassen. Die Verordnung bestimmt, daß die bei gewerblichen Schlachtungen von Rindvieh und Schafen anfallenden Innenfette und Abfallfette auf Verlangen des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette an die von diesem bestimmten Schmelzen oder Sammelstellen abzuliefern sind. Der Kriegsausschuß hat für die zweckmäßige Verarbeitung der Rohfette zu sorgen und das ausgeschmolzene Fett nach den Weisungen des Reichskanzlers dem Verbrauch als Feintalg oder der Weiterverarbeitung zur Margarine zuzuführen.

Die Uebernahmepreise, die für die abgelieferten Rohfette zu zahlen sind, werden nach den Ermittlungen eines Sachverständigenausschusses festgelegt.

Die Verpflichtung zur Ablieferung der Rohfette tritt erst ein, wenn der Kriegsausschuß das entsprechende Verlangen durch öffentliche Bekanntmachung in den einzelnen Gemeinden stellt. Der Kriegsausschuß wird Anweisung erhalten, zunächst in den Gebieten, in denen schon in Friedenszeiten von den Feintalgschmelzen ein weitverzweigtes Sammeln ausgeübt war, von seinem Rechte Gebrauch zu machen und dann vorsichtig und je nach dem weiteren Ausbau seiner Zubringereinrichtungen und der Errichtung neuer Feintalgschmelzen die Beschaffung der Rohfette auch auf solche Gebiete auszudehnen, aus denen bisher den Feintalgschmelzen Rohfette noch nicht zugeflossen sind.

Papierlieferungen an das Ausland.

Unter der Ueberschrift „Unerhört!“ drückt der „Deutsche Papiermarkt“ einen Artikel des „Sieg-Rheinischen Volksblattes“ ab, der einen interessanten Einblick in das Geschäftsgeschehen gewisser deutscher Papierfabriken gibt. Der Artikel kritisiert zunächst die unerhörte Preissteigerung auf allen Gebieten der Lebensmittelversorgung und die Verletzung „der guten Sitten von Treu und Glauben“ und versichert dann, daß von deutschen Papierfabriken auf Umwegen Papier nach dem gegnerischen Ausland geliefert werde:

„Schon seit Wochen liest man in holländischen Blättern Inverate: Kaufen Papier zu jedem Preise. Offerten usw. Gehört unsere Papierfabriken bisher schon zu jenen, die die Kriegslage nicht zuletzt auszunutzen verstanden — sämtliche Papierwaren sind schon bis zu ungefähr 80 Proz. gestiegen — so schlägt doch die neue Preiserhöhung um 8 M. pro 100 Kilogramm dem Fuß den Boden aus. Wer Einblick in die Papierfabriken hatte und auch die Bedürfnisse derselben kennt in der Herstellung ihrer Fabrikate, der wird nicht umhin können, diese Preissteigerung als unerhört zu bezeichnen. Es ist weniger der Mangel an Rohstoffen, die Erhöhung der Löhne usw., wie man zu logen pflegt, um die Preissteigerung zu rechtfertigen, nein, die Sucht nach Mehrerwerb! Bei ihnen gilt der Satz: Wer mehr bietet, bekommt die Ware. Ganze Schiffsladungen ziehen den Rhein hinab nach Holland, andere gehen nach den nordischen neutralen Ländern, wieder andere nach der Schweiz. Wo aber bleibt die Ware dort? Soll es den Fabrikanten unbekannt sein, daß unsere Gegner hinter den Papieraufläufen stehen?“

Als Maßnahme gegen diese Ausfuhr des in Deutschland fortgesetzt im Preise steigenden Papiers fordert der Artikelreiber das sofortige Ausfuhrverbot für Druckpapier. Zu diesen Ausführungen des „Sieg-Rheinischen Volksblattes“ sagt der „Deutsche Papiermarkt“, Zentralorgan für die gesamten wirtschaftlichen Interessen der Papier verarbeitenden Industrien und Gewerbe sowie des Papierhandels:

„Auch wir schließen uns der Meinung an, daß es unerhört ist, daß deutsches Druckpapier in Feindesland verbraucht wird, im eigenen Land aber dadurch, daß der Feind mehr zahlt, Mangel an Papier bezw. eine unerwünschte Preiserhöhung eintritt. — Einen recht eigenartigen Weisheitsmaxime erhält die Tatsache, wenn man bedenkt, daß gerade jetzt, wo in Folge der ungeheuren Preissteigerungen schon eine nicht unerhebliche Mißstimmung in den Kreisen der Papierverbraucher herrscht, solche Schamlosigkeit vollbracht werden. Es erwächst aus dieser Handlung für die gesamte Branche die Aufgabe, die betreffenden „geldgierigen“ Papierfabriken namhaft zu machen und an den Pranger zu stellen, denn solche Firmen bedeuten den „Feind im Lande“ und haben ihre Daseinsberechtigung verlohren.“

Wo der Wille ist . . .

Vor kurzem berichteten wir, daß das stellvertretende Generalkommando des 17. Armeekorps die Beschlagnahme des fünften Teiles aller in der Danziger Bucht gefangenen Dretlinge zugunsten der Stadt Danzig verfügte und daß der Magistrat einige Rutter im Auftrage der Stadt fischen läßt. Welch bedeutende Mengen Fische dadurch der Bevölkerung zugeführt werden können, lehrt die Tatsache, daß in den ersten acht Tagen nach dem Inkrafttreten der Verordnung 1700 Zentner städtische Dretlinge zum Preise von 15 Pfennig pro Pfund verkauft wurden. Außerdem fand eine beträchtliche Menge anderer See- und Süßwasserfische den Weg auf den Fischmarkt.

Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland.

Der Bundesrat hat eine Verordnung betreffend den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland mit folgendem Wortlaut erlassen:

Zahlungen nach dem Ausland im Wege der Nachnahme sind verboten.

Bei Eisenbahnfrachtforderungen nach dem Ausland muß die Fracht in Ueberweisung gestellt werden.

Eisenbahnfrachtforderungen aus dem Ausland werden nur übernommen, wenn die Fracht im Ausland gezahlt wird.

Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1916 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt, wann und inwieweit diese Verordnung außer Kraft tritt.

Wie wir hören, wird auf Grund der Ausnahmebefugnis des Reichskanzlers der Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und den darüber hinaus gelegenen Ländern, sowie mit Luxemburg und mit den besetzten Gebieten von der Regelung ausgeschlossen.

Letzte Nachrichten.

Ein bulgarischer Spionageprozeß.

Sofia, 17. März. (M. L. B.) Der Spionageprozeß gegen die Russophilen erregt um so größeres Interesse, als sämtliche Verteidiger den russischen Parteien angehören. Darunter befinden sich Danev, Malinov, Todorow, Abraschov und Ludskanow. Das bisherige Verhör erwies teilweise die erhobenen Beschuldigungen der Auspionierung der bulgarischen Hafenbefestigungen von Warna und Burgas und der Befestigungen sowie Minenanlagen am Bosporus beziehungsweise der Ein- und Ausfahrt türkischer Kriegsschiffe. Der Angeklagte Rudkin gestand, vom russischen Marineattaché beauftragt worden zu sein, die Brücke zwischen Stambul und Galata in die Luft zu sprengen. Das vorliegende Belastungsmaterial, Briefe und Karten mit eingekreisten Befestigungen und den Fahrweg durch die Minenfelder bei Warna ist erdrückend.

Gewerkschaftliches.

Weitere behördliche Maßnahmen in der Bekleidungsindustrie.

Das Reichsamt des Innern hat für die Kleider- und Wäschekonfektion eine neue Verordnung ausgearbeitet. Neben dem schon bestehenden Verbot des Zuschneidens mit elektrisch betriebenen Maschinen wird in den neuen Bestimmungen auch das Stenzen und Zuschneiden mit Hand- und Fußbetriebmaschinen auf 5 Stunden pro Woche beschränkt. Alle sonst mit Ausgeben und Abnehmen der Arbeit betrauten Personen dürfen nur 40 Stunden pro Woche beschäftigt werden. Das Mitgeben von Arbeit nach Hause ist verboten. Arbeiterentlassungen dürfen in den ersten zwei Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung ein Zwanzigstel des Bestandes vom 1. Februar nicht überschreiten; später nur noch ein Zehntel der früheren Arbeitskräfte. Eine Verkürzung der Gehälter und Löhne der im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter darf nur bis zu zwei Zehnteln des am 1. Februar gezahlten Lohnes eintreten, der Stücklohn nicht geringer sein als am 1. Februar. Die Betriebsleiter haben, falls der verdiente Lohn das Anderthalbfache des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigt, 10 Proz. Zuschlag zu zahlen.

In den Zwischenmeisterbetrieben darf die Arbeitszeit 40 Stunden ebenfalls nicht überschreiten. Den Arbeitern ist nur so viel Arbeit zuzuwenden, daß die zu zahlende Lohnsumme sieben Zehntel des Betrages nicht übersteigt, welcher im gleichen Monat des Vorjahres bezahlt worden ist. Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden ist von den Betriebsunternehmern nur sieben Zehntel derjenigen Arbeitsmenge zuzuwenden, die diese von Anfang Oktober 1915 bis Ende Februar 1916 angefertigt haben. Sie darf nur so viel Arbeit übertragen werden, als sieben Zehntel des verdienten Arbeitslohnes ausmacht. Die Lohnsätze dürfen nicht geringer sein, als am 1. Februar 1916. Die Ausgabern von Arbeitsstufen (Zwischenmeister usw.) haben den erzielten Arbeitslohn um ein Zehntel zu erhöhen und diesen Zuschuß von ihren Auftraggebern einzufordern.

Es ist ferner ein Verzeichnis über die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu führen und in den Arbeits- und Ausgaberräumen ein öffentlicher Anschlag anzubringen über diejenigen Bestimmungen der Verordnung, die von dem Arbeitgeberzuschlag von 10 Proz. auf die Lohnsumme handeln.

Berlin und Umgegend.

Ein Konflikt im Handlungsgesellenverband.

Nach dem Statut hat die Mitgliedschaft Berlin des Handlungsgesellenverbandes die Weisiger im Hauptvorstand zu wählen. Als nun zwei Weisiger zum Heere einberufen wurden und ein dritter seinen Wohnort wechselte, wählte die Mitgliedschaft Berlin an deren Stelle drei andere Weisiger. Anscheinend war es den Berliner Mitgliedern darum zu tun, durch Ausfüllung der Stellen im Vorstande zu

berhindern, daß die angestellten Vorstandsmitglieder die Mehrheit im Vorstande bildeten. Der Hauptvorstand vertrat dagegen den Standpunkt: Zu einer Neuwahl liege keine Veranlassung vor, da die betreffenden drei Weisiger nicht ausgeschieden, sondern nur zeitweise an der Ausübung ihrer Tätigkeit behindert seien. Erörterungen über diese Meinungsverschiedenheit gingen hin und her. Schließlich kam unter Hinzuziehung des Ausschusses eine Vereinbarung zwischen dem Hauptvorstand und der Ortsverwaltung Berlin zustande, wonach die neugewählten Weisiger als Vertreter für die drei abweichenden Weisiger in den Vorstand eintreten und bei Abreise derselben wieder ausgeschieden sollten. Wegen dieser Vereinbarung erhob sich unter den Berliner Mitgliedern eine Opposition gegen die Ortsverwaltung, welche infolgedessen zurücktrat. Die Opposition sagt, die Vereinbarung verstoße gegen die Rechte der Mitglieder, denn hiernach sollten die von ihr gewählten Weisiger nicht als gewählt, sondern als vom Vorstand und Ausschuss ernannt angesehen werden. Der Hauptvorstand bestreitet dagegen die Nichtigkeit dieser Auffassung und versichert, daß er gar nicht daran denke, die Rechte der Mitglieder zu verletzen. Uebrigens stimmen die Berliner Mitglieder einschließlich der Opposition mit dem Hauptvorstand darin überein — wenigstens wurde das in der letzten Versammlung versichert —, daß die neugewählten nur als Vertreter der behinderten Weisiger gelten sollen. — Der unbefangene Beobachter muß hiernach annehmen, daß der Konflikt in der Sache selbst erledigt sei und der Streit sich nur noch um Formalitäten drehe, wobei anscheinend Verständnisse dazu geführt haben, daß diese Angelegenheit so langwierige und heftige Auseinandersetzungen zeitigte.

In der letzten Versammlung beantragten die Revisoren eine Resolution, welche die Vereinbarung zwischen Hauptvorstand und Ortsverwaltung sowie den Eintritt der gewählten Weisiger als Stellvertreter in den Hauptvorstand billigt. — Diese Resolution wurde abgelehnt. — Angenommen wurde eine von der Opposition — unterzeichnet von Drowski und Wendland — gestellte, weit über 100 Druckzeilen lange Resolution, deren kurzer Sinn der ist: Das Verhalten des Hauptvorstandes und des Ausschusses wird verurteilt, die anderen Bezirke werden aufgefordert, in derselben Weise wie die Berliner Versammlung zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Nun erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Als erster Bevollmächtigter wurde Wendland gewählt. Hiernach lehnten die anderen wieder vorgeschlagenen bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung eine Wiederwahl ab, weil sie, wie gelagt wurde, unter der Regierung Wendland nicht arbeiten könnten. Dann wurden Dreißig als zweiter Bevollmächtigter und Hel. Blumenthal als Schriftführer gewählt. Ferner wurden die Delegierten zur Gewerkschaftskommission gewählt. Unter diesen befindet sich ein Mitglied Poissano, den wir kürzlich wiederholt vor der Schlichtungskommission der Militärkammer haben, wo er als Zwischenmeister von Arbeiterinnen verklagt war, denen er den Tariflohn nicht gezahlt hatte.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen bei den Staatseisenbahnen.

Die deutschen Staatseisenbahnverwaltungen sind nach und nach dazu übergegangen, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern regelmäßige Teuerungszulagen zu gewähren. Bei den fünf bedeutendsten Bahnen sind zurzeit folgende Grundsätze für die Gewährung von Teuerungszulagen maßgebend.

Alle Verwaltungen, mit Ausnahme der preussischen, haben Einkommensgrenzen festgesetzt, bis zu denen Zulagen gewährt werden.

Das monatliche Dienstlohnkommen, bis zu dem eine Zulage gegeben wird, beträgt in Bayern 150 M. (oder 5,80 pro Tag), in Sachsen 160 M. (oder mehr als 150—190 M.), in Württemberg 175 M., in Baden 175 M. (oder 165 M. in kleinen Orten). Die Höhe der Zulagen richtet sich einerseits nach Ortsklassen bzw. Ortsgruppen, andererseits nach dem Familienstand und der Zahl der Kinder: Es werden die folgenden Sätze als monatliche Zulagen gewährt:

| | Für Unterbeiräte | Für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit Kindern | | | | | | | |
|-------------|------------------|---|------|------|------|-------|-------|-------|-------|
| | | m. kein Kind | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| Preußen | 3-4 | 4-6 | 5-10 | 5-10 | 5-10 | 17,50 | 17,50 | 17,50 | 17,50 |
| Bayern | — | — | 8 | 6 | 9 | 9 | 12 | 12 | 15 |
| Sachsen | — | — | 9 | 9 | 13 | 18 | 18 | 13 | 18 |
| Württemberg | — | — | 8 | 8 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 |
| Baden | — | — | 7 | 7 | 11 | 11 | 11 | 11 | 11 |
| Württemberg | — | — | 7 | 7 | 11 | 11 | 11 | 11 | 11 |
| Baden | — | — | 6 | 6 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 |
| Württemberg | — | — | 5 | 5 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 |
| Baden | — | — | 4 | 6 | 9 | 9 | 12 | 12 | 15 |
| Württemberg | — | — | 5 | 8 | 10 | 12 | 14 | 16 | 17 |
| Baden | — | — | 4 | 7 | 9 | 11 | 18 | 15 | 17 |
| Württemberg | — | — | 8 | 6 | 8 | 10 | 12 | 14 | 18 |

1) Je nach Ortsklassen bzw. Ortsgruppen.

2) Für jedes weitere Kind 2 M. mehr.

Die Kriegsfürsorge für Textilarbeiter.

In Augsburg ist die Zahl der durch die Beschlagnahme der Baumwolle und die Vorarbeitungsbeschränkungen in der Textilindustrie erwerbslos gewordenen Textilarbeiter und Arbeiterinnen sehr erheblich: sie betrug im Februar 1916: 583 teilweise erwerbslos und 9016 vollständig erwerbslos Personen, die im Monat Januar hierfür aufgewendete Unterstützung belief sich auf 186 413 M., von welcher Summe Reich und Staat je ein Drittel, die Stadt und die Industriellen je ein Sechstel bezahlten. In den Bestimmungen über die Unterstützung der erwerbslosen Textilarbeiter ist seinerzeit die Bestimmung aufgenommen worden, daß den Kriegsfrauen die reichsgeleitete Unterstützung zu einem Drittel auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet wird. Dies hat besonders bei Kriegsfrauen mit Kindern zu großen Härten geführt, weshalb die Textilarbeiterorganisationen an den Magistrat den Antrag stellten, diese Bestimmungen aufzuheben. Der Magistrat hat nun diesem Antrage Rechnung getragen, so daß die Kriegsfrauen die Erwerbslosenunterstützung voll erhalten. Gleichzeitig beschloß der Magistrat die Ausdehnung der Textilarbeiterfürsorge auf die Nebenberufe der Textilindustrie, wie Wollwä- und Papierhüttenfabrikation auszuweiten und auch diese Arbeiter der Fürsorge zu unterstellen. Weiter wurde die Errichtung von hauswirtschaftlichen Kursen für die erwerbslosen Textilarbeiterinnen mit einem Kostenaufwand von rund 20 000 M. beschloffen. Die Teilnahme an den Kursen ist unentgeltlich und freiwillig, die erforderlichen Materialien werden von der Stadt geliefert. Der Unterricht, der von dem Lehrpersonal an den städtischen Schulen erteilt wird, erstreckt sich auf Kochen, Nähen, Waschen und Gesundheitspflege.



Rleissamer Paletot 1575

Oskar Wollburg

Berlin N.,
56 u. 57 Brunnenstr. 56 u. 57

Konfektionshaus für Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Neuheiten für das Frühjahr keine Preissteigerung.

| | |
|--|---|
| Kostüme in marine, grün, blau u. matteren Stoffen, geschmackvolle Verarbeitung. 22 ⁵⁰ , 37,- bis 95,- | Paletots aus Gaberdina, Covercoat, Cheviot, nur feuchte Formen 137 ⁵⁰ , 24,- bis 45,- |
| Frauen-Mäntel in schwarz u. farbig, aus Tuch, Alpaka, Seide, auch für starke Damen 18 ⁵⁰ , 27,- bis 48,- | Blusen u. Röcke in neuesten Farben und Stoffarten, denkbar größte Auswahl 390, 77 ⁵⁰ bis 28,- |

Kinder- u. Backfisch-Konfektion.

Extra-Abteilung für Frauen-Bekleidung.
Größte Auswahl in Kostümen, Paletots, Röcken, Blusen, Hüten, Schleiern etc.

Feines Kostüm auf 39⁵⁰



Feines Kostüm auf 39⁵⁰



NEUESTE MODEN

In großer Wahl

Anzüge Überzieher Beinkleider

für Herren, Jünglinge, Knaben

Billige Preise!

Modernste Maßanfertigung

BAER SOHN

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Bröden - Straße 11
Gr. Frankfur. Str. 20 geg. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

| | | | | | |
|--|--|--|---|--|--|
| <p>Alkoholle, Getranke Franz Abraham Bisk. Messing- u. Römertrank-Kell. E. 25 Bar/str. 3a, Fernsp. Kst. 13700</p> <p>Bad-Analysen Neukölln Anzengruberstr. 25. Diana-Bad Koppenstr. 83 sämmtliche Bäder. National-Bad, Brunnenstr. 9. Passage-Bad Kottbuser-Damm 79. Reform-Bad, Wiener Str. 65. Bäder- u. Konditorien Fr. Friedrich, Eisenbahnstr. 31. A. Grobskinsky, Boxhagenerstr. 27.</p> <p>Oskar Hanke's Brothäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892.</p> <p>F. Klenowetter, Schreiberstr. 15. Felix Kymant, Dämenstr. 6. G. Meier, Grünauerstr. 7. Fr. Pribyl, Osnabrückstr. 26. Turban Stadtteilen. Emil Werk, Samsgrabenstr. 4. Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16. Zachau, Gr. Lichterf., Chausseest. 15a. Paul Zastrow, Stromstr. 32.</p> <p>Handagen, Gummiw. R. Banke, Stralauer Str. 44. E. Kraus, Kottbuserstr. 55. A. E. Lange, Brunnenstr. 164 Urogen und Farben Werder-Drogerie, Frls. Eisw. 5a</p> | <p>Erscheint 2 mal wöchentlich.</p> <p>Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.</p> <p>August Holz 15 Detail-Geschäfte. Herm. Kunert, Culmstr. 28</p> <p>Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte</p> <p>Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte</p> <p>Schröter, R. 43 Drehzettelstellen 43</p> <p>Uhly & Wolfram Bierbrauerei, Bierhandlung.</p> <p>Brauerei Bötzw empfehlen</p> <p>Qualitätsbiere ersten Ranges.</p> <p>Osw. Berliner Er-Berliner, hell und dunkel</p> | <p>Bezugsquellen-Verzeichnis.</p> <p>Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.</p> <p>C. Habels Brauerei hell - Habelbräu - dunkel.</p> <p>Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkt Wanninger Bier!</p> <p>Spandauerberg-Brauerei Weissbier, C. Breithaupt, Pallasstr. 97 Tel. Sp. 2081, 2082</p> <p>Cigarrenfabrik</p> <p>JUHL 250 GESCHÄFTE</p> <p>J. Neumann 200 Niederlagen Eisfabriken</p> <p>Timmer-Essig überall erhältlich!</p> | <p>Cacao, Schokolade, Confitüren</p> <p>SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert besteht in jedem Haushalt.</p> <p>Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. 500</p> <p>Fleisch- u. Wurstw.</p> <p>W. Beck Inh.: Herm. Gerboch Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gercke, Peterburgerstr. 31 Otto Koppel, Alte Jacobstr. 25</p> <p>Luebbe, Joh. Rostockerstraße 42. Fleisch u. Wurstfabr. Paul Zwarg, Landsberg-Allee 124.</p> <p>Hüte, Mäntel, Pelzwaren Schoerr, Herm., Wilmersd.-Str. 44</p> <p>Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19</p> <p>Herron- u. Knabengard</p> <p>J. Baer Baderstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.</p> <p>Fabrich & Co. Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Linienstr. Leske & Sipeckel, Schick-Allee 70</p> | <p>Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.</p> <p>Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag. Hermann Meyer, Schreiberstr. 31.</p> <p>Nähmaschinen Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen</p> <p>Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.</p> <p>Optiker, Mechaniker Groß, Paul, Warschauerstr. 66. Schubert, Carl, Nikln. Bergstr. 148</p> <p>Schreibwaren O. Prochnow, Nikl. Hermannstr. 68</p> <p>Weine, Liköre, Fruchtsäfte</p> <p>Rugo Boling 99 Filialen in allen Stadtteilen.</p> <p>Herm. Meyer & Co. Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.</p> <p>Underberg Bismarck SEMPER IDEM anerkannt bester Bitterlikör</p> | <p>Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98 103 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb</p> <p>Molkereien</p> <p>"Schweizerhof" Meierei und Molkereianstalt. Erdener Str. 48 u. Tel. II 304</p> <p>Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40</p> <p>Versicherungen</p> <p>"Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung - Schützen- Sterbekassenversicherung, Straße 2. Wirtschaftl. Etablissement.</p> <p>Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139.</p> <p>Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßles.</p> <p>Mahlsdorf Frau A. Pagel, Kolonnenstr. 139.</p> <p>Mahlsdorf H. Wagner, Köpenick, II, Friedl. - W. 221</p> |
|--|--|--|---|--|--|

Leihhaus Moritzplatz 58a

kufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster**. Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer **Haagarderobe**, enorm billig. **Riesensposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel**, auf Seide, jetzt nur 20-35 M. **Große Posten Pelzstols** in Skunks, **Harder, Nerz, Füchsen**, jetzt nur 20-75 M. **Große Auswahl in Herren-Gehelpen**, Gelegenheitskäufe in **Damen-, Reise- und Wagenpelzen**. Extra-Angebot in **Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen.

Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Berantw. Redakt.: Alfred Dielew, Neukölln. Inhaberstell. Berantw. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorts Buchd. u. Verlagsdrucksch. Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung. Freitag, den 17. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Troitz zu Solz.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim

Volksschulwesen.

Abg. Herrmann (L.):

Auch unsere Volksschullehrer haben sich auf dem Schlachtfelde bewährt und die Zurückgebliebenen leisten verbleibende Arbeit. Besonders schwierig ist die Vertretung der Eingezogenen auf dem Lande. Wer unserer Volksschule die Religion nehmen wollte, der würde ihr die Krone nehmen. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Auf dem Lande werden die Kinder zur Arbeit angehalten, und das ist auch das Beste für sie. (Sehr richtig! rechts.) Die Jugendkompagnien sollten durch Zwang gefördert werden, aber in Fühlung mit den Turnvereinen bleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Der größte Teil der Rechten und des Zentrums verläßt den Saal: Der Minister sagte vor einigen Tagen, er betrachte Angriffe von unserer Seite als eine Ehre für ihn als Preußen. Ob die Tatsachen, die solchen Angriffen zugrunde liegen, eine Ehre für Preußen bilden, darüber werden die unbefangenen Geschichtsschreiber der Zukunft entscheiden. Jedenfalls muß er uns das volle Recht zugestehen, unsere Kritik an den Einrichtungen des Staates weiter zu üben. Davon wird uns kein Schimpfen abbringen, und wir werden uns auch in unserer Kritik nicht beeinflussen lassen von entstellten und unwahren Berichten der Presse. Keulich hat die Presse wieder meine Sprachkämpfer herbeigeholt. Nun, ich habe hier schon oft gesagt, ich spreche die Sprache, die in Ihren Volksschulen gelehrt wird. Die entstellten Berichte in der Presse stammen ja von Leuten, die dafür das ganze Jahr bezahlt werden. Mitglieder dieses Hauses, Professoren, haben sich bereit erklärt, unter einer Verächtigung ihre Namen zu setzen. Aber ich schreibe keine Verächtigung, ich gebe diese Leute der Verächtigung preis.

Wir wünschen einen Elementarunterricht ohne Klassenunterschiede, ohne Rangunterschiede. Wir wünschen, daß die Erziehung schon beim Kinderhort beginnt. Diese Kinderhorte, die wir seit Jahren verlangt haben, fehlen uns gerade in der heutigen Kriegszeit an allen Stellen. Jetzt ernten Sie das, was Sie jahrelang gesät haben. Gegen den alten Grundsatz, nur in einem gefunden Körper kann ein gesunder Geist sich entwickeln, wird heute ungeheuer viel verstoßen. Wie lange sind wir umsonst für Schulklassen eingetreten, bis man endlich einen kleinen Anfang damit gemacht hat. Man hat gesagt, man könne die Eltern nicht zwingen, ihre Kinder von einem Arzt untersuchen zu lassen, zu dem sie vielleicht kein Vertrauen haben, hat aber die Hauptfrage dabei überwiegen, daß viele Eltern ihre Kinder überhaupt nicht untersuchen lassen können, weil ihnen das Geld dafür fehlt. Die Statistiken der Schulärzte beweisen, daß sehr viele Kinder nur infolge ihres schlechten Gesundheitszustandes in der Schule zurückbleiben. In einem solchen Bericht wird festgestellt, daß von 311 Kindern 88 Proz. einer ärztlichen Behandlung bedürfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei 63 Proz. wird Vitaminum festgestellt. In die Schuldeputationen sollten alle Leute zugelassen werden, die Erfahrung auf dem Schulgebiete haben, ohne Rücksicht auf die Partei und Religion. Die Schulinspektoren sollten aus den Kreisen geübter praktischer Schulmänner genommen werden. Sie müssen weltliche sein und ihre Arbeit unbeeinträchtigt tun können. Wenn wir gegen die geistliche Schulaufsicht sind, so können wir und dabei auch auf einen Pastor Fall berufen, der geschrieben hat, die geistliche Schulaufsicht ist ein Rest der mittelalterlichen Abhängigkeit der Schule vor der Kirche. Wie weit heute die geistliche Schulaufsicht geht, beweist die Tatsache, daß durch eine Zirkularverfügung die Kreisinspektoren aufgefordert werden, den Kirchenbesuch der Lehrer zu überwachen. Man beruft sich dabei auf eine Amtsverfügung vom Jahre 1763. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Lehrermangel ist durch den Krieg natürlich noch viel größer geworden, als er schon vorher war. Nach einer Statistik von der Zeit kurz vor dem Kriege wurden von 6 000 000 schulpflichtigen Kindern 580 000 in dreiklassigen Schulen, 440 000 in zweiklassigen und 525 000 in Halbtagschulen, 680 000 in einklassigen Schulen unterrichtet, also 2 1/2 Millionen in völlig unzureichenden Schulen. Da verheißt es, wenn Sie sich sträuben, Ihre Kinder in die Einheitschule zu schicken. Hätten wir aber wirklich eine Einheitschule, dann würden die Reichen schon dafür sorgen, daß solche Schulstände aufhören. Für die Schule ist kein Geld da, wohl aber für die Kirche. Noch 1914 wurden 1 600 000 M. ausgegeben für neue Pfarrstellen, aber nur 1 200 000 M. für neue Schulstellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die vielen freien Schultage, die es jetzt im Kriege gibt, sind für viele Kriegerfrauen sehr unangenehm, weil sie keine Aussicht für ihre Kinder haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Art, wie man dem Lehrermangel an manchen Stellen abhelfen will, fordert scharfe Kritik heraus. So ist der Reichsbote dafür eingetreten, daß man Kriegsbeschädigte, die das Einjährigengeld nicht zu haben brauchen, und nur einige Wochen für diese Arbeit vorbereitet werden sollen, wie er sich selbst ausdrückt, „auf die deutsche Jugend losläßt“. Der Einflüsterer meint, „für ländliche Schulen und für Unterklassen von städtischen Volks- und Mittelschulen wird das Können solcher Leute genügen. Friedrich der Große hat ja alte Intendanten dazu benutzt. Die Vergütung braucht nicht sehr hoch zu sein; der Betreffende wird sie neben seinem Invalidegeld gern nehmen. Nach dem Kriege hat der Kriegslehrer vielleicht in einigen Fällen solches Gefallen an der Arbeit gefunden, daß er sich entschließt, ein wirklicher Lehrer zu werden.“ (Hört! hört!) In einem Falle hat man einen Großvater von einem Bauerngut angestellt, um den Kindern statt des Schulunterrichts praktischen landwirtschaftlichen Unterricht zu geben. Erst eine gerichtliche Entscheidung hat diesem Anflug ein Ende gemacht. In solchen Fällen kann man sich nicht wundern, wenn Dinge passieren wie bei dem Pfarrer, der mit dem Glodenseil und mit Zupfritten beim Religionsunterricht nachhals. In einer der reichsten Gemeinden am Mittelrhein, Godesberg, sind die Schulgebäude so ungenügend, daß die Schüler vorübergehend auf den Fensterbänken Platz nehmen mußten. Der Vorkredner meinte, auf dem Lande würden die Kinder zur Arbeit angehalten, das wäre das Beste. Mögen doch die Besthenden einmal ihre Kinder zur Landarbeit schicken. Für zurücklag würden wir das natürlich auch dann nicht halten, wenn es so wirklich Eltern gäbe. Die Kinder gehören in die Schule. 1914 sprach der Kultusminister von der Ilustrie, die in den Schulbetrieben von außen hineingetragen werde durch die dauernde scharfe Kritik. Der badiische Kultusminister hat im Gegenteil seine Freude darüber ausgedrückt, daß auch diese Zeit soviel neue Ideen auf dem Schulgebiet bringe. Die Schulverwaltung müsse mit fester und sicherer Hand das Beste aus diesen Ideen auswählen. Das war gewissermaßen eine Entgegnung auf

das acht preussische Ruhebedürfnis unseres Kultusministers.

Gerade auf dem Schulgebiet heißt rasten rosten. Ein Volk, das hier ruht, wird überannt, und wird zugrunde gehen auf in einer Zeit, wo die letzten Kanonen und Geschosse als Überreste einer längstvergangenen Zeit in den Schrecksammern unserer Museen aufbewahrt sein werden. Nach diesen entsetzlichen Kämpfen wird die Zeit wieder kommen, wo Wissen und Bildung darüber

entscheiden werden, wer in der Welt vorangeht. Dafür müssen alle Kräfte des Volkes nutzbar gemacht werden, es muß die Bahn freigemacht werden für alle Befähigten. In Neu-Südwalles in Australien ist die Einheitschule durchgeführt, deren Durchführbarkeit bei uns für unmöglich erklärt wird. Ein Professor Holle spricht sich mit recht merkwürdigen Gründen gegen die Einheitschule aus. Er sagt, die Staudenunterschiede seien biologisch notwendig. Ein Pferd müsse ja auch eine andere Aufsicht erhalten als ein Ziegenbock. Der Herr Professor scheint zum Oberkammerherrn geeigneter zu sein. Von dem Erlaß des Regierungspräsidenten von Schwerin in Frankfurt a. O. war ja schon die Rede. Es ist bemerkenswert, daß der Kultusminister kein Wort gegen diesen Erlaß, der geradezu für den Völkerverfall eintritt, übrig hat. Dieser Erlaß ist ein Dokument der Schande für unsere Schuleinrichtungen. (Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung.) Wir haben nicht nötig, den Haß der Gegner zu säkretieren, der bei den anderen Völkern ebenso wenig vorhanden ist wie bei uns. Die Schuldigen am Kriege befinden sich unter allen Völkern, das wird die Geschichte zeigen. Wir erheben auch Protest gegen die Art, wie der Völkerverfall gewendet wird durch Gedächtnis und Lieder, deren Verbreitung in den Schulen geradezu ein Skandal ist. In der Fortbildungsschule in Berlin, Weimarerstraße, ist folgendes Lied nach der Melodie „O Tannenbaum“ den Schülerinnen diktiert worden:

„O Engelland, o Engelland, Wie groß sind Deine Lügen! Mit Deim Verbrechen noch so groß, Du schwindelst Dich vom Galgen los. O Eduard, o Eduard, Du Mäster aller Fürsten, Nichts hastest Du von einem Reg. Du eiterst Schlags- und Bestenreg.“

Hätten wir solche Gedächtnis auf einen Verwandten unserer Krone verbreitet, dann wäre es uns schief gegangen; aber so geschändet sind wir nicht. In der III. Gemeindefschule, Niederschönhausen, wurde an einem Elternabend von einem aus den Schülern der obersten Klassen zusammengesetzten Chor folgendes Lied gesungen:

„Nun hebt sich an die große Schlacht, Unser Kaiser hat mobil gemacht, Alle, alle eilen wir zu den Fahnen, Halten fest und treu am Rhein die Wacht. Droht der Feind vom Norden, Ost und West, Immer feste dreihen ist das allerbest. Jeder Schuß ein Ruß', jeder Stoß ein Franzos', Alle Feinde gehn zu Schand'! Sei getroßt, mein deutsches Vaterland! Jeder tritt eintritt', und die Serben müssen sterben. Alle Feinde gehn zu Schand', Sei getroßt, mein deutsches Vaterland!“

Ich glaube, hier werden Sie mit mir endlich einmal darin einig sein, daß solche Dinge schon aus pädagogischen Rücksichten nicht in die Hände von Schülern gehören. Bei Karl Neher in Hannover geben zwei Schulleitoren Koppen und Koch in Hildesheim „Vespe für den Weltkrieg“ für unsere Schulkinder heraus. Ich will nur eine Probe davon geben, die von einem Leutnant verfaßt sein soll:

„Da drüben, da drüben liegt der Feind in seinen Schützengräben, Wir greifen ihn an, und ein Hund, wer meint, Heut würde Barbon gegeben. Schlegt alles tot, was um Gnade fleht, Schlegt alles nieder wie Hunde, Mehr Feinde, mehr Feinde! Sei euer Gebet in dieser Vergeltungsfunde.“

(Lebhafte Witze bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine so blutdürstige Phantasie, viel schlimmer als die Schinderhannes-Romane. Wegen einer solchen Schundliteratur sollten Sie selbst sich sträuben. Ihre Bekämpfung der Schundliteratur besteht darin, daß a. B. die im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienenen „Freien Stunden“ für die Jugend verboten werden, die Erzeugnisse von berühmten Schriftstellern, wie Jola, Daudet, Gerstäder usw. bringen. Solche Dinge bezeichnen Sie als Schundliteratur, aber Gedächtnis, wie ich sie wiedergegeben habe, werden von Redaktoren unter der Jugend verbreitet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Jugendverziehung gehört ja auch das Kapitel

„Wehrpflicht der Jugend“.

stärkere militärische Ausbildung. Sie wird demut, um parteipolitische Gegenstände in sie hineinzutragen. Herr Herrmann verlangte mehr Zwang dabei. Tun Sie das nur, Sie werden Ihr Dunder erleben. Der Kriegsminister hat ja neuerdings Richtlinien herausgegeben für die militärische Jugendverziehung, die zeigen, daß er gar nicht so einberührend ist mit den Heißspornen auf diesem Gebiete. Wir verlangen auch die geistige und körperliche Kräftigung der Jugend, aber in Verbindung mit einer gründlichen Schulreform mit durchgreifenden politischen Maßnahmen zugunsten des Mutter- und Kinderlandes. Eine getrennte militärische Jugendausbildung verwerfen wir. Auf diesen Standpunkt hat sich auch die Zentralstelle der Arbeiterjugendbewegung gestellt. In seinem erwähnten Erlaß spricht der Kriegsminister bezeichnenderweise davon, daß es sich bei den Lehungen nicht um eine gewisse Soldatenspielerlei handeln dürfe, es komme nicht auf den Drill an für die Jugend, sondern auf Warfahungen, Ausbildung im Sehen, Hören usw. Hier können wir und also auf einen Hochmann berufen. Wäre es Ihnen ernst mit der körperlichen Erleichterung der Jugend, so hätten Sie nicht unsere Turnvereine so verfolgt, wie einst Jahn verfolgt wurde. Wir unterscheiden zwischen Erziehung zum Militarismus und Erziehung zur Wehrkraft, wie wir zwischen Militarismus und Wehrkraft unterscheiden. Wir wünschen die Volkwehrhaftmachung nicht für den Angriffskrieg, sondern verlangen zugleich die Wristung, internationale Schiedsgerichte, die eine Garantie gegen künftige Kriege bilden. Zur Wehrhaftmachung des Volkes gehört gute Ernährung des Volkes usw. Bei den 20 000 Jünglingen, die ins Feld gezogen sind, waren sogar 15jährige Oberterrianer dabei. Man rühmt sich noch, daß die Wehr mit Halber List sie dazu bekommen haben. Das ist kein Ruhmesblatt, schulpflichtige Kinder in den Krieg zu drängen. Das Erwachen wird für sie umso fürchterlicher sein. Sie haben es ja gehört, daß im Heere alle Kreuze bis zu Hindenburg abgewinkt haben, auch ein bedeutender Feldherr kann mit solchen Schulkindern nichts anfangen. Viele von den jungen Leuten sind in den Krieg hinausgegangen, in der Aufpeisung der Leidenschaften in der ersten Zeit, und um von dem Schulzwang loszukommen. Der Verlust von so vielen jungen Leuten ist für unsere Zukunft eine schwere Gefahr.

In der katholischen Zeitschrift „Allgemeine Rundschau“ bedroht ein Chefredakteur Weber-Donawörth die Jugend mit militärischem Arbeitszwang und Strafarbeiten und er spricht davon, daß Jugendliche viel Geld verdienen, das sie doch nicht richtig angewenden würden. Mit solchen „christlichen“ Lehren werden Sie bei der Jugend nicht weit kommen, werden Sie auch keine Liebe zum Militarismus in der Jugend erwecken. Daß die Schulen in den Dienst des Krieges und Völkerverfalls gestellt werden sollen, wird geradezu verlangt in dem neuen Buch „Krieg und Schule“ von Dr. Adolf Rathias. Das kommt schon in dem Motto dieser Schrift zum Ausdruck, in der es an einer Stelle auch heißt: „Unsere Zeit gleicht einem großen Gottesdienst; nicht nur daß allabendlich die Glocken zur Kirchenandacht läuten, auch unser Volk und insbesondere unser Volk brauchen in Waffen, unser Kriegsheer, gleich einer frommen Gemeinde.“ Gehe die Abwesende (Heiterkeit), wenn man die Gottesdienste der Armee als fromme Gemeinde hinstellt, so müßte eigentlich der Kriegsminister dagegen protestieren.

Systematisch wird gerade in den Volksschulen, bei den Kindern der armen der Armen jetzt Vetteile betrieben. In den Berliner Schulen kommt ein von zwei Stadtschulräten gezeichnetes, aber wohl auf Anweisung von anderer Stelle aus herausgegebenes Flugblatt zur Verteilung, in dem aufgefordert wird, die vierte Kriegsanleihe zu zeichnen. Ja, in den Schulen schlicht jetzt jede Schularbeit und jedes Diktat mit dem Satz: Vergeßt die Kriegsanleihe nicht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man durch die Schulkinder Papier sammeln läßt — gut; die Metallsammlung ist schon bedenklicher, sind doch in Berlin Kinder wegen Diebstahl angeklagt worden, weil sie durch den Metallmehrfachanismus vertrieben wurden, einen Einbruch zu verüben. Wenn man sich aber an die Volksschulkinder darum wendet, daß sie zu Hause zur Zeichnung der vierten Kriegsanleihe anregen sollen, so erweckt man doch gerade damit die Meinung, die Sie immer vermeiden wollen, daß nämlich die vierte Kriegsanleihe sonst nicht genügend gezeichnet würde. Man fordert sogar die Kinder auf, ihre Ersparnisse in der Kriegsanleihe anzulegen. Wollen Sie vielleicht auch noch einen Feldzug mit den Kindern gegen unsere ausländischen Feinde beginnen? Glauben Sie doch nicht, daß die Eltern ihren Kindern Geld für die Kriegsanleihe geben werden, damit ihre eigenen Väter und Brüder, soweit sie noch leben, totgeschossen werden. Wir wünschen, daß in die Schule Friedensgedanken hineingetragen werden. (Widerspruch des Abg. Pappenheim.) Das mag Ihnen undenkbar sein, uns ist es das höchste Ideal; und darum sollte es unserer Jugend für die Zukunft beigebracht werden. Dann wird es auch in Ihrem Kopfe klar werden, dann wird die heranwachsende Jugend Ihnen den Standpunkt klarmachen. Sie mögen aus dem Saal auswandern und unsere Reden nicht anhören, für Sie sind unsere Reden nicht bestimmt, sie gehen hinaus in das Volk, in die Schützengräben, und dort wirken sie. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. r. Heß (Zentr.):

In den deutschen Schulen wird Vaterlandsliebe gelehrt, aber kein Völkerverfall. Unsere Jugend muß frei von falscher Sentimentalität erzogen werden. Sie müssen die Augen geöffnet werden über den Abgrund von Ausschweifung und Strupplosigkeit, die zu diesem Kriege geführt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Anhänger der Einheitschule wissen selbst nicht, was sie wollen. Auch ein so geistvoller Mann wie Dr. Traub hat darüber nur allgemeine Redensarten geäußert. Das deutsche Volksschulwesen ist in seinen Grundzügen durchaus gut und gesund. (Beifall im Zentrum.) Der Vorkredner scheint sich in der Rolle eines Redners zum Kultusetat selbst unbehagen zu fühlen. Nur so versteht man die Entschuldigung seiner sprachlichen Unbildung. Wir haben nichts gegen den Berliner Böh und die Berliner Schnoddrigkeit, aber der Böh darf niemals zu Laifigkeit, Aboheit und Schlimmerem ausarten. Darüber entscheidet die innere Herzensbildung, die man besitzen muß, wenn man sich unterfragen will, die Reule des Wises auf der Parlamentaristritze zu schwingen. (Lebhafte Zustimmung.) Einem Redner kann auch mal eine Ungleichung passieren. Wer aber gemohnheitsmäßig Dinge, von denen er weiß, daß sie anderen heilig sind, in geschäftiger Weise behandelt, hat keinen Anspruch darauf, daß man ihm seine geringere Bildung zugute hält. (Erneute lebhaft Zustimmung.) Einem anständigen Gegner ist sein geringerer Bildungsgrad hier noch niemals vorgehalten worden. Wenn Herr Hoffmann selbst weiß, daß seine Bildung außerordentlich verbesserungsbedürftig ist, sollte er hier wirklich etwas bescheidener auftreten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist höchst sonderbar, daß eine Fraztion einem Herrn, der seine Bildungsmängel offen eingesteht, hier ausgerechnet als Redner über Bildungsfragen auftreten läßt. (Sehr richtig!) Ein gebildeter Sozialdemokrat würde sich sicher nicht dazu hergeben, ein so unzureichendes Turheimander zu versapfen, wie Herr Hoffmann das kann. (Heiterkeit.) Diese Hoffmannsche Manier verjagt aber offenbar bei einem Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft. Die sozialdemokratische Fraztion sollte uns von dieser Sorte Kulturredner endlich befreien, denn die Hoffmannsche Manier ist vor allem für unser religiöses Gefühl ganz unerträglich. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Im anderen Falle wird dies Haus sich zu überlegen haben, wie es sich selbst von dieser Sorte Redner befreien kann. (Zustimmung.) Im übrigen waren die Debatten zum Kultusetat von ersterklassiger Versöhnlichkeit getragen. Wir wollen auch nach dem Kriege nicht vergessen, daß sachliche Gegenstände auch ohne persönliche Schärfe erörtert werden können. (Sehr richtig!) Aus unserer Schule sollen Männer von Bismarckschem Geiste hervorgehen, ein Geschlecht von Laifkraft und Entschlußfähigkeit, das ohne falsche Sentimentalität das Deutschtum in der ganzen Welt mit Stolz vertritt. Das heißt nicht, daß immer gleich mit der Faust auf den Tisch geschlagen werden soll. Lat aber Bismarck das einmal, dann war hinter der Faust auch ein starker Wille. (Zustimmung.) Daß es uns auch heute nicht an solchen starken Männern fehlt, das ist uns ja erst eben durch eine offiziöse Erklärung in der „Vayer, Staatsz.“ mitgeteilt worden. (Große Heiterkeit! rechts und im Zentrum.) Bismarck war auch ein kluger Staatsmann. Er war immer eine Stunde früher ausgegangen als seine Feinde. Die größte Ehrenhaftigkeit allein genügt uns nicht bei einem Staatsmann, wenn sie nicht gepaart ist mit kluger Umsicht. (Zustimmung.) Wir hatten uns an das Bismarckische Wort: Wenn die Deutschen zusammenhalten, so schlagen sie selbst den Teufel aus der Hölle! (Stürmischer Beifall und Handklatzchen rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Ich möchte Herrn Hoffmann nur fragen, warum sich Millionen anderer Menschen, die auch nur die Volksschule besucht haben, doch von derartigen Sprachschindern befreit haben, wie er sie ständig hier vorbringt. (Sehr gut! und lebhaft Zustimmung.) Unseren Präsidentenantrag haben wir aus Forderung eingebracht. Diese fehlt aber Herrn Hoffmann völlig, wenn er in dieser Weise die Gefühle der übergroßen Mehrheit des Hauses und des Volkes verletzt. — Wie die Eltern der Schulkinder über die Kriegsanleihe wirklich denken, beweisen die in den Schulen gezeichneten 40 Millionen. Eine Verbreitung der Wahrheit ins Gegenteil war seine Vorstellung, als diente die Kriegsanleihe dazu, daß unsere Soldaten totgeschossen werden. Wenn Herr Hoffmann sich über das Schützengrabengeld aufgeregt hat, so kann er freilich die Stimmung nicht verstehen, die nach tagelangem Trommelfeuer unsere tapferen Krieger ergreift gegenüber Engländern, die die Hände hochheben, um dann unsere Soldaten hinterläß niederzuschießen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auf unsere Volksschulen sind unsere Feinde neidisch, denn sie können sie uns nicht nachmachen. Die Selbstständigkeit der Soldaten, die treffliche Mitwirkung der Bevölkerung an der Ernährungsregelung sind Folgen unserer vortrefflichen Schule. (Lebhafte Beifall.)

Kultusminister v. Troitz zu Solz:

Ueber 50 000 Volksschullehrer stehen im Felde. Aber es ist gelungen, durch Wehrarbeit die Lücken fast ganz auszufüllen, so daß nur 193 von 192 000 Schulklassen geschlossen sind. Für den Lehrereinsatz werden später Lehrerinnen aus dem Zentrum und wann in Betracht kommen. Es stehen 10 000 Anwärterinnen zur Verfügung, die unmöglich untergebracht werden können. Wir werden die Anfordernngen, auch die recht hohen an die körperlichen Kräfte, streng durchführen müssen. Es wird immer ein Stolz Preußens sein, für seine Volksschulen zu sorgen. (Beifall.)

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß der Eisenbahnminister sich gegen den bei diesem Etat vorliegenden Antrag auf Freifahrt für Jugendkompagnien mit Rücksicht auf die Konsequenzen erklärt hat. Die Fahrt der Leiter zu den Übungsplätzen bezahle die Oberverwaltung.

Abg. Otto (Sp.):

Auch wir bedauern lebhaft die in den letzten Tagen durch die Reden der Sozialdemokraten hervorgerufenen Szenen. Abg. Hoffmann hat die religiösen und vaterländischen Gefühle auch politisch freudig denkender Männer aufs schwerste verletzt. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Lehrermangel wird eine der verhängnisvollsten Wirkungen des Krieges sein. Die Beschäftigung von Lehrerinnen darf über gewisse Grenzen nicht hinausgehen. Eine möglichst allgemeine Volksschulbildung ist der fruchtbarste Boden für eine unbeflechte Wehrkraft, das hat das deutsche Heer bewiesen. (Beifall.) Der religiöse Memorierstoff könnte ruhig eingeschränkt werden. Die deutsche Wehrkraft wird es sich nicht nehmen lassen, die Schule in den Dienst der Kriegsanleihe zu stellen. Bei der militärischen Jugendpflege muß der Jugend ein gewisses Maß von Freiheit bleiben. Der hochpolitische Ausbruch des Abg. Sey hatte mit dem Volksschulwesen nichts zu tun. (Zustimmung links.)

Abg. Ramdohr (H.):

Es ist erhebend, daß in dieser schweren Zeit an unserem Kultusetat auch nicht eine Million gekürzt ist. Da sollten die Franzosen und Engländer ihre Kultusetats herzeigen. (Sehr gut!) Die Bilder der gefallenen Lehrer sollte man in den Klassen aufhängen, das könnte im Geschichtsunterricht mehr wirken als viele Bücher. (Beifall.) Den Erlaß des Regierungspräsidenten zu Frankfurt begrüßen wir. Glaube und Frömmigkeit kommen bei den Jugendkompagnien nicht zu kurz. Die Rede des Abg. Sey entsprach dem Geist unserer Zeit. (Lebhafte Beifall.)

Damit schließt die Besprechung.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.) (persönlich):

Eine ganze Reihe Redner haben persönliche Angriffe gegen mich gerichtet, nicht gegen das, was ich gesagt habe, sondern das, was sie in meine Rede hineingelegt haben. Ich verweise auf das Stenogramm. — Nicht meine Sprachschneider habe ich verteidigt im Gegenteil, ich bemühe mich nach besten Kräften, sie zu beseitigen. Protestiert habe ich dagegen, daß man Sprachschneider in meine Rede hineingelegt hat, um mich lächerlich zu machen.

Bei der Abstimmung werden die Ausschüsseanträge angenommen, davon der Antrag, daß 50 000 M. aus dem Dispositionsfonds für Kinderhorter bestimmt werden sollen (wogegen sich die Regierung ausgesprochen hatte), der Antrag auf Beseitigung der Bevorzugungen für Schüler der Vorklassen und auf höhere Beihilfen für Privatmädchenschulen gegen die Rechte. Die sozialdemokratischen Anträge betreffend Einheitschule, Steuerpflicht der Lehrer und Beamten, Streichung der staatlichen Kirchenschulen und Besteuerung des Kirchenvermögens werden gegen die Sozialdemokraten abgelehnt, der von der Regierung bekämpfte Antrag auf Freifahrt für die Jugendkompagnieleiter wird gegen die Freikonserwativen und Nationalliberalen abgelehnt. Der fortschrittliche Antrag auf Errichtung einer Lehranstalt für ungarische Sprache und Geschichte geht an die Unterrichtscommission. Der nationalliberale Disidentenkinderrücktritt steht nicht zur Abstimmung. Die Ausschüsse- und sonstigen Anträge auf Erleichterung des Studiums Minderbemittelter werden sämtlich angenommen.

Damit ist der Kultusetat erledigt.

Sonnabend 11 Uhr: Steuern und Finanzverwaltung, Ministerium des Auswärtigen, Staatsgesetz, Wasserstraßenvorlage. Schluß: 5 1/2 Uhr.

Die preussische Steuervorlage

vor der Kommission.

Die verstärkte Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses erledigte den Gegenstand betreffend die Erhöhung der Zuschläge zum Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer. Der Entwurf sieht bekanntlich erhöhte Zuschläge vor, und zwar für die Zeit vom 1. April 1916 an bis zum Beginn desjenigen Etatsjahres, für das ein nach Abschluß des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Staatshaushalt in Kraft tritt. Die Erhöhung soll alle Einkommensteuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 2400 M. und alle Ergänzungssteuerpflichtigen treffen.

Nach längerer Debatte beschloß die Kommission gegen den Widerspruch der Regierung einstimmig, die Steuer nicht für die verlangte Zeit, sondern nur auf ein Jahr zu bewilligen. Im übrigen erließ die Vorlage keine Abänderungen. Ein sozialdemokratischer Antrag, Einkommen unter 8500 M. von höheren Zuschlägen freizulassen und den dadurch entstehenden Ausfall durch eine stärkere Heranziehung der Einkommen über 200 000 M. und der Vermögen zu decken, wurde gegen die Stimmen des Antragstellers und des Vertreters der Polen abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr nationalliberale und konservativere Anträge, die auf eine Begünstigung der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Vergewerkschaften hinausliefen.

Eine Resolution, die die Regierung ersucht, mit allem Nachdruck im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei Erörterung neuer Einkommensgesetze für das Reich jeder weitere Eingriff der Reichsregierung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen und Einkommen vermieden wird, und daß den Bundesstaaten die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigsten kulturellen Aufgaben gerecht zu werden, ungehindert erhalten bleibt, gelangt mit den Stimmen der beiden konservativen Parteien und des Zentrums zur Annahme. Abgelehnt wurde eine nationalliberale Resolution, die die Regierung ersucht: a) im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß im Reichsgesetz eine feste Abgrenzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in Beziehung auf Steuern und Abgaben erfolgt; b) durch Landesgesetz die gleiche Abgrenzung zwischen Staat und Gemeinden herbeizuführen. Weiter wurde angenommen eine fortschrittliche Resolution, die die Regierung ersucht, sogleich nach Beendigung des Krieges eine Vorlage über Abänderung des Kommunalabgabengesetzes einzubringen, sowie eine nationalliberal-konservative Resolution, die an die Regierung die Aufforderung richtet, bei der vom Finanzminister in Aussicht gestellten Neugestaltung des Einkommensteuergesetzes darauf Bedacht zu nehmen, daß der Vorstoß in den Veranlagungskommissionen in den Veranlagungsbezirken mit weniger einfachen Verhältnissen einem von der Regierung zu ernennenden Kommissar im Hauptamt übertragen werden.

Der sozialdemokratische Vertreter hatte beantragt, die Regierung zu ersuchen, bei der Neugestaltung des Einkommensteuergesetzes darauf Bedacht zu nehmen, daß 1. die Grenze des steuerfreien Einkommens heraufgehoben, 2. der dadurch entstehende Einnahmeausfall durch eine stärkere Heranziehung der Einkommen über 100 000 M. wett gemacht, 3. die Selbstbeschädigung für alle Steuerpflichtigen festgelegt wird. Dieser Antrag fand keine Gegenliebe, er wurde in seinem ersten Teil gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Volkes, der Fortschrittler und einiger Nationalliberaler, in seinen übrigen Teilen gegen die Stimmen des Antragstellers und des Vertreters der Polen abgelehnt.

Zur Frage der Einheitschule.

Ran schreibt uns:

Im preussischen Abgeordnetenhaus empfand es der Redner der Konserwativen, Herr von der Osten, offensichtlich als Störung der „bürgerlichen“ Zustände, daß beim Kultusetat von den Sozialdemokraten die Forderung der Einheitschule wieder erhoben worden war. Entgegen dem sonst so pathetisch verkündeten Verbüßungsgeist des Schützengrabens, der alle Volksgenossen erfüllen soll, lehnt er in starrer, konservativer Dogmatik eine Verständigung in dieser friedlichen Bildungsfrage als unmöglich ab. Sicherlich ist ihm die militärische Einheit der Nation ein unveräußerliches Axiom, aber für die Einheit des Bildungswesens seines Volkes scheint ihm das Organ völlig zu fehlen. Dabei wird gerade diese Forderung von allen großen Volkserziehern und pädagogischen Klassikern erhoben und auf die Formel gebracht: Ein Volk —

eine Schule! Und gerade hier eifrische und nationale Werte sind es, die jene in der einheitlichen Schulorganisation entdeckt haben und die sie ihnen erstrebenswert erscheinen lassen, wie beispielsweise bei Fichte nachzulesen ist.

Herr von der Osten erspart sich die Mühe, seine Ablehnung irgendwie zu begründen, sei es wirtschaftlich, ethisch oder kulturell. Mit dem billigen Schlagwort: Die Einheitschule ist mit Gleichheitsschule identisch, geht er über dieses eminent wichtige Kulturproblem zur Tagesordnung über.

Wir aber fragen uns: Hat Herr von der Osten wirklich keine oder eine so bage Vorstellung von der Einheitschule, die doch wissenschaftlich begründet ist und einen wissenschaftlichen Begriff darstellt? Das beweise eine grenzenlose Oberflächlichkeit in der Bewertung volkserzieherischer Fragen. Oder redet er bewußt etwas Unrichtiges, um eine an und für sich gute Sache als schlecht zu diskreditieren?

Um an der Forderung der Einheitschule Kritik zu üben, muß man natürlich erst eine richtige Vorstellung von ihr haben. Die pädagogische Wissenschaft versteht unter der Einheitschule absolut nicht eine neugeartete Schulanstalt, in der eine gleichartige Bildung für alle Volksgenossen erstrebt werden soll; das würde geistiges Kafkamentum, Uniformität der Bildung sein. Nicht eine besondere Schularart ist gemeint, sondern eine Neuorganisation des gesamten Bildungswesens, welche bei der Differenzierung der Begabungen in weitest reichendem Maße der menschlichen Natur und den Bedürfnissen des modernen Lebens Rechnung tragen will. Aus diesem Grunde fordern die Anhänger der Einheitschule an Stelle des heutigen Durcheinanders von Schulanstalten eine planmäßige Gliederung des Bildungswesens. Dabei sollen aber sowohl die wachsenden Bedürfnisse des wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Lebens berücksichtigt werden — deren Mannigfaltigkeit stetig wächst — wie auch die Vielfältigkeiten und Abstufungen der individuellen Fähigkeiten und Neigungen gebührend berücksichtigt werden. Sie erstreben also durchaus nicht eine neue Schularart womöglich mit einem einzigen Lehrfach für alle Kinder des Volkes, wohl aber die Beseitigung des zusammenhanglosen Nebeneinanders von Schularten zugunsten eines organischen Aufbaues.

Als selbstverständliche Voraussetzung hat die Einheitschule natürlich den Unterbau der allgemeinen Volksschule, wie er mit bestem Erfolg schon in einer ganzen Reihe von Staaten eingeführt ist. Höherer Bildung soll nur der tauffähig werden, der ein größeres geistiges Vermögen besitzt. Die heutige Schulorganisation führt eine solche Trennung nur nach der Begabung und Willenskraft nicht durch, sondern macht den Geldsack der Eltern zum entscheidenden Merkmal für die Art der Schulbildung. Und dabei ist es durch die Erfahrung tausendfach bewiesen, daß die Verleihung des Adelsbriefes der Begabung nicht an Reichtum und vornehmliche Abstammung geknüpft ist.

Ferner ist zu bedenken, daß weder Eltern noch Erzieher bei dem Alter der Kinder, zu dem sie jetzt die Entscheidung für eine Schulanstalt treffen müssen, ein ausreichend zutreffendes Urteil über die Eigenart der Begabung haben können. Die Auslese für die geeignete Schulanstalt erfolgt mit Aussicht auf größere Richtigkeit in späteren Jahren, wenn ausreichendes Beobachtungsmaterial gesammelt ist.

Heute findet sehr oft eine falsche Auswahl der Schulanstalten statt (aus den angeführten Gründen), und die tief eingewurzeltel Standesrückfichten und andere äußere Rücksichten verhindern eine Korrektur des Fehlers durch Umschulung, ganz abgesehen von den stets damit verbundenen Zeit- und Geldverlusten. Die Einheitschule mit ihrem mindestens fünfjährigen Unterbau vermeidet diese Gefahr der verkehrten Ausbildung und weist den Kindern rechtzeitig den Bildungsweg, der ihren Begabungen und Leistungen entspricht.

Die heutigen Schulen tragen in sich den Hinterrück auf den späteren Beruf. Begabte, aber arme Volksschüler sind dadurch von den sogenannten höheren Berufen ausgeschlossen. Sie tragen unverbildetermaßen eine Verachtlichkeit gegenüber den minder begabten höheren Schülern der besseren Stände. Durch das Vorbild der sozialen Kastengebung wird der freie geistige Wettbewerb aller ausgeschaltet und einer begüterten Minderheit Vorzüge zu Lasten einer minderbegüterten Mehrheit eingeräumt und das ist ungerecht!

Der größte Reichtum eines Staates ist die Gesamtbildung seines Volkes und nicht die bevorzugte Bildung einer kleinen Oberschicht. Deshalb müssen alle wertvollen Kräfte entdeckt und entwickelt werden, damit die tüchtigsten Köpfe — und nur sie — an die einflussreichsten Stellen im Staate kommen.

Friedrich Paulsen richtet die unrationelle Organisation unseres Schulwesens mit folgenden Worten: „Unfähige werden abgerichtet und treten in die leitenden Stellen, wo sie nichts leisten und ihnen selber nicht wohl wird, und andererseits wird solchen, die zu großer Fähigkeit innere Begabung mitbringen, die Gelegenheit zur Ausbildung vorenthalten; indem sie bei niedriger Dienstleistung festgehalten werden, geht ihr Talent der Gesellschaft verloren, und sie selber haben lebenslang den Druck der Verhältnisse.“ Die Einheitschule verhindert, daß große Summen von Staatsgeldern unnütz ausgegeben werden, um Unbegabte in höhere Stellungen zu befördern und um sich dazu vorher den nötigen Firnis zu holen.

Sie wird ferner ausgleichend und sozial wirken und der bedenklichen Zerküftung unseres Volksebens entgegenwirken. Sie wird das Verständnis anbahnen zwischen den Kindern der einzelnen Stände und auch wohlthätig einwirken auf die sich jetzt verständnislos gegenüberstehenden Alten.

Freilich, die Widerstände für unsere Anschauungen sind groß und scheinen nach den Behauptungen des Herrn v. d. Osten sich nicht verringert zu haben durch die Erfahrungen des Krieges. Jenen Kreisen ist der Anspruch des großen Hygienikers Max v. Graub unüberwundliches Postulat: „Es kommt in den unteren Klassen allerdings auch vor, daß ein besonders tüchtiger Mensch aus ihnen hervorgeht. Aber gerade die oberen Klassen müssen die erworbenen Eigenschaften weiter vererben, sonst kommen wir zu einer Ausmerzung der Talente. Nichts ist für ein Volk wichtiger als ein genügender Nachwuchs von Personen, die für Führerschaft geeignet sind.“ Das sind Worte, die jedenfalls Herrn v. d. Osten aus der Seele gesprochen sind, und wie sie in den oberen Klassen herrschen. Nach ihrer Meinung sind nur die Vorkinder die geborenen Führer. Die Talente vererben sich naturgemäß nur auf ihren Nachwuchs.

Das ist kein Kostengeld, kein Standesdünkel, sondern jene rührende Befreiendheit — wie wir sie seit langen Zeiten hindreichend gewohnt sind.

Aus der Partei.

Daenisch gegen Liebknecht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrem Stimmungsbild über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Donnerstag behauptet, auch der sozialdemokratische Abgeordnete Daenisch hätte sich unter den wenigen Abgeordneten befunden, die im Fall Liebknecht gegen die Wortentscheidung gestimmt haben. Abgeordneter Daenisch sagt dazu in einer Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“: Die Zatsache selbst ist richtig. Doch verwehre ich mich auf das Entschiedenste gegen die etwa daraus hergeleitende Schlussfolgerung, als hätte ich durch diese Abstimmung irgend welche innere Gemeinschaft mit den Ausführungen Dr. Liebknechts über den Krieg bekunden wollen. Ich stimmte gegen die Wortentscheidung nur deshalb, weil ich die Parteidisziplin und die Fraktionsolidarität bis an die äußerste Grenze des Möglichen aufrechterhalten wollte. Die Mehrheit der Fraktion hatte nun einmal Dr. Liebknecht zu ihrem Redner erkoren und so hielt ich es für meine Pflicht, durch meine Abstimmung die Fraktion auch in dem Augenblick noch zu decken, in dem ihr Redner in seinen ungeheuerlichen Schlusswendungen das Maß des Erträglichen weit überschritten hatte. Diese Wendungen

selbst und die anderen Erörterungen Dr. Liebknechts über den Krieg beden zu wollen, ist mir nicht in den Sinn gekommen. Jemand, welche Verantwortung für das Auftreten Dr. Liebknechts im Abgeordnetenhaus, irgendwelche politische Gemeinschaft mit ihm lehne ich ein für allemal rundweg ab.“

Göhre Leutnant d. L.

Wie die „V. J.“ mittelt, ist Genosse Abg. Paul Göhre zum Leutnant d. L. befördert worden. Göhre trat, da er über das dienstpflichtige Alter hinaus war, vor ungefähr Jahresfrist als kriegsfreiwilliger Unteroffizier in das Heer ein und nahm an dem Feldzuge in Russland teil. Er wurde Wundarzt und Offiziersstellvertreter und erkrankte dann längere Zeit. Bei seiner Ankunft zur Reichstagsöffnung wurde er von seiner Beförderung als Offizier in Kenntnis gesetzt.

Frauenversammlung in Leipzig.

Eine eindrucksvolle Frauenversammlung wurde am Donnerstag, den 18. März, im großen Saale des Zoologischen Gartens in Leipzig abgehalten. Hunderte von Frauen konnten keinen Einlaß finden. Genosse Seger sprach über „Die erwerbstätige Frau im öffentlichen Leben“. Die Polizei hat anfangs gefordert, um Meistert das Wahrecht nicht zu berühren. Auf Vorstellung des Bezirksvorstandes ließ sie diese Forderung dann fallen, ebenso die Einreichung des Redeentwurfs, verbot aber die Aussprache. Da die vor mehr als einer Woche an den Reichstasler abgegangene Beschwerde über die Behinderung gelegentlich der Steuerversammlung vom 9. März noch nicht erledigt ist, mußte er sich dieser Forderung fügen, andernfalls die Versammlung unmöglich gewesen wäre.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinnsteuer und vierte Kriegsanleihe.

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, besteht bei der Reichsregierung die Absicht, die im Reichsschuldbuch eingetragenen Beträge der 5 prozentigen Kriegsanleihen bei der Entrichtung der Kriegsgewinnsteuer ohne vorherige Umwandlung in Schuldverschreibungen zum Nennwert in Zahlung zu nehmen. Dies gilt auch für die mit Sperrre bis 15. April 1917 eingetragenen Schuldbuchzeichnungen der vierten Kriegsanleihe. Die Benutzung des Schuldbuchs empfiehlt sich also auch für solche Zeichner dieser Anleihe, die den gezeichneten Betrag später zur Begleichung der von ihnen zu entrichtenden Kriegsgewinnsteuer verwenden wollen. (W. Z. W.)

Die vierte österreichische Kriegsanleihe.

Wie das Wiener „Fremdenblatt“ hört, dürfte in der ersten Hälfte des April die Frage der vierten österreichischen Kriegsanleihe spruchreif werden. Die Bedingungen ständen noch nicht fest.

Die Brikettpreise.

Aus der Niederlausitz wird mitgeteilt, daß die gesamte Niederlausitzer Brikettindustrie beschlossen hat, die ab 1. Juli 1915 gültigen Preise für Hausbrandbriketts auch für das am 1. April beginnende neue Abrechnungsjahr 1916/17 bestehen zu lassen. Dieser Beschluß bedeutet, daß am 1. März dieses Jahres für das Abgabegbiet Groß-Berlin die Sommerpreise eingetretten sind, daß von diesem Zeitpunkt ab die Brikettpreise für Händler um 10 M. für 10 Tonnen ermäßigt worden sind. Es ist zu erhoffen, daß der gesamte Berliner Kohlenhandel diesem auf die Berliner Verbrauchskreise rücksichtnehmenden Standpunkte Rechnung tragen und die Kleinverkaufspreise gleichfalls in entsprechender Weise herabsetzen wird. (W. Z. W.)

Dazu wird uns geschrieben:

„So viel Worte diese Ausführungen, die zweifellos aus Braunkohlenindustriellen Kreisen stammen, enthalten, so unrichtig sind sie. Der Sachverhalt ist nämlich folgender: Unfähig treten in der Braunkohlenindustrie im März die sogenannten Sommerpreise ein. Im Vorjahr war dies auch der Fall. Die Braunkohlenwerke hatten sich jedoch damals in ihren Abnahmekontrakten — im Gegensatz zu früher — ausbedungen, die Preise, wenn die erhöhten Selbstkosten es erforderlich machten, steigern zu können. Von diesem Revers hatten sie auch Gebrauch gemacht und zum 1. Juli 1915 die Preise für sämtliche Sorten Braunkohlen erhöht. Anlässlich dieser Preiserhöhung hatte die Staatsregierung zu erkennen gegeben, daß sie gegen jede weitere Erhöhung der Braunkohlenpreise ihr Veto einlegen wird und daß sie sie nur genehmigt, wenn der übliche Sommerzuschlag bzw. Winterzuschlag bestehen bleibt. Kurz gefasst, die Regierung hatte also die jetzige Preiserhöhung für die damalige Preisaufbesserung zur Bedingung gemacht. Wenn jetzt die Braunkohlenindustriellen Kreise der Niederlausitz die ganze Angelegenheit so darstellen, als wenn sie im Interesse der Konsumenten die Preise für die Hausbrandbriketts für die Sommerzeit herabsetzen, so ist diese Behauptung unrichtig. Wenn die Regierung nicht energisch gegen jede Preiserhöhung für Braunkohlen noch in allerletzter Zeit gewirkt hätte, so wäre der Sommerpreis nicht nur nicht eingetreten, sondern man hätte noch mit der Erhöhung der Brikettpreise rechnen müssen. Das niederlausitzer Braunkohlenrevier hat sogar gegen den Willen der Regierung in einigen Bezirken ihre Preise für Industriebriketts ebenso wie das Rheinland und Mitteldeutschland erhöht. Man sollte doch von dieser Seite vorsichtig sein mit Nachsichten, wie die oben erwähnte und nicht noch die Gelegenheit so darstellen, als ob andere (nämlich der Kleinhändler) das schuldige Karmel an den hohen Braunkohlenpreisen sei.“

Kriegsgewinne.

Die Bergwerks-Akt.-Ges. Consolidation in Gelsenkirchen erhöht die Dividende von 15 auf 18 Proz. Der Bericht weist einen Reingewinn von 4 248 791 M. (i. V. 3 588 220 M.) aus.

Die Rarnberger Metall- und Lederwarenfabrik vom. Gebr. Bing verdreifachen ihre Dividende von 6 auf 18 Proz. Durch die Abschreibungen (1 450 227 gegen 873 872 M.) ist nunmehr die Fabrikationseinrichtung mit allen Zugängen gänzlich amortisiert. Als Reingewinn werden 2 589 026 M. ausgewiesen (i. V. 1 068 191 M.). Auf neue Rechnung werden noch 578 368 M. vortragen.

Die Bremen-Besigheimer Deifabriken in Bremen bringen wieder 18 Proz. Dividende zur Verteilung. Der Reingewinn ist von 1 987 219 auf 2 830 068 M. gestiegen.

Auch die Kamgarzspinnerei Schedelwig verdreifacht ihre Dividende, von 6 auf 18 Proz.

Die Akt.-Ges. Wigu. Genst. Telephon- und Telegraphenwerke in Berlin-Schöneberg, erhöht ihre Dividende von 12 auf 18 Prozent. Der Reingewinn beträgt nach 806 405 M. Abschreibungen (i. V. 368 986 M.) 2 650 101 M. (i. V. 1 201 725 M.)

Soziales.

Die preussische Einkommensteuer im Kriegsjahr 1915.

Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ berechnet das gesamte Einkommen in Preußen für das Jahr 1915 auf 24,27 Milliarden Mark gegen 25,37 Milliarden Mark im Jahre 1914, so daß ein Rückgang um 1,10 Milliarden oder 3,9 v. H. stattgefunden hat. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Steuererlässe und Ermäßigungen für Einkommensausfälle in Höhe von 1,84 Milliarden eintraten; schon im Jahre 1914 bezifferte sich dieser Ausfall an 1,89 Milliarden. Gegenüber dem Gesamteinkommen in Preußen sind diese durch den Krieg verursachten Minderungen recht gering. Aber das will nichts für die tatsächlichen Einkommen der Massen der Be-

böfierung befragen: Die großen Einkommensverschiebungen, d. h. die gewaltige Einkommensminderung für die unteren Schichten und die Einkommenshäufung für die oberen wird erst zutage treten, wenn eine detaillierte Statistik der Steuer-Veranlagung für 1915 und 1916 vorliegt. Und das wird ein interessantes Kapitel über die durch den Krieg geförderte Entwicklung des Finanzkapitals geben.

Aufrechterhaltung von Dienstverhältnissen während des Krieges.

Eine sozialpolitisch sehr bemerkenswerte Verordnung ist in diesen Tagen in Oesterreich veröffentlicht worden und sofort in Kraft getreten. Es handelt sich hier um zwingende Vorschriften, daß den Angestellten kaufmännischer Betriebe während des Krieges nicht gekündigt werden kann, wenn sie zum Militärdienst eingezogen werden. Der wichtigste Paragraph des Gesetzes lautet wie folgt:

„Während der Dauer der militärischen Dienstleistung kann das Dienstverhältnis weder vom Dienstgeber noch vom Dienstnehmer durch Kündigung gelöst werden. Diese Vorschrift findet in Ansehung der nicht bereits bei Beginn des Krieges eingerückten Dienstnehmer schon von dem Tage Anwendung, an dem der Dienstnehmer zur militärischen Dienstleistung einberufen, assentiert oder zum Landsturmbdienst mit der Waffe als geeignet befunden oder in Kenntnis gesetzt worden ist, daß er zu persönlichen Dienstleistungen auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes herangezogen wird.“

Den Vorteil dieses Gesetzes genießen alle kaufmännischen Angestellten, die am 25. Juli 1914 schon mindestens einen Monat bei einer Firma beschäftigt waren. Die Firmen sind also verpflichtet, ihre sämtlichen kaufmännischen Angestellten nach Beendigung des Krieges wieder zurückzunehmen. Jemand,

welche Ansprüche auf Gehalt hat der Angestellte während der Dauer seiner militärischen Dienstleistung nicht. Diese leben vielmehr erst wieder auf, wenn der Angestellte seinen Dienst wieder antritt. Diese Vorschriften finden nur auf solche Betriebe keine Anwendung, welche nach dem 25. Juli 1914 gänzlich oder infolge der kriegerischen Verhältnisse zum größten Teil eingestellt worden sind.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Frauenstimmrecht.

In der Januarigung der Legislatur von Manitoba, Kanada, wurde auf Antrag von Premier Norris die zweite Lesung der Stimmrechtsvorlage vorgenommen. Die Vorlage, die das Frauenstimmrecht auch für die Legislatur enthält, wurde in dieser zweiten Lesung einstimmig angenommen.

Manitoba ist die erste kanadische Provinz, die das Frauenstimmrecht zur gesetzgebenden Körperschaft einführt. Es ist jedoch so gut wie sicher, daß ihr in Kürze die anderen Provinzen Kanadas folgen werden.

In Mexiko hat der Gouverneur der Provinz Yucatan, Alvarado, nach Merida einen Frauenkongreß einberufen. Auf diesem Kongreß wurde eine Resolution angenommen, die erklärt, daß die Frauen mit derselben Intelligenz wie die Männer ausgestattet seien, alle Einschränkungen des Wahlrechtes und der Wählbarkeit zu beseitigen für die Frauen aufgehoben werden müssen.

Ein Herr A. D. Schellhammer in Kansas City erklärte: „Das Stimmrecht würde die Frauen unweiblich machen.“ Ein Suffraget statt erwiderte dem Herrn darauf: „Falls unsere Beier nicht wissen sollten, wer Herr Schellhammer ist, geben wir folgende Aufklärung: Herr Schellhammer ist der Eigen-

tümer einer großen Fabrik in Kansas City und besitzt außerdem noch eine weitere Fabrik zur Herstellung von elektrischen Apparaten in St. Louis. Wir hatten Gelegenheit, einen Spaziergang durch Herrn Schellhammers Fabrikräume zu machen. Da haben wir Frauen, die an schweren Pressen arbeiteten, junge Mädchen, die lange Stunden unaufhörlich Maschinen bewachen. Eben fällt uns aber ein, daß Herr Schellhammer seinerzeit vor Gericht geizig wurde, weil er gegen die Forderung, welche die Arbeitgeber für Frauen regeln, verstoßen hatte. Nebenbei ist Herr Schellhammer ein großes Licht in der Bewegung gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter.“

Ein sozialdemokratisches Ehepaar als Stadtverordnete.

In den skandinavischen Ländern können auch Frauen in die Kommunalverwaltung gewählt werden. Dadurch ist es möglich geworden, daß ein Ehepaar gleichzeitig zu diesen Ehrenämtern berufen wurde, wie es in Nalmo (Schweden) bei einer Erftwahl zur Stadtverordnetenversammlung geschehen ist. Dort wurde nämlich Frau Mathilde Persson, die Frau des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Führers des schwedischen Maurerverbandes Rik's Persson, der selbst bereits dem Stadtverordnetenkollegium angehört, zum Mitglied der Stadtverordneten gewählt. Frau Persson ist in der schwedischen Arbeiterbewegung wegen ihres Organisations-talentes und ihrer Tätigkeit bekannt. In der Seite ihres Mannes hat sie sehr viel zur Entwicklung des schwedischen Maurerverbandes beigetragen, und während der Tagungen des Reichstages, an denen ihr Mann teilnimmt, muß sie selbst einen großen Teil seiner Arbeiten für den Verband erledigen.

Auch an der sozialdemokratischen Frauenbewegung nimmt Frau Persson regen Anteil. Selbst in bürgerlichen Kreisen wird ihre Tätigkeit lobend anerkannt, wie ein Artikel in einer bürgerlichen Zeitung beweist, in dem gesagt wird, daß ihre Wahl zur Stadtverordneten einen edellichen Zuschuß von klugem Reformwillen und praktischem Verstand bedeute.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
19. Abl. Bez. 827a.
Am Dienstag, den 14. März, verstarb unser Genosse, der Buchdrucker
Max Freitag
Goldener Straße 70.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philipps-Kapitel-Kirchhofes aus nach dem städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
225/11 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kassenbeamte
August Schweizer
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

MÖBEL
Bar oder Teilzahlung
kauft jedermann
billig — reell — kulant
bei
Neugebauer, Charlottenburg
Wilmsdorfer Str. 128 I, Ecke Schillerstraße.

Möbel-Cohn
im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
im Norden: Badstraße 47/48
Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl.
Komplette Wohnungs-Einrichtungen u. einzelne Möbelstücke
in bekannt solider, gediegener Ausführung
zu billigsten Preisen
bei ganz kleinen wöchentl. oder monatl. Raten.
Anzahlung nach Uebereinkunft.
Moderne farbige Küchen in großer Auswahl.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch nach auswärts.
Annonce mitbringen. Wert 5 Mark.
Kriegsbeschädigte erhalten außerdem noch 5% Extra-Rabatt.
Sonntag 12-2 geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Robert Heim
Spanbau, Franzstr. 1
am 14. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Spandau, Rißeln, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/17 Die Ortsverwaltung.

August Schweizer.
Wir werden sein Andenken als eines stets pflichttreuen Angestellten bewahren!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Gemeinde in Berlin, Pappelallee 15/17, aus statt.
Der Vorstand
der Allgemein. Ortskrankenkasse
Berlin-Lichtenberg.

Möbel-Gross
141 Große Frankfurter Straße 141
(Ecke Fruchtstraße, 5 Minuten v. Schloß Bahn.)
Möbel auf Teilzahlung
zu sehr billig. Preisen u. klein. Abzahlung.
Größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.
Inserat mitbringen, Wert 5 M.
Sonntags 12-2 geöffnet

Heines Werke | Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Karl Bierling
Neulöbn, Orlstr. 15
am 15. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neulöbner Gemeinde-Friedhofes, Kartendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

August Schweizer.
Wir betrauern in ihm aufrichtig den Verlust eines treuen Beraters und offenen Charakters.
Sein Andenken wird stets in Ehren gewahrt bleiben.
Berliner
Genossenschafts-Bäckerei,
Orlstr. 23.
Beerdigung am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Freireligiösen Friedhof, Pappelallee.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wedding.
Am 15. März starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter
Karl Tobies.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute am Sonntag, den 18. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes, Reinhold-Platz, aus statt.
14/14
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
Modelle werden schnell vergriffen nicht versäumen!!!
Günstige Gelegenheiten
Frachttische in Kostümen. Original-Modelle in höchster Schneider- u. Anzelmacherkunst aus Kammergarn, Tuch, fließender Seide, Tafel, wunderbare Formen, höchste Geschmacksrichtung, in den neuesten Farben, recht weite Glockenschulter, auch solide Ausführung bei größter Auswahl 150,- 110,- 60,- 75,- 50,-
Mittlere Kostüme, auch für Backstische, mit Glasbatistgarnierungen und Stickerei - Ausführung 45,- 35,- 25,- 18,-
Kätzschende Keverkotmäntel. Kurz, halblang, lang. Beste Qualitäten, fessliche Formen, Glocken, Peterinen, Ersatz für platte Herrenschneiderarbeit, Sportform, wunderbare Stoffe zu 65,- 80,- 35,- 15,- 30,- 20 1/2 15,-
Einsesungkleider in Samt und Woll 45,- 30,- 15,-
Die schönsten Gummimäntel blau, grün, weinrot, feldgrün, auch für stärkste Figuren in la Gummierung aus Woll, Popelin, Kammergarn, Seide, 18r. Pannin, auch für Herren sowie Offiziermäntel 45,- 35,- 30,- 25,- 20,- 18,-
Imprägnierte Regenmäntel, Gummierersatz in Woll, Seide, reizende Formen, Glockenschulter 45,- 35,- 25,- 18,- 15,-
Noch zu alten Preisen
Sealplüschmäntel mit u. ohne Pelz 135,- 100,- 85,-
Lange Palamäntel Kurze Pelzjackets 120,- 60,-
Modellröcke, Woll u. Seide, Glockenform 50,- 15,- 15,-
Auswahlendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.
Seidenplüschmäntel 75,- 60,- 35,-
Nerzmantel mit Hermelin 500,-
Lodenkostüme 42,- 35,- 27,-
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.
I. Mohrenstr. 7/a (Kolonnaden)
Westmann
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (Gasse Andreestr.)

Nachruf.
Den Kollegen fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Richard Jahre
Willehm-Stolze-Str. 15
am 10. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Fritz Köpke
welcher im Betriebe der Parkverwaltung beschäftigt war, verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedhofsecke aus statt.
22/18 Die Ortsverwaltung.

Danfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Wanda Traute
geb. Cabanska
Faldenlehnstraße 32.
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-2 und 4-8

August Schweizer.
Sein gerader Charakter, seine Kollegialität haben ihm bei uns ein ehrendes Andenken!
Das Personal der Allgemein. Ortskrankenkasse
Berlin-Lichtenberg.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter
Paul Bürgel
Bezirk Köpenick - Grünau, am 16. d. M. im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Köpenick aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 16. d. Mts. mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Kassenbeamte
August Schweizer
Hünowstr. 4.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Pauline Schweizer
geb. Ullrich,
nicht Angehörigen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15/17, aus statt.

Knaben- und Jünglings-Anzüge, Paletots, Pysaks, Konfirmations-Anzüge.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Königsstr. 55, I. Etage,
gegenüber Rathaus. Sonntag geschl.

Erscheint wöchentlich einmal
Bezugsquellen-Verzeichnis :: Berlin-Süden ::
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen
Allgemein. Versch. H. Schellenberger, Ost u. Central-Neukölln, Bergstraße 20/26.
Bäcker- u. Konditoreien
Bäckerei Nordstern Lub. Gust. Müller Filiale in Köpenick, Seife u. Umgebungs-Neukölln
F. Klatt Wissemannstraße 46. Neukölln
F. Radion Köpenick, Alterstr. 37 Asserkantplatz Köpenick.
Bettfedern
Berta Pfeiffer Wiener Str. 17.
Fahrräder, Nähmaschinen H. Scheller & Co., Berlin-Str. 48 Spezial: Fahrrad, Schreibmaschine, Nähmaschine
Fleisch- u. Wurstwaren H. Kunert, Prinzenstr. 18 H. Fleisch- u. Wurstwaren
Heinr. Matzker Hermannstr. 229
Paul Müller, Friesenstr. 22.
G. Reyber Karligarten 10 E. Fleischw. u. Aufsch.
Kolonialwaren, Delikatessen A. Lehmann, Britz, Chausseest. 73.
Waino, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke Mantuffelstr. 56
Seifen Mariendorfer Chausseest. 379. Grefenhaus
Uhren, Goldwaren H. Fenske, Kottbus-Damm 94 Streng reell, anerkannt billig
Über-Schönweide Schlichterei Gehbrardt Wilhelmstraße 8, 41.
Neukölln
C. Dittmann Berlinerstr. 43 Wild - Geflügel - Fische.
Treptow Feine Fleisch- und Wurstwaren
Willi Kärnbach Grütze, 19/20 Tel. Nix, 10045

Die beste Reklame ist ein Inserat im Bezugsquellen-Verzeichnis

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

- 1 Eckbrett 68 Pt.
- 1 Kehrschaufel 68 Pt.
- 1 Schmorlopf 68 Pt.
- 1 Küchenbrett gross 68 Pt.
- 1 Fleischlopf 68 Pt.
- 4 Pakete Stahlspäne 68 Pt.

- 1 Milchtopf 2 Liter Emaille 68 Pt.
- 1 Waschschaufel mit Seife, Emaille 68 Pt.
- 1 Kaffee- flasche 1 Liter Emaille 68 Pt.
- 2 Küchenschüsseln Emaille 68 Pt.
- 1 Bratpfanne Emaille 68 Pt.
- 1 Essen- träger Emaille 68 Pt.

Steingut 68

- 2 Gemüseschüsseln gross.. 68 Pt.
- 1 Gemüseschüssel Feston- form, mit Goldband und Linie ... 68 Pt.
- 6 Mittelteller dekoriert ... 68 Pt.
- 6 Kaffeetassen mit Unter- tassen ... 68 Pt.
- 3 Kartoffel- schüsseln 68
- 4 Speiseteller Festonform, tief oder flach, mit Goldband u. Linie 68
- 5 Schüsseln weiss oder bunt ... Satz 68 Pt.
- 4 Gewürztönnchen blau Karodekor. 68
- 6 Portions-Kaffeetassen weiss oder bunt ... 68 Pt.
- 2 Kartoffelschüsseln ... 68
- 1 Tunkenschüssel Feston- Form 68 Pt.

Porzellan

- 1 Tunkenschüssel.. zusammen 68 Pt.
- 1 Salz-, Pfeffer- u. Senf-Behälter.... 68 Pt.
- 1 Teekanne reich dekoriert, mod. Form 68
- 1 Obstkörbchen mit durchbrochenem Rand, reich dekoriert .. 68 Pt.
- 10 Kompotteller 68
- 1 Bratenplatte 45 cm gross... 68 Pt.
- 1 Schöpflöffel Delitdekor zusammen 68 Pt.
- 1 Schaumlöffel 68 Pt.
- 1 Teesieb 68 Pt.
- 3 Kaffeetöpfe mit patrio- tischem Bild 68 Pt.
- 4 Milchtöpfe reich dekoriert 68 Pt.
- 4 Portionskaffeetassen mit Untertassen 68 Pt.
- 1 Gemüseschüssel gross, ge- rippte Form 68

Glas

- 1 Sturzkaraffe mit Schiffs 68 Pt.
- 6 Bierbecher 68 Pt.
- 2 Blumenvasen hübsches Pressmuster 68
- 4 Schüsseln Steinschliff- muster ... Satz 68 Pt.
- 2 Weingläser m. Borten- rand.... 68
- 3 Salatschüsseln grosse Form..... 68 Pt.
- 1 Käseglocke modern. Pressmuster 68 Pt.
- 2 Salatschüsseln gross 68 Pt.
- 1 Blumenvase mit patrio- tischem Bild 68 Pt.
- 1 Butterglocke modernes Pressmuster 68 Pt.
- 1 Zuckerschale 68 Pt.
- 3 Weissbierpokale 68 Pt.
- 1 Konservenglas 1 Liter weisse Form 68

Wirtschaftsartikel

- 1 Abstäuber 68 Pt.
- 1 Glanzbürste..... zusammen 68 Pt.
- 1 Schmutzbürste 68 Pt.
- 1 Auftragebürste..... 68 Pt.
- 1 Kleider- bürste 68
- 1 Königs- kuchen form ca. 68
- 1 Putzkasten zusammen 68 Pt.
- 1 Wichskasten 68 Pt.
- 1 Reibeisen zusammen 68
- 1 Gurkenhobel 68
- 1 Sieb 68 Pt.
- 1 Trichter Pt.
- 1 Nudelrolle zusammen 68 Pt.
- 1 Reibekeule..... 68 Pt.
- 1 Messerkasten 68 Pt.
- 1 Paar Messer und Gabel 68 Pt.

Konserven

- Stangenspargel 1/4 Dose 1.45
- Stangenspargel mittel 1.70
- Stangenspargel stark 1.75
- Stangenspargel sehr stark 1.95
- Stangenspargel extra stark 2.05
- Riesenspargel 1/2 Dose.. 2.10

Pudding-Pulver

- gefärbt 10, 12 Pt.
- Rote Grütze 15 Pt.
- Sauce-Pulver 10 Pt.

In der Lebensmittel-Abteilung:

Obst und Gemüse

- Blut-Apfelsinen Dutzend 1.10
- Gr. Kochäpfel Pfund 40 Pt.
- Essäpfel Pfund 48 Pt.
- Kranzfeigen Pfund 75 Pt.
- Datteln Pfund 1.20
- Rhabarber Band 18 Pt.
- Rosenkohl Pfund 45 Pt.
- Zitronen .. Dutzend 70, 80 Pt.

Kunsthonig 40 Pt.

- Gem. Marmelade leicht gefärbt, III. Sorte Pfund 50 Pt.
- Salzheringe stack 6, 12 Pt.

Räucherwaren

- Sprotten Pfund 55 Pt.
- Sprottbücklinge 1/2 Pfund 48 Pt.
- Bücklinge ..Stück 10, 15 Pt.
- Makrelenbücklinge 2 Stück 35 Pt.
- Sardinen in Oel Dose 75 Pt.
- Sardinen in Tomaten Dose 48, 85 Pt.

Preiswerte Angebote Neuheiten

Garnierte Damenhüte

Hutgarnituren, Hutformen in grosser Auswahl!

Damen-Konfektion

in blauen und farbigen Stoffen, neueste Taschengarnitur und Glockenrock 3375
 in blau, grün u. schwarzem Kammgarn-Cheviot, neueste Jacken- Machart und Glockenrock 4650
 Neueste Machart, in allen Grössen 34⁵⁰ 26⁵⁰ 18⁵⁰

Woll-Musseline-Bluse mit moderner Seldengarnitur 690
 Bulgaren-Blusen in modernem Waschkrepp, neueste Machart 575
 Türkische Blusen in aparten Macharten, neueste Muster 11⁵⁰

Frühjahr- und Sommer-Neuheiten in Kleiderstoffen

- Klein karierte Stoffe für Blus., Röcke u. Kleider .. 250 195 145
- Schottenstoffe für Röcke u. Kleider, 90 bis 130 cm breit 675 495 195
- Weiss-Schwarz kar. St. f. Kleid. u. Kost., 90-130 cm 675 450 250 135
- Einfarb. woll. Kleiderstoffe in vielen Farben. 450 350 295
- Blusenstoffe in hell. modera. 375 275 190 95 Pt.
- Musseline bedruckte, baumwollene aparte neue Muster ... 120 95, 85 Pt.
- Bedruckter Krepp in riesiger Aus- wahl 135 105 95 Pt.
- Schleierstoffe bedruckte, in hübsch. Must. u. gross. Answ. 245 195 145
- Bedruckte Wollmusselino 295 245 195
- Gepunktter Mull in vielen Stoffung. 70-90 cm breit ... 175 135 95 Pt.
- Zephir für Blusen, Kleider u. Sport- hemden 105 90, 75 Pt.
- Bedruckter Satin f. Schürz. u. Bonette in grosser Auswahl 165 135 110

Seidenstoffe

- Selden schwarz- weiss kariert und gestreift 295
- „Die grosse Mode“ Meter 2
- Pallotte doppeltbreit für Kleider und Binsen in neuesten Farben Meter 500
- Taffet welche Art, doppeltbreit, für Jacken und Kleider, schwarz und marine ... Meter 675
- Farb. Taffete u. welche Seiden, z. Besh. v. Damenhüt. 250 245 210 135

Zum Umzug Gardinen, Möbelstoffe, Teppiche, Läuferstoffe. Wirtschafts- u. Beleucht.-Artikel Zum Umzug

H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55.

Einsegnungs-Anzüge
 von 18 bis 36 Mk.
 Blau, schwarz und Marengo.

M. Schulmeister
 Berlin SO, Dresdener Str. 4
 Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Prüfungs-Anzüge
 von 20 bis 40 Mk.
 Trotz steigender Teuerung der Stoffe halte ich die billigen Preise aufrecht.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Bornharts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die neuen Steuervorlagen

beschäftigen gegenwärtig in hohem Maße alle Bevölkerungsschichten. Auch wir wollen den Mitgliedern der sozialdemokratischen Wahlvereine Gelegenheit geben, sich zu den Steuervorlagen der Regierung zu äußern. Es sind zu dem Zweck zum

Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr,

in allen Berliner Wahlkreisen und in einigen Ortsvereinen der Vororte Mitgliederversammlungen angemeldet, in denen die in Aussicht genommenen Steuern besprochen werden sollen.

Dr. Leubald, Direktor des Reichsamts des Innern, hat am Dienstag, den 18. Januar 1916, im Reichstag erklärt:

Im Haushaltsausschusse und auch hier ist das Bedenken geäußert worden, daß bei der Vorlage über die Steuergesetze, die ja heute für das nächste Zusammenbrechen des Reichstags angekündigt sind, eine Unterbindung der öffentlichen Diskussion stattfinden könnte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Über das kann ich erklären: der Gedanke, die Erörterung der Steuerprojekte in der Weise zu unterbinden, daß eine Diskussion der Hauptgrundsätze nicht stattfinden darf, besteht bei niemandem.

Andererseits müssen wir uns darüber klar sein, daß gerade bei der Erörterung von Steuerprojekten ein solches Maß innerer Beherrschung, Erbitterung, gegenseitiger Verschimpfung und Verunglimpfung stattfinden kann, ein solches Aufreizen der verschiedenen Klassen gegeneinander, daß es allerdings heißen würde, den Burgfrieden in Grund und Boden ruinieren, wenn gegen ein berechtigtes Vorgehen, falls es etwa irgendwo beliebt sein sollte und das Verantwortlichkeitsgefühl nicht bei den einzelnen in erforderlichem Umfange bestehen sollte, nicht die Zensur eintreten würde, um einen sehr viel größeren Schaden zu verhüten, als er durch eine vollkommene Freigabe entstehen würde.

Aber ich wiederhole und berufe mich hierbei auf die Besprechungen zwischen den maßgebenden Stellen, daß in keiner Weise beabsichtigt wird, eine sachliche Erörterung der Steuerprojekte in irgendeiner Weise zu verhindern oder zu unterbinden.

In den hier nach dem amtlichen Stenogramm wiedergegebenen Ausführungen des Vertreters der deutschen Reichsregierung wird ausdrücklich anerkannt, daß die sachliche Erörterung der Steuerprojekte in keiner Weise unterbunden werden soll.

Unsere Parteigenossen mögen daher für einen starken Besuch der Versammlungen sorgen!

Versammlungslokale und Redner werden in der Sonntagsnummer bekanntgegeben.

Der Zentralvorstand.

Von der Gasbeleuchtung zum Gas und zum elektrischen Licht.

Das Rätsel beherrschte die Beleuchtung Berlins unumschränkt bis zum Jahre 1828. Dann trat das Gaslicht als Konkurrent auf, 1774 hatten Scheele und Priestley den Sauerstoff entdeckt. Dann hatte Lavoisier bewiesen, daß der brennende Körper sich unter Erwärkung während der Verbrennung mit der Luft vereinigt. Bald darauf wurden aus diesen theoretischen Entdeckungen praktische Konsequenzen gezogen. Im Jahre 1799 beleuchtete der Schotte Warroch eine der größten Maschinenfabriken (Woulton and Watt) in Soth durch aus der Steinkohle gewonnenes Gas. 1801 kam aus Amerika die Kunde, daß Henry einen Saal in Baltimore durch Gas erleuchtete. Winzer aus Mainz in Oesterreich (in England Winfor umbenannt) errichtete 1808 einige Strohlaternen in London. Eine Gasgesellschaft wurde 1810 in London begründet. Sie wurde die Beleuchtung von London übertragen. Im Jahre 1814 wurden in London im Kirchspiel St. Margarete die Dellampen durch Gas ersetzt. Das wirkte wie Wundererzählungen auf dem europäischen Kontinent. In London bildete sich eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen Pfund Sterling, um die öffentliche Beleuchtung durch Gas auf dem Festlande einzuführen und auszubenten: die Imperial Continental Gas Association. Zwar hatte die Gasbeleuchtung von Freiberg durch Ingenieur Blochmann im Jahre 1817 gezeigt, daß auch die deutsche Technik dem Problem völlig gewachsen sei. Indes vorab riskierte nur Dresden (1826) und Leipzig (1828) seine finanzielle Durchführung (durch Blochmann). Zu der großen englischen Gesellschaft hatten die deutschen Stadt- und Staatsverwaltungen Vertrauen. Im Jahre 1828 übertrug ihr Köln, im Jahre 1824 durch ein der Stadt außerordentlich unvorteilhaftes bis 1900 währendes Privileg die öffentliche Gasbeleuchtung. Dann folgte im Jahre 1825 die Stadt Berlin.

Das Ministerium des Innern übertrug als Vorgesetzter der Berliner Polizeibehörde der englischen Gesellschaft durch Vertrag vom 21. April 1825 die öffentliche Gasbeleuchtung auf die Dauer von 21 Jahren. Die Stadt wurde um ihre Ansicht nicht befragt. Ihr war ja die öffentliche Beleuchtung noch nicht übertragen.

Die Gesellschaft übernahm durch den Vertrag die Verpflichtung, die öffentliche Beleuchtung der Stadt Berlin innerhalb der Ringmauer mit Gas vom 1. Januar 1826 bis zum 1. Januar 1847 vorzunehmen und auch die Privaten auf deren Antrag gegen Vergütung mit Gaslicht zu versehen. Die Verpflichtung, ein viel besseres und helleres Licht zu gewähren, als solches durch die gegenwärtige Art der Beleuchtung mit Öl bewirkt wird, erstreckte sich nicht auf die kleineren Straßen. Für diese war die Gesellschaft nur zur Delbeleuchtung gegen eine besondere Entschädigung verbunden. Die Entschädigung für die Gasbeleuchtung wurde auf 31 000 Taler jährlich festgelegt und stieg bis zum Jahre 1847 auf 50 000 Taler. Die Zeitdauer der Beleuchtung sollte 1800 Stunden während des Zeitraums eines Jahres betragen. Am 19. September 1826 brannte das erste Gaslicht in Berlin: die Straße Unter den Linden war durch — offene — Gaslampen erleuchtet, die aus „ganz neuen, tierlich eingerichteten Lampen auf Säulen von Gußeisen“ brannten. Im Jahre 1829 waren die Einrichtungen zur Beleuchtung der vertragsmäßig bestimmten Straßen und Plätze mittels Gaslicht vollendet. Der Vertrag räumte der Gesellschaft das Recht der Abzweigung innerhalb der Ringmauer ein. Eine Quelle späterer

Verzweigung der Stadtgemeinde Berlin und vielfacher Streitigkeiten wurde die Einräumung des großen Privilegs an die Gesellschaft: auch nach Ablauf der Verpflichtung zur öffentlichen Beleuchtung ihr Eigentum (die Röhren) zu gebrauchen und Private auf deren Wunsch noch weiter mit Gas zu versorgen.

Nur unvollkommen kam die so außerordentlich privilegierte Gesellschaft ihrer Verpflichtung nach. Die Polizei hatte im Jahre 1825 insgesamt 2825 Lampen verlegt. Am Schluß des Jahres 1843 brannte die Gesellschaft innerhalb der Ringmauern erst 1823 Gaslampen und 1067 große Dellampen; die Brennzzeit war von 1800 Stunden auf 2000 beim Gas und auf 1743 Stunden bei den Dellampen erweitert. Der Preis für das an Private abgegebene Gas betrug nicht weniger als 85 Pf. für das Kubikmeter.

Vergeblich waren die Bemühungen des Polizeipräsidenten und der Stadtverwaltung, die Gesellschaft zu besserer und billigerer Beleuchtung zu veranlassen: die Gesellschaft pochte auf ihr Privileg. Da entschloß sich die Stadtverwaltung, nachdem sie ein Gutachten des Ingenieurs Blochmann eingeholt hatte, die Gasbeleuchtung in eigene Regie zu übernehmen: ein für die Beleuchtung der Stadt, für ihre Finanzen und für die Verbesserung und Verbilligung der Wohnungsbeleuchtung außerordentlich segensreicher Schritt. Unter dem 25. August 1844 wurde der Stadt Berlin durch Königlichem Befehl das Privileg für 50 Jahre erteilt, nach Ablauf des Privilegs der englischen Gesellschaft (aber unter Aufrechterhaltung des dieser Gesellschaft für die Zeit nach 1846 eingeräumten Rechts) Gas zu fabrizieren und „aus ihren durch die Straßen geführten Leitungsröhren Privatpersonen und öffentliche Gebäude mit Gas zu versorgen.“ Zwecks Einführung der Gasfabrikation vom 1. Januar 1847 ab erhielt die Stadt das Recht, für 1 1/2 Millionen Taler mit 1 Proz. vom Jahre 1852 ab amortisierbare Stadtoobligationen zu 8 1/2 Proz. aufzunehmen. Vergänglich suchte nunmehr die Gesellschaft den Wünschen nach Verbesserung und Verbilligung des Gases entgegenzukommen. Es wurden zwei Gasanstalten — eine am Stralauer Platz mit einer Filiale am Kopenplatz, eine in der Giesener Straße (damaliger Hellweg) mit einer Filiale in der Georgenstraße (auf dem Terrain des jetzigen Friedrichstraße-Bahnhofs) errichtet. Beide eröffneten ihren Betrieb am 1. Januar 1847 mit 2019 Gaslampen und 828 Privatlampen. Daneben dienten noch 1029 Dellaternen der öffentlichen Beleuchtung. Das Beleuchtungswesen nahm einen immensen Aufschwung. Im Jahre 1850 waren die Dellaternen fast ganz verschwunden. Im Jahre 1864 trat an Stelle des Oel- Petroleum. Ende 1850 brannten 3550, Ende 1855: 3707, Ende 1860: 4148, Ende 1870: 7926, 1880: 12 281, 1890: 17 203, 1895: 20 356 öffentliche Gaslampen. Daneben unterhielt die englische Gesellschaft auf dem ihr durch sofort zu beschließende Verträge von neuem privilegierten Berliner Gebiet im Jahre 1870: 176, 1880: 429, 1890: 608, 1895: 802 öffentliche Gaslampen. Die Laternen selbst lieferten durch technische Verbesserungen ein weit besseres Licht als früher. An Stelle der offenen Speiseflamm- brenner traten allmählich große Schnittbrenner, dann Regenerativ- brenner, ferner invertierte Brenner und im Jahre 1895 das Gas- glühlicht. Neben dem Gaslicht brannten 1890 noch 1200, Ende 1895 noch 1125 Petroleumlampen.

Das elektrische Licht kam auf. Im Jahre 1882 machte man seitens der Stadt die ersten Versuche mit dem neuen Licht. Im Sitzungssaal des Berliner Rathauses wurden 30 Glühlampen, in einem Teil der Leipziger Straße (von der Rauerstraße bis zum Potsdamer Platz) wurden 86 Siemens'sche Vogenlampen in Betrieb gesetzt. Man stellte leider diese Versuche wieder ein, weil sie vermehrt kein günstiges Resultat lieferten. Ein auf dem Grundstück der städtischen Gasanstalt am Stralauer Platz mit neun Vogenlampen angestellter Versuch war nach dem Verwaltungsbericht durchaus zufriedenstellend. Aber trotz der lohnspieligen Erfahrungen, die die Stadt mit Privatgesellschaften auf dem Gebiete der Beleuchtung gemacht hatte, entschloß sie sich, sehr zum Schaden der Stadt, nicht zur Übernahme der elektrischen Beleuchtung in städtische Regie. Im Herbst 1882 wurden der Potsdamer Platz und die Leipziger Straße bis zur Friedrichstraße durch die Firma Siemens u. Halske, vom Jahre 1889 ab durch die im Jahre 1888 gegründete Aktiengesellschaft „Städtische Elektrizitätswerke“ (später „Berliner Elektrizitätswerke“ umbenannt) elektrisch beleuchtet. 1888 folgte die elektrische Beleuchtung von Unter den Linden. Mit dem immer billiger werdenden Preise fand die elektrische Straßenbeleuchtung immer weitere Verbreitung. Gleichzeitig führte die Konkurrenz des elektrischen Lichtes zu erheblichen technischen Verbesserungen der Gasbeleuchtung. Für die öffentliche Beleuchtung brannten im Jahre 1910: 25 951 Laternen der städtischen Verwaltung mit 88 231 Flammen, 844 Laternen der englischen Gaswerke mit 1252 Flammen, 61 Petroleumlampen, 21 Spiritus-Glühlicht-Flammen, 808 Vogenlampen und 228 Glüh- Kern- und Metallfadenlampen. Die Kosten betragen für städtische Gaslampen 3 149 554 M., für die Laternen der englischen Gesellschaft 18 070 M., für Aufstellung neuer Gaslampen 243 081 M., für Petro- und Gasglühlicht 8698 M., für elektrische Straßenbeleuchtung 401 579 M.

Nach der Übernahme der Beleuchtung durch die Stadt Berlin kam es über den Umfang des der englischen Gesellschaft gemachten Vorbehalts zu vielfachen lebhaften Streitigkeiten, die bis zur höchsten Instanz gebracht wurden. Als Endergebnis dieses Rattenkönigs von Prozessen sind folgende Feststellungen zu erwähnen: die englische Gesellschaft ist nicht berechtigt, neue Gasröhren zu legen, sie hat aber das Recht, statt engerer breitere Röhren zu legen und nach wie vor ausschließlich ihre Kunden und neu zu erwerbende mit Gas zu versorgen. Zu ungunsten der Stadt Berlin erhielt die Gesellschaft aber durch Verträge und Ministerialerlasse neue erhebliche Rechte. Ende 1882 erhielt sie das Recht der Ausdehnung ihres Betriebs auf die Establishments vor dem Hallischen Tor und am Kreuzberg. 1883 räumte ihr Schöneberg das ausschließliche Recht ein, für ewige Zeiten in Alt- und Neu-Schöneberg Röhren zu legen und die Oeffentlichkeit sowie Private mit Gas zu versorgen. Ein ähnliches Recht erhielt sie im Jahre 1880 für das Gebiet von Oranienhof und der benachbarten Establishments südlich des alten Landwehrgrabens (jetzt Rauchstraße und Umgebung). Als im Jahre 1861 der Teil vor dem Potsdamer Tor und vor dem Hallischen Tor nach Berlin eingemeindet wurde, wurde Berlin gezwungen, in diese Verträge mit der Gesellschaft einzutreten. Sie durfte nach höchst richtiger Entscheidung dort nicht einmal auf ihrem eigenen Grund und Boden die öffentliche Beleuchtung übernehmen, sondern mußte diese gegen Entgelt der Gesellschaft übertragen. Dieser Zustand besteht — durch einige Verträge etwas geändert — noch heute. Eine Anzahl Prozesse wurden auch deshalb geführt, weil die Gesellschaft auf dem ihr eingeräumten Ausbreitungsgebiet verkehrtlich ihre Röhren an städtische Leitungen angeschlossen hatte. Gemeindefestbeschlüsse und Verträge, deren letzter im Jahre 1911 abgeschlossen wurde, umgrenzten das Jagdgebiet in der Weise, daß auf dem gemeinschaftlichen Abzweiggebiet die Straßen und Häuser bezeichnet wurden, die die englische Gesellschaft oder die Stadt beleuchten dürfe. Die Stadt Berlin und die Gesellschaft verpflichteten sich gegenseitig, dieselben Preise zu nehmen. Die Preise waren schon 1842 von der Stadt auf 10 Pf. für den Kubikmeter festgelegt, die Englische folgte. Sie sollte ihren Preis von 85 Pf. auf 16 Pf. herab. Als die Gasbereitung nur noch 8 Pf. Selbstkosten ausmachte, bezeichneten es schon in den 80er Jahren freimündige Bezirksvereine und später Genosse Singer als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion als einen Wucherpreis. Sie verlangten Herabsetzung des Preises und Beseitigung der Wassermesserei. Einmal Erfolg hatten diese Bemühungen. Sie sollen jetzt, wiewohl der Selbstkostenpreis auf etwa 5 Pf. für den Kubikmeter herabgesunken ist, durch eine Erhöhung der Gaspreise für diejenigen Einwohner, die nicht von der englischen Gesellschaft Gas beziehen, wieder beseitigt werden!

Aus Groß-Berlin.

Die Alte.

Sie saß in der Elektrischen tief gebückt über ihre Marktlasche, die sie auf den Knien hielt. Ihre Hände bedeckten zärtlich und zugleich krampfhaft die Pakete, mit denen die Tasche bis oben an gefüllt war.

Mir fielen die Hände auf, die da ihr stumm und doch berebtes Spiel trieben. Es waren alte, abgearbeitete Hände mit hervortretenden Adern und schwierigen Fingern, zertreten von der scharfen Rauge des Waschfasses.

Müde, gleichsam im Taft mit dem schitternden Wagen, neigte sich der Kopf der Alten hin und her. Die kümmerlichen Ueberreste des silberdurchzogenen Haars, das am Schopf in eine Art Frixur zusammengefaßt war, wirkten rührend und fast mitleiderregend.

Plötzlich hob sie den Kopf, und ein Paar dunkler, trauriger Augen blickte mich an. Das Gesicht, das einstmals schön gewesen sein mußte, war von tiefen Falten durchfurcht. Die Stirne, deren edle Form überausachte, war mit unzähligen Runzeln und Fältchen bedeckt.

Sie blickte mich einen Augenblick lang an, und in dieser Zeit schien es mir, als sähe ich ein ganzes Leben vor mir, ein Leben, mit Mühsal beladen, an Arbeit und Enttäuschungen reich.

Es blinkte in ihren Augen feucht auf, und schnell führen die Hände empor, um das verräterische Maß vor dem Fremden zu verbergen. Einen kurzen Augenblick sah ich den Inhalt der Tasche, der offenbar mit dem Gemütszustand der Alten eng im Zusammenhang stand und den die sorgenden Hände sofort wieder meinem Auge entzogen.

Es waren Feldpostpakete, verschürt und behütet von einer zitternden Mutterhand.

Keine Verlängerung des Kuchenbrotverbots.

Der Geschäftsausschuß der Groß-Berliner Brotartengemeinschaft hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von einem Antrag an das Oberkommando auf Verlängerung des Kuchenbrotverbots einstweilen abzusehen.

August Schweizer.

Die Berliner Partei hat abermals einen Verlust erlitten. Der Genosse August Schweizer, der dem 3. Kreise angehört, ist verstorben. Schweizer, der Maschinenbauer war, betätigte sich schon unter dem Sozialistengesetz. Im Anfang der achtziger Jahre trat er der sogenannten „inneren Bewegung“ bei und wirkte für diese nach besten Kräften. Namentlich bei den Wahlen 1884 und 1887 war er hervorragend tätig. Als im Jahre 1891 der sozialdemokratische Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis ins Leben trat, gehörte er zu dessen Mitbegründern. Es spricht für das Vertrauen, das sich der Verstorbenen durch stille aber intensive Tätigkeit bei den Parteigenossen seines Kreises erworben hatte, daß man ihn damals an die Spitze des neugegründeten Wahlvereins stellte. Den Posten des ersten Vorsitzenden hat er dann auch durch eine Reihe von Jahren innegehabt. Den jüngeren Genossen ist August Schweizer weniger bekannt geworden. Mit dem zunehmenden Alter kamen auch Krankheiten, die den Bäckern gegen seinen Willen von der Parteiarbeit mehr und mehr zurückhielten. Am Sonntag nachmittag um 3 Uhr wird man ihn nun auf dem Friedhof der Freireligiösen-Gemeinde in der Pappel-Allee zu Grabe tragen. Die mit ihm gemeinsam unter heute unbekanntem Gefahren für die Partei wirkten, werden den treuen Kameraden nicht vergessen!

Badezeit in den Volksbadeanstalten.

Nach einem Beschluß der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen werden die Volksbadeanstalten mit Schwimmbädern vom 1. April 1916 ab versuchsweise wieder um 7 Uhr morgens geöffnet werden.

Eine Prostituierte erschossen.

Bei einer Frau in der Sodenstr. 6, deren Mann im Felde steht, wohnten seit einiger Zeit zwei Mädchen, die Nachts auf die Straße gingen, darunter die 21 Jahre alte Auguste Popowski. Als der Gemann der Frau vor drei Wochen auf Urlaub kam, brachte diese ihre Admeterrinnen rasch irgendwo anders unter. Sobald der Mann aber wieder abgefahren war, holte sie beide zurück. Die Hauswirtin wollte der Frau kündigen, weil ihr das Treiben in der Kellerwohnung nicht gefiel. Sie sah aber davon ab, um nicht ins Gerede zu kommen, weil es sich um eine Kriegerfrau handelte. In der gestrigen Nacht hörte die Eigenlamerin, die im Erdgeschoß wohnt vor dem Hause einen großen Lärm. Zwischen der Popowski und einem Manne war es augenscheinlich zum Streit gekommen. Nach einiger Zeit lief das Mädchen nach seiner Kellerwohnung, aber der die Wirtin wohnt, und warf die Tür hinter sich zu. Der Mann, wie sich später ergab, der 35 Jahre alte Wächter Wilhelm Kaufmann aus der Richard-Wagner-Str. 10, lärmte vor der Tür noch weiter, bis die Wirtin das Fenster aufmachte und ihm Ruhe gebot. Dann ging er weg. Wie er später wieder in das Haus hineingekommen ist, und was er mit dem Mädchen hatte, ist noch nicht festgestellt. Genug, das Ende war, daß Kaufmann das Mädchen mit einem Revolver erschoss und dann die Waffe auf sich richtete. Auch er war sofort tot. Beide Leichen wurden von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Straßenräuber. Am 25. Februar schob ein junger Hausdiener eines hiesigen Geschäfts einen Handwagen vor sich her, der mit Winterlade beladen war. Er trug eine Ledertasche über die Schulter. Unterwegs kamen junge Männer an ihn heran und der eine von diesen erbot sich, dem Hausdiener zu helfen. Er wollte den Wagen ziehen, während jener schob. Der Hausdiener, ein noch junger Mann, ging arglos darauf ein, freute sich über die Hilfe und ahnte nichts Böses. Als man jedoch einem Raubgelände am Wedding gegenüber war, zog der zweite junge Mann plötzlich ein Messer aus der Tasche, schnitt dem Hausdiener die Ledertasche, die 90 Mark enthielt, vom Riemen weg und bedrohte den Beraubten, als der die Tasche noch festhalten wollte, so lange mit dem Messer, bis er losließ. Dann ergriffen beide Räuber mit der Wunde die Flucht und entliefen. Lange Beobachtungen brachten jetzt endlich die Kriminalpolizei auf die Spur der Täter und gestern gelang es, sie beide zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Es sind zwei fleißigste Arbeiterburichen. Die beiden sind geständig und setzen einer schweren Strafe entgegen.

Tot aufgefunden wurde der 53 Jahre alte Rusler Franz Vordard im Hausflur des Hauses Kastanienallee 52. Ein Schuhmann brachte ihn noch mit einer Droschke nach der nächsten Reisingstraße. Dort

Kamte aber der Arzt nur noch den Tod infolge Herzschlages feststellen. Die Wohn- und Familienverhältnisse des Toten sind unbekannt.

Eine Frauenschiffe ist unweit vom Marmorpalais in Potsdam aus dem Heiligen See gelandet worden. Die Persönlichkeit der Toten ist noch nicht festgestellt.

Kadrennen im Apollo-Theater. Das Programm des Apollo-Theater enthält neben den üblichen Spezialitäten als neueste Darbietung Kadrennen auf dem Homertrainer-Apparat. Die Direktion des Theaters hat zu dieser Veranstaltung neun der bedeutendsten Rennfahrer verpflichtet. Die Öffnungsrennen am Donnerstag konnten jedoch infolge eines Defektes am Homertrainer-Apparat, der durch einen Sturz Stellbrinks verursacht wurde, nicht statt zum Austrag gebracht werden. Die Mechanik der Beobachtungseinrichtung einer der drei Fahrborrichtungen (rotierende Walzen), trat außer Funktion. Deswegen mußte das Rennen abgebrochen werden. Ein eingeleiteter Zweikampf zwischen Ritt und Lorenz über 2000 Meter wurde von Lorenz gewonnen. Den zahlreich erschienenen Stadtsportfreunden dürfte der Wettkampf auf dem Homertrainer-Apparat einen Ertrag für den Kampf auf dem Zement laun geboten haben.

Aus den Gemeinden.

Die Verabschiedung des Charlottenburger Etats.

Die Charlottenburger Stadtverordneten haben am Donnerstag in einer außerordentlichen Versammlung den Etat verabschiedet. Eine Debatte knüpfte sich zunächst an die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Gaspreise. Genosse Hirsch bekämpfte die Erhöhung nochmals aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen heraus, aber ohne Erfolg, die Magistratsvorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Hiernach beträgt der Gaspreis also vom 1. April ab 16 Pf., eine Milderung gegenüber der Magistratsvorlage ist nur insofern eingetreten, als bei den Automaten gaspreisen keine Verteuerung gegenüber dem jetzigen Zustande eintreten soll. Während der Preis des Automaten gasses bei dem bisherigen Einheitsgas von 13 Pf. tatsächlich schon 16 Pf. betrug, soll er in Zukunft 16 Pf. nicht übersteigen.

Bei dem Kapitel Volksgesundheitspflege betonte der Berichtstatter ausdrücklich, daß der Magistrat und der Staatsausfluß sich darüber einig seien, daß in dem Kampf gegen die Tuberkulose und die Säuglingssterblichkeit nicht nachgelassen werden darf, sondern daß, wenn sich nach Beendigung des Krieges die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte, weitere Mittel hierfür angefordert werden müßten.

An das Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ knüpfte sich eine polemische Debatte zwischen den Liberalen und den Unpolitischen über das Thema, welche von beiden Fraktionen an der Steigerung der Ausgaben die Schuld trage. Jede will den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß sie sparsam gewirtschaftet habe. Tatsache ist, daß die Steigerung der Ausgaben im wesentlichen auf die Verhältnisse zurückzuführen ist und daß der vorliegende Etat eher zu knapp als zu verschwenderisch aufgestellt ist.

Bei dem Kapitel Gemeindefschulen bemängelte Genosse Kagenstein verschiedene Streichungen, darunter die für Schwimmunterricht und Schülerwanderungen. Bürgermeister Dr. Maier erwiderte, daß die Streichungen nur deshalb erfolgt sind, weil es bei dem großen Lehrermangel an geeigneten Kräften für die Verteilung dieses Unterrichts fehlt.

Das Kapitel Armenwesen gab unserem Genossen Kagenstein in der Gelegenheit, auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Unterstützungsbeträge angesichts der ungeliebten Lebensmittelpreise hinzuweisen. Eine entsprechende Resolution war von sozialdemokratischer Seite im Ausschuss gestellt, aber als überflüssig bekämpft worden.

Gegen die im Kapitel „Krankenanstalten“ beantragte Erhöhung der Verpflegungssätze in Krankenhäusern von 3 auf 4 M. wandte sich Genosse Ahrens besonders mit Rücksicht auf die dadurch den Krankenkassen erwachsende Belastung. Die Erhöhung wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen.

Bezüglich der Gemeindesteuern wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 M. sind von der Einkommensteuer befreit, im übrigen beträgt der Zuschlag 170 Proz. Die Gemeindegewerbesteuer beträgt in Klasse I und II 105 Proz., in Klasse III 160 Proz., in Klasse IV 100 Proz., die Grundsteuer für bebauten Grundstücke 2,7 und für unbebaute 5,4 Proz. des gemeinen Wertes, die Umzugssteuer 1 Proz. des Umzuges der bebauten und 2 Proz. der unbebauten Grundstücke, doch soll der Magistrat besagt sein, die Umzugssteuer aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise zu erlassen, wenn ein Hypothekens- oder Grundschuldgläubiger das notleidende Grundstück in der Zwangsversteigerung erweist oder zur Vermeidung der Zwangsversteigerung freiwillig erwirkt. Die Betriebssteuer wurde auf 100 Proz. die nach Maßgabe des Gebäudewertes zu erhebende Kanalisationsgebühr auf 1,15 Proz., die Gebühr für die Befestigung des Hausmülls auf 0,9 Proz. festgesetzt.

Fleischlaren für städtisches Schweinefleisch in Neukölln.

Durch die Einführung der Fleischlaren soll die Verteilung des Fleisches an die Bezugsberechtigten gleichmäßig in der Weise erfolgen, daß ein längeres Warten an der Kartenausgabe oder vor den Verkaufsstellen vermieden wird. Die Karte soll ferner dem Inhaber die Gewähr bieten, daß er bei einem bestimmt bezeichneten Schlächtermeister auch Fleisch oder Fett erhält. Den Familien soll die Karte in der Reihenfolge der Hausliste und nach Maßgabe des zum Verkauf stehenden Fleisches direkt von der Protokommission zugestellt werden. Einzelpersonen haben keinen Anspruch auf eine Fleischkarte. Der Verkauf, der durch die Schlächtermeister erfolgt, findet in der Regel Mittwochs und Sonnabends statt. Die Schlächtermeister sind verpflichtet, 75 Proz. des gesamten Fleisches von der Stadt überwiesenen Fleisches in einheitliche Verkaufslose von 1 Pfund einzuteilen. Das für die Verkaufslose vorgeschriebene Gewicht von 1 Pfund darf nur bei Eisbein überschritten werden, wenn es dessen sachgemäße Zerlegung erfordert. Das Gewicht, die Fleischsorte, der Verkaufspreis, letzterer unter Beachtung der gültigen Kleinhandelspreise, ferner der Tag der Bezugsberechtigung werden in der Fleischkarte vom Schlächtermeister ausgefüllt und diese mit seinem Firmenstempel versehen. Alsdann gelangen die Fleischlaren an die Protokommissionen zwecks Verteilung an die einzelnen Haushaltungen. Die Zustellung an diese erfolgt am Nachmittags vor dem Verteilungstage. Nicht bestellbare Fleischlaren gehen zur Protokommission zurück und werden dort unter Wahrung der Reihenfolge den nächsten empfangsberechtigten Familien überwiesen. Das übrige von der Stadt gelieferte Schweinefleisch (25 Proz.) darf nur zur Herstellung von frischer Blutwurst mit Semmelzutat, Thüringer Blutwurst und weicher Braunschweiger Rettwurst verwendet werden. Der Verkauf der aus städtischem Schweinefleisch hergestellten Wurst erfolgt in freiem Handel unter Beachtung der geltenden Höchstpreise, jedoch nur in Neukölln. Fleischlaren, welche am Verteilungstage bis spätestens 6 Uhr abends nicht eingelöst sind, verlieren ihre Gültigkeit und der Schlächtermeister ist berechtigt, das dann noch vorhandene Fleisch beim freien Handel zu verkaufen. Die Fleischkarte gilt lediglich für den einmaligen Gebrauch am Verteilungstage. Beim Fleischkauf ist dieselbe dem Schlächtermeister zurückzugeben.

Es wäre wünschenswert, wenn die Behörden der Stadt Neukölln auch das versprochene Schweinefleisch recht bald übermitteln wollten. Nach dem bisher zur Verfügung gestellten Quantum müßten sonst die Einwohner verschiedene Wochen warten, ehe sie Schweinefleisch erhalten.

Städtischer Schmalz- und Speckverkauf in Neukölln.

Vom Magistrat Neukölln werden wir ersucht, darauf aufmerksam zu machen, daß der Schmalzverkauf in den sechs städtischen Ver-

kaufsstellen auf Grund der Brotkarten für die 32. Brotkartenwoche mit Ablauf des 18. März geschlossen wird. Dafür wird vom Montag, den 27. März 1916 ab mit dem Verkauf von Speck begonnen, und zwar nach den gleichen Grundregeln wie für Schmalz, jedoch mit der Aenderung, daß der Speck nur gegen Vorlegung des Mittelstück der Brotkarte der 37. Brotkartenwoche, das ist die Woche vom 20.—26. März 1916, ausgegeben wird. Dieses Mittelstück mögen sich also alle Neuköllner sorgfältig aufbewahren. Näheres wird noch an den Anschlagstulen und in den Zeitungen bekanntgegeben werden.

Maßnahmen zur Erhaltung des Viehbestandes in Pantow.

Infolge der Futtermittelknappheit ist der in den Pantower Molkereien vordem vorhandene Bestand von etwa 400 Milch Kühen auf fast die Hälfte gesunken, so daß die Milchproduktion entsprechend vermindert und die Milchversorgung erheblich beeinträchtigt ist. Die fortgesetzte Verschärfung dieser Sachlage hat die Molkereibesitzer veranlaßt, in einer Eingabe um Erhöhung des Milchpreises zu eruchen. Diesem Eruchen ist vom Gemeindevorstand nicht stattgegeben. Vielmehr soll den Molkereien die Weiterexistenz und Erhaltung ihres Viehbestandes durch Zahlung einer sogenannten Stallprämie, wie sie bereits von Charlottenburg eingeführt ist, ermöglicht werden. Da diese Idee auch die Zustimmung der Kreisbehörden gefunden hat und der Kreis einen Betrag von 50 Pfennigen pro Tag und Tier auf seine Rechnung übernehmen will, beschloß die Gemeindevertretung, von Gemeindegeldern weitere 30 Pf. zuzuschießen. Diese Stallprämie im Gesamtbetrag von 80 Pfennigen pro Tag und Tier entspricht im Effekt ungefähr demjenigen der geforderten Milchpreiserhöhung.

Reisverkauf in Reinickendorf.

Die Reisbestände an Reis kommen in der Zeit vom 20. bis 25. März in den fünf Lebensmittelverkaufsstellen der Gemeinde zum Verkauf. Die Abgabe erfolgt gegen Vorlegung und Abstempelung der vom 20. März ab gültigen neuen Preislatten. Auf jede Karte wird ein halbes Pfund abgegeben. Der Kaufpreis beträgt pro Pfund für Reis Sorte I 60 Pf., Sorte II 40 Pf., Sorte III 35 Pf. Ein weiterer Verkauf von Reis findet nicht mehr statt, da damit die Vorräte der Gemeinde einstmals erschöpft sind.

Mitgliederversammlung in Oris-Buckow.

Der dortige Wahlverein nahm kürzlich Stellung zu der am 30. Januar 1916 stattgefundenen Vorsitzenden-Konferenz des Kreises Keltow-Beeskow und beurteilte die daselbst angenommene Resolution.

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Versammelten sind mit dem Beschluß der am 30. Januar stattgefundenen Vorsitzenden-Konferenz nicht einverstanden, sie erklären vielmehr ihre Zustimmung zu der auf derselben vorgelegten Resolution des Neuköllner Wahlvereins und fordern, um eine klare Stellungnahme der Parteigenossen des Kreises herbeizuführen, die Einberufung einer Kreisgeneralversammlung.“

Gemeindevertreterwahlen.

Stichwahl in Hohenschönhausen. Die am 5. März stattgefundene Gemeindevertreterwahl brachte kein endgültiges Resultat und führte zur Anberaumung einer Stichwahl. Dieselbe findet morgen Sonntag, den 19. d. M., zwischen 2 und 5 Uhr, im Schulgebäude Nöckerstr. 69 statt.

Jeder unserer Parteifreunde muß sein Wahlrecht ausüben, um die Wahl unserer Genossen Mag. Ziele, Ferd. Krause zu sichern.

Wahllokal! Sonntag, den 19. März, mittags von 12 bis 3 Uhr, findet für den 1. Bezirk der 3. Abteilung die Ergänzungswahl zum Gemeinderat statt. Das Wahllokal befindet sich in der Turnhalle der Gemeindefeuerwehr in der Goethestraße. Kandidat ist wiederum Genosse Posamentier Robert Hajack. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist, sich an der Wahl zu beteiligen. Die Genossen treffen sich um 1/2 12 Uhr im Wahllokal.

Wahllokal a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 19. März 1916, nachmittags von 3—6 Uhr, finden die Wahlen zur Gemeindevertretung in der 3. Abteilung statt. Der sozialdemokratische Wahlverein und die in Betracht kommenden Grundbesitzervereine haben ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß die Wahlen in burgfriedlicher Weise vorgenommen werden und den einzelnen Parteien ihr bisheriger Vorgesand erhalten bleibt. Demzufolge stellt in der 3. Abteilung nur unsere Partei Kandidaten auf, und zwar für den 1. Bezirk: Albert Schmidt, Baunternehmer. — Wahllokal: Brandt, Vahnhofstr. 61.

Für den 2. Bezirk: Oswald Schumann, Gewerkschaftsangehöriger, Richard Kohlgarth, Schriftsetzer. — Wahllokal: Brägger, Köpenicker Allee 59.

Da es sich im 2. Bezirk um eine Ergänzungswahl und eine Ersatzwahl handelt, ist die Reihenfolge Schumann, Kohlgarth streng innezuhalten.

In der 1. und 2. Abteilung werden unsererseits keine Kandidaten aufgestellt. — Da von der Gemeindeverwaltung keine besondere Benachrichtigung an die Wähler erging, ist es notwendig, daß jeder Wähler seinen Steuerzettel mitbringt! Verkauft die Heeresangehörige Wönnen an der Wahl teilnehmen, sofern sie in der Wählerliste stehen.

Wir ersuchen unsere Wähler, vollständig und pünktlich zur Wahl zu erscheinen und auch ihre Freunde und Bekannten zu veranlassen, ihre Stimmen für unsere Kandidaten abzugeben.

Marientorf-Südende. Sonntag, den 19. März 1916, vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr findet in der Turnhalle der 4. Gemeindefeuerwehr in der Kurfürstenstr. 58/54 die Ergänzungswahl für die 3. Abteilung der Gemeindevertretung statt. Es sind vier Gemeindevertreter zu wählen.

Aufgestellte Kandidaten sind: Paul Weber, Reinhold Geiseler, Hugo Oberlein und Hermann Waldheim. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Wahl zu beteiligen und den vorstehend genannten Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Gerichtszeitung.

Die Versammlungsverordnung des Oberkommandierenden.

Die am 8. November 1915 vom Oberbefehlshaber in den Marken erlassene Verordnung, die auch für nicht öffentliche Versammlungen politischer Vereine die Anmeldung forderte, wurde gestern auch von der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin III für rechtsungültig erklärt.

Der Genosse Redakteur Karl Leid war bekanntlich am 12. Februar vom Schöffengericht unter Aufhebung eines gegen Leid in Höhe von 10 M. erlassenen Strafbefehls freigesprochen. Auf den 30. November war eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins des sechsten Berliner Wahlkreises, dessen Vorsitzender Leid ist, einberufen, ohne diese Versammlung vorher anzumelden. Das Schöffengericht hatte in der Begründung dargelegt, daß entsprechend der Rechtsprechung des Reichsgerichts die Verordnung ungültig sei, weil sie Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu 100 M. im Unvermögensfalle mit entsprechender Haftstrafe bedroht. Das widerspreche der Strafnorm des § 9 b des Belagerungsgegesetzes. Die Verbotsnorm und damit die gesamte Verordnung sei nichtig. Der Staatsanwalt revidierte die von ihm eingeleitete Berufung folgendermaßen: Allerdings sei dem Reichsgericht darin zu folgen, daß eine auf § 9 b gestützte Verordnung rechtsungültig sei, wenn sie eine andere Strafbefehls als das Belagerungsgegesetz selbst. Aber die Versammlungsverordnung sei hier als auf Grund des § 4 des Belagerungsgegesetzes erlassen zu erachten. Nach dieser Vorschrift sei mit dem Belagerungsgegesetz die vollziehende Gewalt

auf den Oberbefehlshaber übergegangen. Er könne deshalb auch an Stelle der Polizeibehörde eine Verordnung erlassen. Die Grenzen, an die eine Polizeibehörde durch das Vereins- und Versammlungsrecht im Frieden gebunden sei, seien durch den Belagerungsgegesetz in Notfall gekommen. Bei der Strafandrohung könne der Oberbefehlshaber bis zu derselben Höhe gehen, wie ein Minister in seinem Befehlsrecht für die Monarchie. Er beantragte deshalb Bestätigung zu 10 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Hugo Haase führte demgegenüber aus: Die Ansicht der Staatsanwaltschaft ist unhaltbar. Zunächst lasse die Form der Verordnung und ihr Inhalt darüber keinen Zweifel, daß sie tatsächlich auf Grund des § 9 b des Belagerungsgegesetzes erlassen ist. Aber auch wenn man der entgegenstehenden Ansicht folgen wolle, sei doch der Versuch, eine Rechtsungültigkeit der Verordnung zu konstruieren, mißlungen. Wenn der Oberbefehlshaber nicht als vollziehende Gewalt auf Grund des § 9 b, sondern als vollziehende Gewalt auf Grund des § 4 eine Verordnung erlasse, so sei er an diejenigen Kompetenzen gebunden, die der Polizeibehörde zustehen. Eine solche Anmeldeverordnung dürfe aber keine Befehlsbefugnisse, ganz abgesehen davon, daß die Form der Verordnung einer Polizeiverordnung widerspreche. Könne aber die Polizei solche Verordnung nicht erlassen, so lasse sich ein solches Recht auch für den Oberbefehlshaber nicht aus dem § 4 ableiten, der ihm ja nur die Befugnis erteile, an Stelle der Polizeibehörde vorzugehen. Er beantragte deshalb Verwerfung der Berufung. Das Urteil des Gerichts ging dahin: Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Berufung wird verworfen; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. In der Begründung wurde ausgeführt: Das Berufungsgericht hat sich den Ausführungen des Verteidigers angeschlossen, die mit der Ansicht des ersten Urteils übereinstimmen. Der Inhalt der Verordnung zeigt, daß sie „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ erlassen ist, daß sie also auf § 9 des Belagerungsgegesetzes beruht. Da ihre Strafnorm mit der des § 9 in Widerspruch steht, ist sie ungültig. Wollte man sich aber auch auf den Standpunkt stellen, daß es sich um eine auf Grund des § 4 erlassene Verordnung handle, so sei zweifelhaft, ob der Oberbefehlshaber auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts als vollziehende Gewalt eine Verordnung erlassen könnte. Selbst wenn ihm aber dies Recht zustünde, so sei er an die Grenzen gebunden, die das Belagerungsgegesetz dem Oberpräsidenten einräume, er könnte also eine höhere Strafe als 60 M. nicht androhen. Das tut aber die Verordnung; auch aus diesem Grunde sei sie ungültig.

Demnach wird die Berufungsinstanz über dieselbe Rechtsfrage in der Anklage gegen den Genossen Brinmann zu entscheiden haben, der am 11. Februar vom Schöffengericht Neukölln wegen Verletzung gegen die Verordnung zu 15 M. verurteilt war.

Der Weihnachtsbaum des Präsidenten.

Der Weihnachtsbaum des Polizeipräsidenten v. Herzberg soll nun noch einmal das Gericht beschäftigen. Der Amtsanwalt hat gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Berlin-Schöneberg Berufung eingelegt, so daß sich die Strafkammer des Landgerichts II über den eigenartigen Vorfall zu äußern haben wird.

Aus aller Welt.

Der Kampf um die Lebensmittel.

Im Trierer Bezirk hat die jüngste Kartoffelbestandsaufnahme ein überraschendes Ergebnis gehabt; Laufende von Zentnern sind in einzelnen Ortschaften infolge scharfer ausgeübter Kontrolle mehr herausgekommen. Bei einem Bauern wurden über 300 Ztr. Kartoffeln gefunden, der bei der ersten Bestandsaufnahme nur 30 Ztr. angegeben hatte.

Die Kärntener Polizei hat in einer größeren Anzahl Privat- und Geschäftshäuser die Vorräte an Fettvorräten mit den bei der Bestandsaufnahme angegebenen Mengen verglichen und dabei festgestellt, daß reichliche Vorräte beschlagnahmt worden sind. Die nicht angegebenen Mengen wurden beschlagnahmt. Wegen die Vorräte wird strafrechtlich vorgegangen.

Aus der Gast entlassen. Wie wir kürzlich meldeten, wurde in Gumbinnen der Regierungsdirektor, Rechnungsrat A. Z. in seiner Wohnung erschossen. Als mutmaßlicher Täter wurde der Sohn des Erschossenen, ein früherer Student der Medizin, in Polizeihaft genommen. Die gerichtliche Sektion der Leiche hat ergeben, daß der plötzliche Tod ohne Verfaulden einer dritten Person erfolgt ist. Der junge Mann ist daher sofort aus der Haft entlassen und die Leiche zur Beerdigung freigegeben worden.

In einem kühlen Grunde... Das Mühlenanwesen in Bresenitz (bei Ratibor), das dort unten „im kühlen Grunde liegt“, wie das der Dichter Freiherr v. Eichendorff so schön besungen, ist, wie dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben wird, ein Haub der Flammen geworden. Haus und Scheune sind vernichtet, aber das Mühlenrad geht weiter, da die Mühle, die in einem über 100 Jahre alten Bau liegt, erhalten geblieben ist. Dagegen ist das Haus, in dem das „kühlen Lieben“ gewohnt hat, bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Feuer in einem Lazarett. Wie „A. E.“ aus Konstantinopel meldet, fiel Donnerstag nachmittags das dortige Spital des ungarischen Roten Kreuzes einer Feuersbrunst zum Opfer. Im Spital waren 352, zumeist schwerverwundete Soldaten untergebracht. Unter den Kranken entstand eine große Panik. Den Wärtern gelang es, sämtliche Kranken in den Spitalgarten zu befördern.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf. Montag, den 20. März, nachm. 5 Uhr, im Rathaus, großer Sitzungssaal (Kauptstr. 38). Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 19. März, vorm. 10 Uhr: Feiern der Jugendweiche im Festsaal des Berliner Stadthauses, Eingang Nidenstraße (an der Stralauer Str.). Festrede Herr Dr. B. Sille: „Das bessere Selbst.“ Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

J. R. 100. 1. Die Militärbehörde ist dazu nicht verpflichtet, die Beförderung der Leiche würde auf Kosten der Frau geschehen. 2. Massengrab werden überhaupt nicht geöffnet. 3. und 4. Die Beerdigung erübrigt sich nach dem Vorstehenden. — **B. St. 28.** Das Fleisch kann nicht konfisziert werden. — **J. R. 8.** 1. Kündigung zum 1. Oktober kann erfolgen. 2. Die Gerichtskosten können auch jetzt durch Klage eingetrieben werden. — **100 Lübeck.** Wenn der Nachweis erbracht werden kann, daß die Frau bei Abfassung des Testaments nicht mehr im vollen Besitze ihrer Geisteskräfte war, ist das Testament durch Klage anzufechten. — **G. M. 67.** 1. Rein. 2. Ueber diese Steuerfragen wird ja in nächster Zeit noch im Parlament sowohl, als auch in der Parteipresse viel diskutiert werden. — **C. P. 100.** Das Gesetz ist an den Kompagnieführer zu richten. Es hat aber wenig Aussicht auf Erfolg, da die verheirateten Leute zunächst berücksichtigt werden. — **A. D. 100.** Die Destillation der Wohnung müßte sie sich gefallen lassen. Die Kosten fallen ihnen zur Last. — **A. R. 92.** Sie sind zurückgestellt wegen chronischer Krankheit. — **G. R. 100** Vichtenberg. 1. An den Armenvorsteher. 2. Es muß zunächst beim Amtsgericht die Anberaumung eines Sühneterrains beantragt werden. Die Sachen braucht Ihre Frau, da sie ihr Eigentum sind, nicht herauszugeben. 3. Da Sie für die Leiche halten, müßte es sich wohl empfehlen, daß Sie zunächst noch zahlen. — **A. R. 65.** 1. Das hätte vor der Erteilung der Leiche geschehen müssen. 2. Eine Klage erscheint uns deshalb aussichtslos. — **C. D. 23.** Rein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe oder neblig, ohne erhebliche Niederschläge; im Binnenlande mild, an der Küste noch ziemlich kühl.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 25. Heft vom 1. Band des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der neue Tabaksteuerentwurf. Von Hermann Kollmann. — Sozialdemokratische Steuerpolitik. Von K. Kautsk. (Fortsetzung.) — Der rote Baden der preussischen Geschichte. Von F. Reising. (Fortsetzung.) — Vom Wirtschaftsmarkt. Die Welt's um die deutsche Eisenindustrie? Von Heinrich Cunow. — Die deutsch-französische Weibheitsanfrage. Von Anton Hofrichter. — Literarische Rundschau: J. v. Michaelisburg: Im belagerten Brzempl. Von K. O. — Notizen: Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1914. Von D. Z. — Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 13 des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Grus aus Oesterreich. Von Adelheid Vopp. — Erwerbsarbeit und Staatsbürgerrecht der Frau. Von Luise Zieg. — Staatsmonopole als Einnahmequelle. — Die Erwerbslosenfürsorge in der Textilindustrie. Von Hermann Jädel. — Um das Frauenwahlrecht in Holland. Von A. H. — Jugendliche Arbeiter und ungelernete Arbeit. Von H. B. — Aus der Bewegung: Margarete Bengels zum 60. Geburtstag. — Notizen: Frauenklimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenarbeit.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 6. Nummer des 33. Jahrganges erschienen. „Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.“ Von diesem in der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin W 68, verlegten Führer ist soeben eine neue verbesserte Auflage erschienen. Sie berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen der in Betracht kommenden Gesetze, insbesondere die Bekanntmachung vom 21. Januar 1916, die den Kreis der Unterstützungsberechtigten ausdehnt, die Anordnungen über besondere Zuwendungen an Kriegswitwen und -Waisen und die Bekanntmachung vom 23. Dezember 1915 über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die übersichtliche Anordnung des Stoffes legt jeden in die Lage, sich ohne viel Mühe über jede einschlägliche Frage zu unterrichten. Preis der Broschüre 30 Pf. — „Dokumente zum Weltkrieg.“ Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin W 68. Heft dieser Sammlung ist soeben „Das deutsche Weisbuch II“ (Ergänzungsheft) 1. Teil erschienen. Preis 50 Pf. Es enthält die vom kaiserlichen Amt herausgegebenen Nachträge. In Kürze wird auch der 2. Teil des Ergänzungsheftes erscheinen. In dieser Serie sind bisher erschienen: Das deutsche Weisbuch. — Das englische Handbuch 1. Teil. — Das englische Handbuch 2. Teil. — Das russische Orangebuch. — Das belgische Orangebuch. — Das Gelbbuch Frankreichs 1. Teil. — Das Gelbbuch Frankreichs 2. Teil. — Das Gelbbuch Frankreichs 3. Teil. — Oesterreich-ungarisches Rotbuch. — Das Grünbuch Italiens 1. Teil. — Das Grünbuch Italiens 2. Teil. — Das serbische Blaubuch. — „U-Bootkrieg und Völkerverrecht.“ Eine deutsch-norwegisch-englische Forderung, herausgegeben von R. D. Frankfurter. Broch. 1,50 M. — Puttkammer u. Mühlbrecht, Berlin W. 56. — „Deutsche Kriegsausstellung 1916.“ Führer, herausgegeben vom Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz. Broch. 1,50 M. — Selbstverlag Adl. 18. Berlin, Leipziger Str. 4. — „Reorientierung der deutschen Sozialdemokratie.“ Von August Binnig. Heft 10 der 10 B.-Bibliothek „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“. (Verlag Internationale Korrespondenz, Berlin-Karlshorst.) — „Im Kampf mit dem russischen Kolos.“ Erlebnis und Eindrücke von D. Uedem. Kart. 1 M. — „Im Kaiserlichen Hauptquartier.“ Kriegsbriefe von R. Schweder. 3 Bde. 2,50 M., geb. 3 M. — Hoffe u. Seder, Leipzig. — „Dr. Thorns Lebensabend.“ Roman von R. Javel. 5 Kr., geb. 7 Kr. — Verlag: J. Dietl, Wien, Kaiserstr. 86. — „Karte der Balkan-Halbinsel.“ 1 M. — G. Freitag u. Bern, Wien, 7.

Ohne jede Anzahlung
erstklassiges Fabrikat!
vielfach prämiert, u. a.:
Berliner Gewerbe-Ausstell. 1896
Berliner Musik-Fachausst. 1906
Pianos
gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie. 143/20*
Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstenstraße.
Telephon: Steinplatz 10 410.

Versäumen Sie nicht die Gelegenheit!
Kuntze's besonders billiges großes
Schuhwaren-Angebot!
Damen-Schnürstiefel Derby mit Lackkappe, moderne Form 9,85
Damen-Schnürschuh Derby mit Lackkappe, moderne Form 9,45
Herren-Schnürstiefel Derby mit Lackkappe, moderne Form 10,90
Für Konfirmanden!
Stiefel für Mädchen, moderne Form 9,75
Stiefel für Knaben, moderne Form 10,90
Billige Mädchen- und Knabenstiefel
besonders gute, feste Qualität, in schwarz und braun.
Boxcalf, schwarz Derby Gr. 31-35 27-30
gute Qualität, moderne Form 8,90 8,25
Kinderstiefel bis Größe 22 2,25
Damen-Samtpantoffel 0,88
Ferner große Posten Schuhwaren, die sich infolge der Reichhaltigkeit nicht alle aufzählen lassen, zu überaus billigen Preisen.
Für Wiederverkäufer weiteste Reise lohnend!
Schuhhaus Kuntze Nachf.
nur Gr. Frankfurter Str. 83
Ecke Marsillusstraße
Um es jedem zu ermöglichen zu kommen, vergüte ich jedem Käufer 20 Pf. Fahrgeld!

Solange Vorrat reicht
liefert die
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Schulze, Prof. Dr. L. R., Die physikalischen Kräfte im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der Wissenschaft. Mit 140 Holzschn., 15 großen Abbild. und 3 Vantdruckarten. Gebd. (M. 12,-) M. 3,50
Below, E., Bilder aus dem Westen. Reiseerlebnisse. Gebd. statt für 3 M. für 1 M.
Jadrinzew, N., Sibirien. Geographisch-ethnographische und historische Studien. Mit zahlreichen Abbildungen. Gebd. statt 16 M. für 4 M.
Lenz, Dr. O., Timbuktu. Reise durch Marokko, die Sahara und den Sudan. Gebd. statt 11 M. für 5 M.
Keller, Conrad, Das Leben des Meeres. Nebst botanischen Beiträgen von Professor Dr. Karl Cramer und Dr. Hans Schinz. Gebd. statt 8,50 M. für 5 M.
Zimmermann, Dr. W. F. A., Der Erdball und seine Naturwunder. Gebd. statt 8 M. für 4 M.
Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit 12 Tafeln und vielen Textillustrationen. Gebd. (M. 20,-) M. 6,-
Lehmann, P., Länder- und Völkerverkunde. 2 Bände, reich illustriert. Gebd. statt 18 M. für 8 M.
Orschiedt, H., Aus der Werkstätte der Natur. Mit 155 Abbildungen. Gebd. (M. 5,-) M. 1,-
Hertzberg, Dr. G. F., Geschichte der Griechen im Altertum. Mit Illustrationen und Karten. Gebd. statt M. 14,25 M. 7,-
Klein, Dr. H. J., Astronomische Abende. Allgemein verständliche Unterhaltungen über Geschichte und Ergebnisse der Himmelsforschung. Gebd. statt M. 6,50 M. 3,-

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken zu Originalpreisen.
Amt Mpl. 3014.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksgesundbrunn. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenhäuser
Führer
durch das preussische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Preis 40 Pf.
Zu haben in allen
Vorwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstraße 3

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen
Butter, Eier, Käse
Marmeladen
und andere Nahrungsmittel
in besten Qualitäten.
J. F. Assmann
Butter-Großhandlung.
35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Gute Bücher
zu herabgesetzten Preisen, soweit der Vorrat reicht, liefert die
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Dyganski, Adolf, Lebensfreuden. Mit Buchschmied. Statt M. 4,- für M. 2,-
Professor Arnold Dodel schreibt: „Jundst auch freudigen Gruß an den sinnigen Autor, der in eigener Art zum Prediger des Lebens, zum ernst-beherrschten Jäger hier geworden ist. Das Buch hat mich erwidert und erfreut, als wär's goldener Sonnenschein aus blauem Himmel. Das Buch verdient den Dank aller sinnigen Naturfreunde — und der Verleger nicht minder, der jenes so schön ausgestaltet.“
Berg, Leo, Deutsche Märchen des 19. Jahrhunderts. Gebd. statt M. 3,- für M. 1,50
Brausewetter, C., Meisternovellen deutscher Frauen. Mit Charakteristiken der Verfasserinnen und ihren Porträts. 2 Bde. Gebd. statt M. 14,- für M. 7,-
Jokai, M., Das Herz auf der Stirn. Gebd. statt M. 1,- für M. —,50
Morris, W., Eine königliche Lektion. — Ein Traum von John Ball. Gebd. statt M. 3,- für M. —,50
Pontoppidan, H., Aus ländlichen Gärten. Gebd. statt M. 1,- für M. —,50
Schweichel, R., Die Wildheuerin. — Der Schmuggler. Gebd. statt M. 3,- für je M. —,50
Preczang, Ernst, Die Glücksbude. Statt M. 2,- für M. —,50
Tolstoj, L., Reise Mehren. Gebd. statt M. 3,- für M. —,50
Lewes, G. H., Goethes Leben und Werke. 2 Bde. Gebd. statt M. 6,- für M. 3,-
Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien.
Außerdem empfehlen wir eine Anzahl guter Romane in Broschürenform zu je M. —,50.

Wanderbücher
in die Umgebung von Berlin, ebenso
Wanderkarten
zu herabgesetzten Preisen sind vorhanden in der
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68 :: Lindenstrasse 3

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch Pichelswerder, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

DRUCK
ARBEITEN
in guter Ausführung liefert
VORWÄRTS
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Berlin SW. 68 · Lindenstrasse 3

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Osten
Erscheint wöchentlich einmal. : Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen
Butter, Eier, Käse
Heldenfeld 7.
P. H. Ackermann, 8 Filialen.
Fleisch u. Wurstwaren.
Heldensfeld 7.
G. Tächli Wurst-Spezialgeschäft.
Kolonialwaren
Erich Bartsch, Berlin NO.
Landsberger Allee 43, Ebertstr. 2, Landsberger Allee 54.
Mehlhandlung
Königsberger Straße 26/27.
Joh. Pietsch
Lichtenberg.
Jul. Göbbling, Preussenstr. 24.
Photograph. Ateliers
Haynn, Frankfurt Allee 59.
Ringsh. Frank. Allee.
Th. Wenzel, 28 a. Adressplatz.
Uhren und Goldwaren
Otto Friede
Uhren und Goldwaren
Göllnowstraße 24.
Aug. Letzner, Elbingerstr. 84.
Reparatur-gut, billig.
Warenhäuser
Hamburger Warenhaus Max Ploetz
Alte-Stralau 11, Verw.-Les. erb. 5.
Kaffee-Versand
Gerold
Kaffee
Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94.
Verlangen Sie Preisliste.
Hohenschönhausen
Adler-Apotheke

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71

BERLIN N

Chausseestr. 70-71

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen Spar-Marken!

- Spiegel
mit verschied.
Holzleisten
68 Pt.
- Konsole
68 Pt.
- Kleider-
riegel
68 Pt.
- Handtuch-
halter
68 Pt.
- Bilder,
Landschaften
68 Pt.
- Markt-
taschen
68 Pt.
- Kleider-
taschen
68 Pt.
- Kolleg-
mappen
68 Pt.
- Porze-
llanates
68 Pt.
- Damen-
Handtasch.
68 Pt.
- Postkarten-
alben 68 Pt.
- Bürsten-
tasche
68 Pt.
- Ein Paar
Kinder-Cord-Pantoffel
68 Pt.
- Dekorat.-
Lampen
68 Pt.
- 1 Brennschere und
1 Frisierlampe
68 Pt.
- Album
z. Einkleben
Photographien
68 Pt.
- Damenrüb-
stückerstaschen
68 Pt.

- Kabinet-
Rahmen
68 Pt.
- Kabinet-
Rahmen
68 Pt.
- Glas-Vasen
mit Beschlag
68 Pt.
- Spiegel
68 Pt.
- Postkarten-
Rahmen
68 Pt.
- Visit-
r.-Rahm.
68 Pt.
- Zensuren-
mappen
68 Pt.
- Ordnungs-
mappen
68 Pt.
- Karton
Briefpapier
68 Pt.
- Kinder-
Korb
mit 2 Deckeln
68 Pt.
- Damenrüb-
stückerstaschen
68 Pt.

- ### Wirtschaft
- 1 Besteckkasten weiss 68 Pt.
 - 1 Putz- oder Wisch-
kasten weiss 68 Pt.
 - 1 Handtuchhalter 68 Pt.
 - 1 Küchenskonsol weiss 68 Pt.
 - 2 Fleischbretter 68 Pt.
 - 1 Fussbank 68 Pt.
 - 1 Messerkasten Hart-
holz 68 Pt.
 - 1 Garderobenleiste
mit 3 massiven Haken 68 Pt.
 - 1 Handtuchhalter 68 Pt.
 - 1 Fleischbrett und
1 Fleischhammer 68 Pt.
 - 1 Kleiderbürste 68 Pt.
 - 1 Möbelbürste 68 Pt.
 - 1 Kopfbürste 68 Pt.
 - 1 Blank-, 1 Schmutz-
und 1 Auftragbürste 68 Pt.
 - 1 Handfeger und
1 Müllschaufel 68 Pt.
 - 3 Scheuertücher 68 Pt.
 - 1 Küchenspiegel 68 Pt.
 - 1 Patentbügel m. Hos-
enstreck. u. 68 Pt.
 - 6 Kleiderbügel 68 Pt.
 - 10 Kleiderbügel poliert 68 Pt.
 - 1 Borstenbesen 68 Pt.
 - 3 Pat.-Hosenstreck. 68 Pt.
 - 1 Borstenhandfeger 68 Pt.
 - 1 Klosettbürste 68 Pt.
 - 1 Klosett- u. Halt.
mit Spiegel und Papier 68 Pt.
 - 10 Pakete Blitzblank 68 Pt.
 - 1 kompl. Quirlgarnit. 68 Pt.
 - 1 Aermelplättbrett
beogen, und 68 Pt.
 - 1 Schock Klammern 68 Pt.
 - 6 Gläsersteller vernick.,
Spitzenmuster 68 Pt.
 - 4 Gläsersteller vernick.,
mit geschliffener Einlage 68 Pt.
 - 9 Gläsersteller vernick.,
mit buntem Einlage 68 Pt.
 - 1 Petroleum-Kanne
und 1 Zylinder-Putzer 68 Pt.
 - 1 Rasierapparat
mit 2 Klingen, im Etui 68 Pt.
 - 10 Rasierklingen 68 Pt.
 - 1 Rasierspiegel
mit Pinsel und Seifnapf 68 Pt.
 - 1 Briefkasten 68 Pt.
 - 1 Springform 68 Pt.
 - 1 Königskuchenform 68 Pt.
 - 1 Consol für Hand und
Soda 68 Pt.
 - 3 Pack Blitzblank 68 Pt.
 - 1 Marktnetz 68 Pt.
 - 2 Behälter für Semmel
und Zwiebel 68 Pt.
 - 1 Pfeffermühle 68 Pt.
 - 1 Kohlenlöffel und ein
Feuerhaken 68 Pt.
 - 1 Giesskanne 68 Pt.
 - 2 Pr. Bestecke vernick.
Solinger 68 Pt.
 - 1 Pr. Bestecke Solinger
m. schwarze Heft u. Stahlgabeln 68 Pt.

- ### Wirtschaft
- 1 Gewürz- Etagere
mit Delfineinlage 68 Pt.
 - 1 Eierschrank mit Ein-
lage 68 Pt.
 - 1 Putz- und 1 Wisch-
kasten 68 Pt.
 - 1 gr. Fleischbrett 68 Pt.
 - 1 Marktnetz 1 Büchse
Schuhpaste 68 Pt.
 - 1 Flasche Blendol 68 Pt.
 - 1 Topfreiniger 68 Pt.
 - 1 Kaffeesieb 68 Pt.
 - 1 Kartoffelschäler 68 Pt.
 - 1 Pack Blitzblank 68 Pt.
- ### Steingut
- 1 Satz Näpfe 6 Stck. 68 Pt.
 - 2 Vorratsstollen 68 Pt.
 - 1 Delfin 68 Pt.
 - 1 Meste mit Holzrand,
Delfin 68 Pt.
 - 2 große Näpfe 68 Pt.
 - 4 Tonnen weiss 68 Pt.
 - 2 Mesten weiss 68 Pt.
 - 8 Kaffeebecher 68 Pt.
 - 1 gr. Wasserkanne 68 Pt.
 - 1 gr. Waschbecken 68 Pt.
 - 8 Speiseteller 68 Pt.
 - 1 Salatnapf m. Goldrand 68 Pt.
 - 4 Speiseteller m. Gold-
rand 68 Pt.
 - 5 Mittelteller mit Gold-
rand 68 Pt.
 - 6 Kompotteller
mit Goldrand 68 Pt.
- ### Glas
- 4 Glasschalen 68 Pt.
 - 1 groß. Glasschale 68 Pt.
 - 6 Gläsersteller 68 Pt.
 - 1 Käseglode 68 Pt.
 - 1 Zuckerschale 68 Pt.
 - 1 Butterglode 68 Pt.
 - 1 Zuckerschale 68 Pt.
 - 3 Weissbierpokale 68 Pt.
- ### Beleuchtung
- 2 Stehgas- Strümpfe 68 Pt.
 - 2 Zylinder 68 Pt.
 - 1 Herdzünder 68 Pt.
 - 2 Gaszylinder 68 Pt.
 - 3 Ersatzsteine 68 Pt.
 - 8 Gaszylinder 68 Pt.
- ### Ein Waggon Emaille

mit klein. Fehlern, zum Auswech.
Pfd 68 Pt.

- ### Emaille
- 1 Schmortopf 68 Pt.
 - 1 Kasserolle mit Ring 68 Pt.
 - 1 Kasserolle ohne Ring 68 Pt.
 - 1 Kasserolle gross, mit
Griffen 68 Pt.
 - 1 Schüssel nach 68 Pt.
 - 1 Küchenschüssel
tief 68 Pt.
 - 1 flache Schüssel 68 Pt.
 - 1 Pfanne 68 Pt.
 - 1 tiefe Schüssel und
1 Consol m. Mass 68 Pt.
 - 1 grosse Milchkanne 68 Pt.
 - 1 gr. Wasserkanne 68 Pt.
 - 1 Kaffeeflasche mit
Patent 68 Pt.
 - 1 grosse Gemüse-
schüssel 68 Pt.
- ### Porzellan
- 1 Kaffeeservice mit
Gold für 2 Personen 68 Pt.
 - 1 Teeservice mit Gold
für 2 Per- 68 Pt.
 - 1 Teekanne (Zuckerdose)
mit Gold 68 Pt.
 - 3 Paar Tassen
dazu passend 68 Pt.
 - 1 grosse Kompott-
schüssel mit Fruchtdekor.
2 kleine dazu 68 Pt.
 - 2 gr. Kompottnäpfe
mit Fruchtdekor 68 Pt.
 - 1 ovaler Brotkorb
durchbrochen, 2 bemalt 68 Pt.
 - 3 Goldsternsteller 68 Pt.
 - 5 Pr. Tassen bemalt 68 Pt.
 - 4 Pr. Tassen mit Gold 68 Pt.
 - 4 Mittelteller m. buntem
Kante 68 Pt.
 - 1 Kaffeeservice Hin-
den- 68 Pt.
 - 6 Paar Tassen bunt 68 Pt.
 - 1 Satz Milchtöpfe
Hindenburg, 6 Stück 68 Pt.
 - 3 Speiseteller m. Gold-
rand 68 Pt.
 - 1 Kaffeeanne m. Gold-
band 68 Pt.
 - 1 Zucker-Dose und
1 Milchtopf mit Goldband 68 Pt.
 - 1 Butterdose mit Gold-
rand 68 Pt.
 - 1 Kaffeeservice für 2
Personen, blau Unterglasur 68 Pt.
 - 1 Kinderservice bunt 68 Pt.
 - 1 Satz Milchtöpfe
m. Goldbd., 6 Stück 68 Pt.
 - 2 grosse Milchtöpfe
bunt 68 Pt.
 - 1 Satz Milchtöpfe
gross, bunt, 3 Stück 68 Pt.
 - 1 Satz Milchtöpfe
m. Mühle, 6 Stück 68 Pt.
 - 6 Kaffeebecher bunt 68 Pt.
- ### Korbwaren
- Brotkorb 68 Pt.
 - Arbeitskorb 68 Pt.

- ### Bijouterie
- Wachspferlenkollier 68 Pt.
 - Kollier mit Simultanhänger 68 Pt.
 - Korallienkollier mit
passendem Armband 68 Pt.
 - Kollierkette 800 Silber 68 Pt.
 - Similibroschen 68 Pt.
 - Bolonadeln 81 Mill
oder Emaille 68 Pt.
 - Haarpfeile rot bemalt
68 Pt.
 - Haarpfeile weiss bemalt
68 Pt.
 - Spangen rot oder weiss
bemalt 68 Pt.
- ### Parfümerie und Seifen
- 4 Stck. Blumenseife 68 Pt.
 - 2 Stck Blumenseife 68 Pt.
 - 3 Pak Seifenpulver 68 Pt.
 - 3 starke Lichte 68 Pt.
 - 3 Scheuertücher 68 Pt.
 - 10 Pak. Blitzblank 68 Pt.
 - 2 Pak. Butterbrot-
papier 68 Pt.
 - 1 Toilettenspiegel 68 Pt.
 - 1 Rasiergarnitur 68 Pt.
 - 1 Toilettentpapier-
halter 68 Pt.
 - 1 Haarbürste 68 Pt.
 - 1 Fl. aromat. Mund-
wasser 68 Pt.
 - 1 Fl. Kräuter-Franz-
branntwein 68 Pt.
 - 1 Fl. Kalmus-Franz-
branntwein 68 Pt.
 - 1 Fl. Peru - Tannin-
Haarwasser 68 Pt.
 - 1 Fl. Brennessel-
Haarwasser 68 Pt.
- ### Spielwaren
- Stoff-Fahnen 68 Pt.
 - Inf. - Seitengewehr 68 Pt.
 - Blechtuschkasten m.
Malbuch 68 Pt.
 - Handwerkskasten 68 Pt.
 - Spieleimer mit Schaufel
u. Formen 68 Pt.
 - Sandwagen gefüllt 68 Pt.
 - Ball im Netz m. Schläger 68 Pt.
 - Gekleidete Puppe 68 Pt.
 - Auto mit Uhrwerk 68 Pt.
 - Gesellschafts- u. Be-
schäftigungsspiele 68 Pt.
 - Schach, Dame-,
Mühle-Spiel im Bon-
net für
Feldpost und Lazarett 68 Pt.